



# KOMMUNALER ZUKUNFTSBERICHT

## 2023

2021  
2022  
2023  
2024  
2025

Der „Kommunale Zukunftsbericht“ ist eine Publikation des Österreichischen Gemeindebundes, die jährlich erscheint.

Er ist ein offener publizistischer Thinktank, in dem Menschen aus vielen unterschiedlichen Bereichen über Zukunftsfragen für Gemeinden nachdenken. Kontroverse Meinungen und Beiträge sind dabei erwünscht, nicht jeder Beitrag entspricht der Meinung oder Position des Österreichischen Gemeindebundes.

Dieser Bericht hat eine Auflage von rund 3.000 Stück in gedruckter Form und ergeht so an zahlreiche Meinungsträger\*innen und Meinungsbildner\*innen in unserem Land.

Titelbild: Miesenbach bei Birkfeld, Stmk. © Karl Maderbacher

---

## **Krisenfeste Gemeinden.**

### Von den finanziellen Herausforderungen bis zur gesellschaftlichen Verantwortung

---

# INHALTSVERZEICHNIS

<i>Walter Leiss</i>	<b>Vorwort</b> <b>Krisenfeste Gemeinden</b>	<b>05</b>
<i>Magnus Brunner</i>	<b>Krisensichere</b> <b>Gemeinden</b>	<b>07</b>
<i>Leonore Gewessler</i>	<b>Die Energiewende</b> <b>passiert vor Ort</b>	<b>15</b>
<i>Norbert Totschnig</i>	<b>Meine Region:</b> <b>Innovationskraft für morgen</b>	<b>21</b>
<i>Bernd Fislage</i>	<b>Neue und flexible Denkansätze</b> <b>für das Projekt Zukunft</b>	<b>27</b>
<i>Gerhard Christiner</i>	<b>Gemeinden: Unsere Partner</b> <b>bei der versorgungssicheren Energiewende</b>	<b>33</b>
<i>Patrick Scherhauser</i>	<b>Welche Geschichte der Zukunft</b> <b>wollen wir?</b>	<b>39</b>
<i>Andreas Urs Sommer</i>	<b>Gemeinde als</b> <b>Demokratielabor</b>	<b>47</b>
<i>Christina Lobnig</i> <i>Rahel M. Schomaker</i>	<b>Wie resilient sind</b> <b>unsere Verwaltungen?</b>	<b>53</b>
<i>Lena Marie Glaser</i>	<b>Zukunft der Arbeit</b> <b>Herausforderungen und Potenziale</b>	<b>61</b>
<i>Eva-Maria Pürmayer</i>	<b>Tourismus</b> <b>im Wandel der Zeit</b>	<b>67</b>
<i>Theresa Mai</i>	<b>Vier Prinzipien für zukunftsfähiges</b> <b>Bauen und Wohnen</b>	<b>75</b>
<i>Lena Schilling</i>	<b>Die Klimakrise in Österreich –</b> <b>warum sie uns alle was angeht</b>	<b>83</b>
<i>Daniel Landau</i>	<b>Die Gemeinde als Role Model</b> <b>für YesWeCare</b>	<b>89</b>
<i>Ernst Schöpf</i> <i>Nicole Thaller</i>	<b>Interviews:</b> <b>Trotz allem Bürgermeister:in</b>	<b>94</b>
	<b>Der Österreichische Gemeindebund</b>	<b>104</b>
	<b>Was unsere Gemeinden leisten</b>	<b>112</b>
	<b>Impressum, Bild- und Quellennachweis</b>	<b>114</b>



# VORWORT

## KRISENFESTE GEMEINDEN

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Lebenswelten der Gemeinden werden auch 2023 von den globalen und nationalen Herausforderungen geprägt: Neben den letzten Ausläufern der Pandemie war unser aller Alltag im vergangenen Jahr vor allem durch den Angriffskrieg auf die Ukraine und dessen Auswirkungen in Form von Energie- und Teuerungskrise bestimmt.

Auch die Gemeinden waren und sind von diesen Entwicklungen stark betroffen – sei es bei den enorm steigenden Energiekosten, den finanziellen Engpässen bei den Gemeindebudgets, dem Aufruf zum nachhaltigen Haushalten und Energieeinsparen,

dem sukzessiven Investieren in erneuerbare Energien, den Personalengpässen oder den hohen Baukosten.

Der vorliegende Zukunftsbericht steht dieses Jahr nicht umsonst im Zeichen „Krisenfester Gemeinden. Von den finanziellen Herausforderungen bis zur gesellschaftlichen Verantwortung“ und spannt damit den Bogen der kommunalen Herausforderungen im Jahr 2023 und darüber hinaus.

Expertinnen und Experten gehen in ihren Beiträgen neben den Finanzen, dem krisensicheren Haushalten und Investieren genauso auf die Herausforderungen

für unsere Infrastruktur, die regionale Entwicklung wie auch auf die gesellschaftlichen Aspekte wie die Zukunft unserer demokratischen Strukturen oder des sozialen Kitts in der Gesellschaft ein. Auch der Blick über den kommunalen Tellerrand bleibt dabei nicht aus: Wie werden wir künftig arbeiten, wo werden wir wohnen und wie werden wir leben? All diese Themen und noch mehr finden Sie im diesjährigen „Kommunalen Zukunftsbericht“.

Ich wünsche Ihnen mit dem vorliegenden Bericht eine spannende Lektüre und hoffentlich anregende Diskussionen und Ideen für Ihre Arbeit.

**Walter Leiss**  
Generalsekretär  
Österreichischer Gemeindebund

## KRISENSICHERE GEMEINDEN

Gemeinden sind das Rückgrat unserer Verwaltung. Sie sind das Zentrum des gemeinschaftlichen Zusammenlebens in Österreich. Gerade während der Pandemie und auch jetzt angesichts hoher Inflationsraten sind die Kommunen und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gefordert, denn sie kennen die Herausforderungen und Nöte der Menschen und Unternehmen vor Ort am besten.

Die Krisen der vergangenen Jahre haben alle Gebietskörperschaften massiv gefordert. Der Bund hat zur Abfederung der Krisen sehr viel Geld zur Verfügung gestellt. Diese Hilfen haben den Menschen vor Ort in den Bundesländern, den Städten und Gemeinden geholfen – dazu später ausführlich mehr. Die finanzielle Situation von Ländern und Gemeinden ist nach drei Jahren Krise auch deswegen stabil. Gleichzeitig schränken die Kosten der Vergangenheit die Spielräume der Zukunft für den Bund ein.

In Summe haben wir bereits mehr als 4,5 Milliarden Euro für Länder

und Gemeinden zur Abfederung von Corona und Inflation zur Verfügung gestellt. Damit nimmt die Bundesregierung ihre Verantwortung gegenüber den Gebietskörperschaften und den Menschen vor Ort in den Gemeinden wahr.

**»Gerade während der Pandemie und auch jetzt angesichts hoher Inflationsraten sind die Kommunen und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gefordert, denn sie kennen die Herausforderungen und Nöte der Menschen und Unternehmen vor Ort am besten.«**

Sind die Gemeindefinanzen aber nun krisenfest oder bedarf es neuer Regeln und Mechanismen, um sie krisenfest zu machen? Was können die Erfahrungen seit dem Jahr 2020 zu dieser Frage beitragen?

### Struktur der Abgabeneinnahmen der Gemeinden

Die Resilienz der Gemeindefinanzen hängt wesentlich von der Struktur der Einnahmen der Gemeinden, und hier insbesondere derjenigen aus Ertragsanteilen und eigenen Abgaben, ab. Auf Ba-

sis der Jahre 2017 bis 2021, also der bisher von der Bundesanstalt Statistik Österreich veröffentlichten Daten über die Gebarungsdaten für die aktuelle Finanzausgleichsperiode, zeigt sich dabei folgendes Bild, wobei sich dieses

nicht wesentlich von dem der Jahre zuvor unterscheidet:

Von den Einnahmen der Gemeinden aus Abgaben in diesem Zeitraum stammen

- 58,1 % aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben<sup>1</sup>,
- 14,3 % aus Benützungsgebühren<sup>2</sup> und
- 27,6 % aus sonstigen Gemeindeabgaben<sup>3</sup>.

So gut wie alle wesentlichen Bundesabgaben sind als gemeinschaftliche Bundesabgaben eingeordnet. Auf Basis des BVA 2023



Lochau/Vorarlberg  
Einwohner: 6.530  
Bürgermeister: Frank Matt

umfassen sie 98 Prozent der in der UG 16 „Öffentliche Abgaben“ veranschlagten Abgabenerträge des Bundes – das sind immerhin 106,9 Mrd. Euro. Diese breite Bemessungsgrundlage bringt mit sich, dass konjunkturbedingte Schwankungen bei einzelnen Abgaben geringere Auswirkungen mit sich bringen, als dies bei einer Konzentration auf weniger Abgaben der Fall wäre.

Diese gemeinschaftlichen Bundesabgaben werden wiederum fast zur Gänze nach einem einheitlichen Schlüssel verteilt, bei dem der Bund grob zwei Drittel und die Länder und Gemeinden rund ein Drittel bekommen. Auch für die länderweisen und gemeindeweisen Anteile gilt, dass diese fast ausschließlich unabhängig davon, aus welchen Abgaben die Ertragsanteile stammen, nach dem gleichen Schlüssel – also Einwohnerzahl, abgestufter Bevölkerungsschlüssel und gesetzlich festgelegter Fixschlüssel – verteilt werden. Die einzige Ausnahme davon mit einem nennenswerten Aufkommen ist die Grunderwerb-

steuer mit einem Anteil der Gemeinden von fast 94 Prozent, wobei die länderweisen Anteile vom Aufkommen im jeweiligen Land abhängen.

Diese breite Basis und der einheitliche Schlüssel für die Ertragsanteile mildern nicht nur die bereits erwähnten konjunkturbedingten Schwankungen bei einzelnen Abgaben, sondern verflachen auch die Effekte von Maßnahmen wie etwa Steuerreformen. Mit der Abschaffung der kalten Progression ist nun ein weiteres Element der Verstetigung hinzugetreten: Der bisherige Rhythmus von laufenden automatischen, progressionsbedingten Steuererhöhungen und periodischen großen Steuer-

**»Die Zusammensetzung und Verteilung der ausschließlichen Bundesabgaben sorgt somit für eine hohe Planungssicherheit der Gemeinden.«**

senkungen gehört der Vergangenheit an. Aus Sicht der Gemeindefinanzen mag man den ersten Teil dieses Rhythmus vermissen, nicht aber den zweiten, aus Sicht

der mittelfristigen Budgetplanung weniger angenehmen Teil.

Die Zusammensetzung und Verteilung der ausschließlichen Bundesabgaben sorgt somit für eine hohe Planungssicherheit der Gemeinden.

Ähnliches gilt auch für die Zusammensetzung der Gemeindeabgaben. Benützungsgebühren und Grundsteuer sind von vornherein so gut wie nicht konjunktursensibel, aber auch die Kommunalsteuer ist mit ihrer Anbindung an die Lohnsumme weniger schwankungsanfällig, als es etwa ihre Vorgängerin bis zum Jahr 1993, die seinerzeitige Gewerbebeitragssteuer, war.

Dieser Planungssicherheit und – sieht man über Detailregelungen hinweg – überraschend einfachen Struktur der bundesgesetzlichen Regelungen des Finanzausgleichs

## KRISENSICHERE GEMEINDEN

steht aber naturgemäß gegenüber, dass vom Durchschnitt abweichende Erfordernisse und Projekte einzelner Gemeinden damit nicht berücksichtigt werden können und der Gestaltungsspielraum der Gemeinden bei den gemeindeeigenen Abgaben beschränkt ist. Beim Zielkonflikt zwischen verstärkter Aufgabenorientierung und Finanzierungsverantwortung durch Abgabenaufnahme einerseits und einfacher Regelung mit einer Durchschnittsbetrachtung der Aufgaben sowie planbarer Einnahmen andererseits, haben sich die Finanzausgleichspartner – zumindest bisher – für Letzteres entschieden.

Gestaltungsspielraum und die Möglichkeit, Besonderheiten einzelner Gemeinden zu berücksichtigen, gibt es aber auch bei den Ertragsanteilen der Gemeinden, und zwar über die Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel in Höhe von 12,8 Prozent der Ertragsanteile der Gemeinden. Zusammen mit einer Aufstockung aus Bundesmitteln<sup>4</sup> stehen den

Ländern (ohne Wien) immerhin rund 1,4 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung, die sie auf Basis ih-

ist: Seit dem FAG 2017 berichten alle Länder über die gemeindeweisen Anteile an den Bedarfs-

**»Im Finanzausgleich haben Kontinuität und Planungssicherheit mit einer gesicherten Finanzausstattung einen hohen Stellenwert.«**

rer jeweiligen Richtlinien auf die Gemeinden zu verteilen haben. Mit diesen Mitteln können besondere Projekte und Erfordernisse berücksichtigt sowie finanz- und strukturschwache Gemeinden unterstützt werden. Letztlich kann das Land damit auch rasch auf finanzielle Krisen einzelner Gemeinden, begleitet durch Sanierungspläne und Auflagen im Rahmen der Gemeindeaufsicht, reagieren.

Weil bei diesen Gemeinde-Bedarfszuweisungsmitteln mitunter argwöhnisch befürchtet wird, sie könnten von den Ländern unlauter verteilt werden, darf ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass auch in diesem Bereich Transparenz der Schlüssel zur Kontrolle

zuweisungen. Diese Berichte werden auch auf der Webseite des Bundesministeriums für Finanzen veröffentlicht<sup>5</sup>.

Als Zwischenbefund, wenn man so sagen möchte, kann man somit festhalten: Im Finanzausgleich haben Kontinuität und Planungssicherheit mit einer gesicherten Finanzausstattung einen hohen Stellenwert.

Zu den aktuellen Finanzausgleichsverhandlungen halte ich fest: Meine Aufgabe als Finanzminister ist und bleibt, die langfristige Entwicklung und das Budget im Auge zu behalten. Ich bekenne mich dazu, dass es mehr Geld im Gesundheits- und Pflegebereich brauchen wird – aber nur im Ge-

genzug zu Reformen. Das Geld muss beim Patienten ankommen, nicht in Strukturen versickern. Auch die Kinderbetreuung werden wir weiter stärken.

#### **Gemeindefinanzen in den Krisenjahren**

Aufgrund der Coronakrise und der damit verbundenen Lockdowns und übrigen Maßnahmen sanken nun die Einnahmen aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben deutlich, und zwar ausgehend von einem Aufkommen in Höhe von 89,8 Mrd. Euro im Jahr 2019 auf 79,9 Mrd. Euro im Jahr 2020, sohin um 11 Prozent. Parallel dazu sanken die Ertragsanteile der Gemeinden für das Jahr 2020 gegenüber dem Jahr 2019 – ohne Berücksichtigung der Aufstockung durch den Bund – um 1,14 Mrd. Euro bzw. 10,4 Prozent, wobei die Ertragsanteile, die im Jahr 2020 tatsächlich flossen, dank des Finanzausgleichsrhythmus „nur“ um 8,8 Prozent zurückgingen.

Zu diesen Auswirkungen kamen aber auch noch die Minderein-

nahmen der Gemeinden bei der Kommunalsteuer, auch wenn diese sowohl prozentuell als auch betragsmäßig deutlich geringer waren: Die Erträge aus der Kommunalsteuer im Jahr 2020 sanken gegenüber dem Jahr 2019 um 147 Mio. Euro bzw. 4,2 Prozent.

Diese negative Entwicklung bei den Ertragsanteilen setzte sich leider in den ersten Monaten des Jahres 2021 fort: Abgesehen davon, dass die monatlichen Ertragsanteile-Vorschüsse weiterhin stagnierten, errechnet sich für die

**»Es drohte eine Schockstarre in den Gemeinden mit fatalen Folgen auf ihre Investitionen, womit eine Spirale der gesamten Wirtschaft nach unten ausgelöst hätte werden können.«**

Zwischenabrechnung im März 2021 eine Rückzahlung durch die Gemeinden von fast 400 Mio. Euro.

Insgesamt handelte es sich um eine Situation, für die das FAG 2017 nicht vorgesorgt hatte. Es

drohte eine Schockstarre in den Gemeinden mit fatalen Folgen auf ihre Investitionen, womit eine Spirale der gesamten Wirtschaft nach unten ausgelöst hätte werden können. Der Bundesgesetzgeber hat daher auf diese Krisensituation rasch und durchaus großzügig reagiert.

Mit dem Kommunalinvestitionsgesetz 2020 wurden den Gemeinden 1.000 Mio. Euro für Investitionen zur Verfügung gestellt. Mittlerweile lässt sich resümieren, dass dieses Programm von

den Gemeinden sehr gut angenommen wurde, wurden doch fast 100 Prozent der Mittel für Investitionen der Gemeinden abgeholt.

Mit dem sogenannten zweiten Gemeindepaket wurden die Mittel für den Fonds für strukturschwa-

## KRISENSICHERE GEMEINDEN

che Gemeinden um 100 Mio. Euro und die Ertragsanteile der Gemeinden für das Jahr 2020 um 400 Mio. Euro erhöht. Mit diesen 400 Mio. Euro wurde die drohende negative Zwischenabrechnung der Gemeinden im März 2021 ausgeglichen. Die in diesem zweiten Paket ebenfalls vorgesehene garantierte Steigerung der Ertragsanteile im Jahr 2021 um 12,5 Prozent in Form einer Gewährung von Sondervorschüssen wurde letztlich nicht erforderlich.

Mit einer weiteren Novelle zum FAG 2017 wurden die Ertragsanteile der Gemeinden dann für das Jahr 2021 noch einmal um 275 Mio. Euro erhöht. Mittelbar, nämlich durch geringere Kostenbeiträge, profitierten die Gemeinden auch von der Finanzzuweisung des Bundes im Jahr 2022 an die Länder in Höhe von 750 Mio. Euro zum Ausgleich für Mehrausgaben der Länder und für Mindereinnahmen im Bereich der Krankenanstalten.

Darüber hinaus kann auch der Zweckzuschuss von 500 Mio.

Euro des Bundes an die Länder im Jahr 2022 für Investitionen auch für solche der Gemeinden verwendet werden.

Schließlich hat der Bund die Erhöhung des SV-Bonus und des Pensionistenabsetzbetrags im Rahmen der ökosozialen Steuerreform nicht nur mit den üblichen zwei Dritteln, sondern zur Gänze übernommen. Für die Jahre 2022 bis 2025 ergibt sich daraus ein

**»Schließlich hat der Bund die Erhöhung des SV-Bonus und des Pensionistenabsetzbetrags im Rahmen der ökosozialen Steuerreform nicht nur mit den üblichen zwei Dritteln, sondern zur Gänze übernommen.«**

Vorteil für Länder und Gemeinden von 840 Mio. Euro.

Beginnend mit Juni 2021 stiegen die Ertragsanteile-Vorschüsse wieder und begann sich die finanzielle Lage der Gemeinden deutlich zu entspannen. Letztlich stiegen die im Jahr 2021 geflossenen Ertragsanteile der Gemeinden auch dank der zusätzlichen 675 Mio. Euro des Bundes um

1.660 Mio. Euro bzw. 16,5 Prozent, sie lagen damit bereits wieder um 6,2 Prozent über denen des Vorkrisenjahres 2019. Vom hohen Niveau 2021 ausgehend, stiegen die Ertragsanteile im Jahr 2022 um weitere 15 Prozent.

Zumindest in finanzieller Hinsicht konnte die Coronakrise damit für die Gemeinden als endgültig beendet angesehen werden. Die Gemeindeebene ohne Wien konnte

in den Jahren 2021 und 2022 sogar Überschüsse in Höhe von insgesamt 0,6 Mrd. Euro (2021) bzw. 1,0 Mrd. Euro (2022) erzielen<sup>6</sup>.

Nun wissen wir aber leider, dass die Coronakrise beinahe nahtlos durch die Energiekrise abgelöst wurde. Die damit ausgelöste hohe Inflation stellt für die Kommunen zweifelsfrei eine große Herausforderung dar. Wieder waren

Bau- und Infrastrukturvorhaben schwer umzusetzen. Doch auch in diesem Kontext wurde rasch mit spezifischen Hilfspaketen reagiert:

Mit dem Kommunalinvestitionsgesetz 2023 (KIG 2023) mit einem Volumen von wiederum 1.000 Mio. Euro werden die Auswirkungen der Teuerung und der Energiekrise auf die Gemeinden abgedeckt, um den Gemeinden weiterhin Spielraum für notwendige Investitionen in die Infrastruktur und in den Klimaschutz zu ermöglichen. Das KIG 2023 beinhaltet zwei separate Zweckzuschüsse zu je 500 Mio. Euro – einerseits für Energiesparmaßnahmen und andererseits für die aus dem KIG 2020 bekannten Investitionsprojekte.

Mit dem Wohn- und Heizkostenzuschuss an die Länder stellt der Bund zudem im Jahr 2023 675 Mio. Euro zur Verfügung und entlastet damit die Länder und Gemeinden in ihrem Aufgabebereich Sozialhilfe. Gleiches gilt im Übrigen für die Aufstockungen

der mit dem Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichsgesetz vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel auf 140 Mio. Euro und für zahlreiche weitere Maßnahmen des Bundes zur Abfederung der Auswirkungen der Inflation.

Mit allein diesen zwei Instrumenten haben wir somit auch auf die Energie- und Inflationskrise rasch mit einem angepassten Programm reagiert.

#### Resümee

Zusammenfassend kann man nun über die vergangenen Krisenjahre sagen, dass die stabilisierenden Maßnahmen im Finanzausgleich zwar Planungssicherheit bieten und dabei unterstützen, finanzielle Notlagen einzelner Gemeinden zu vermeiden. In einer Krise, die allerdings nicht nur die finanzielle Situation einzelner Kommunen, sondern die des Gesamtstaats beeinträchtigt, be-

darf es zusätzlicher Maßnahmen. Der Bund musste daher in diesen Krisenjahren mit Hilfspaketen reagieren und hat das richtigerweise auch getan.

Zurück zu meiner Eingangsfrage daher: Sind die Finanzen der Gemeinden nicht krisensicher genug? Doch, denn gerade die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der Finanzausgleichsgeber nicht auf die nächste Finanzausgleichsperiode wartet, sondern rasch und entschlossen auf Krisen reagiert. Diese flexi-

**»Gerade die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der Finanzausgleichsgeber nicht auf die nächste Finanzausgleichsperiode wartet, sondern rasch und entschlossen auf Krisen reagiert.«**

blen Anpassungen sind Teil der Absicherung und der Resilienz der Gemeinden. Denn nur so können diese darauf vertrauen, dass die Bundesregierung, auch wenn naturgemäß nicht alle Auswirkungen globaler Krisen zu 100 Prozent ausgeglichen werden können, die Gemeinden nicht im Stich lässt.

## KRISENSICHERE GEMEINDEN

Nur mit dieser starken Partnerschaft kann meines Erachtens auf Gemeindeebene weiterhin ausgezeichnet gearbeitet werden.

Abschließend zu den Verhandlungen zum Finanzausgleich: Noch laufen die Verhandlungen sehr intensiv und das sprichwörtliche „letzte Wort“ ist noch nicht gesprochen. Es liegt in der Natur der Sache – und am großen Steuerkuchen, der verteilt wird –, dass die Positionen noch auseinanderliegen.

Österreich war immer stark, wenn sich die Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger an einen Tisch gesetzt und an einem Strang gezogen haben. Ich bin zuversichtlich, dass, wenn die Verhandlungen in die heiße Phase kommen, alle Finanzausgleichspartner nicht nur die eigenen, sondern auch die Interessen des jeweiligen Gegenübers im Auge haben werden. Am Ende wird eine gute und partnerschaftliche Lösung im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler stehen.

Ich danke den österreichischen Gemeinden und allen, die sich vor Ort für die Bürgerinnen und Bürger engagieren, für ihren Einsatz und Beitrag für Österreich.



**Magnus Brunner**  
Bundesminister für Finanzen

#### Fußnoten

- 1) Ungekürzte Ertragsanteile fürs Jahr inkl. Wien als Gemeinde (ungekürzt = vor Abzug der Gemeinde-Bedarfszuweisungsmittel, fürs Jahr = bereinigt um Finanzausgleichsrhythmus).
- 2) Gebühren für die Benützung von Gemeindevorrichtungen und -anlagen.
- 3) Bei Wien ohne Landesabgaben, also insb. ohne Wohnbauförderungsbeitrag.
- 4) § 25 Abs. 2 FAG 2017
- 5) [www.bmf.gv.at](http://www.bmf.gv.at): Themen > Budget > Finanzbeziehungen zu Ländern und Gemeinden >Unterlagen zum Finanzausgleich
- 6) Statistik Austria, Öffentliches Defizit nach Teilssektoren des Staates und Bundesländern, 31.03.2023, Daten gemäß ESVG 2010



## DIE ENERGIEWENDE PASSIERT VOR ORT

Unsere tägliche Arbeit im Klimaschutzministerium folgt einem klaren Ziel: Bis 2040 soll Österreich klimaneutral sein. Wir haben schon viele wichtige Schritte gesetzt, sind aber noch nicht am Ziel. Denn Klimaschutz ist ein Marathon, kein Sprint. Und einen Marathon läuft man im Team einfacher als allein. Alle in Politik und Wirtschaft in ganz Österreich müssen anpacken, damit der Klimaschutz gelingt. Denn es braucht einen nachhaltigen Umbau unserer Gesellschaft und unseres Wirtschaftssystems. Fossile Energien haben keine Zukunft – alle Energie, die wir brauchen, soll aus Wasser, Sonne, Wind, Erdwärme und Biomasse kommen. Nur so können wir auch unseren Kindern und Enkelkindern ein gutes Leben ermöglichen.

Unser Ministerium setzt sich in vielen Bereichen dafür ein, den Menschen, den Gemeinden und den Betrieben zu ermöglichen, Klimaschutz umzusetzen. Wir

stellen zum Beispiel Mittel für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs bereit oder für den Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme. Wir unterstützen Modellregionen sowohl im Bereich Klima und Energie als auch bei der Klima-

**»Klimaschutz ist ein Marathon, kein Sprint. Und einen Marathon läuft man im Team einfacher als allein.«**

wandelanpassung und haben eine sozial gerechte ökologische Reform unseres Steuersystems umgesetzt.

Die Klimakrise ist ein globales Phänomen, aber bereits jetzt spüren wir die Folgen hier bei uns – in den Regionen und Gemeinden Österreichs. Wir können, ja müssen, mehr Klimaschutz in Österreich voranbringen. Von der eigenen Gemeinde, der eigenen Region aus können wir nachhaltig etwas verändern und neue, nachhaltige Lebensweisen erproben. Die Gemeinden sind deswegen wichtige Umsetzungspartner für uns.

### Unabhängig von Öl und Gas

Eine unserer wichtigsten Aufgaben in den kommenden Jahren ist es, die Abhängigkeit von Öl und Gas zu beenden. Durch den direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern nehmen Gemeinden hier eine besonders wichtige Rolle ein. Sie sind mit eigenen Projekten Vorbilder und leisten bei vielen Menschen Überzeugungsarbeit für die Energiewende.

Der Ausstieg aus Öl und Gas ist dabei nicht nur gut für unser Klima, sondern Gemeinden können auch zeigen, wie er lokale und regionale Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze sichert und die Lebensqualität in der Gemeinde erhöht. Es macht keinen Sinn, jedes Jahr zehn Milliarden Euro für den Import von fossiler Energie ans Ausland zu verlieren. Wir wollen mit unseren Vorhaben Investitionen und Wertschöpfung im Umfang mehrerer Milliarden Euro jährlich in Österreich auf den Weg bringen. Damit bilden wir eine stabile Konjunkturstütze und bauen



**Tieschen/Steiermark**  
Einwohner: 1.227  
Bürgermeister: Martin Weber

zugleich eine unabhängige, sichere Energieversorgung auf.

#### **Attraktive kommunale Förderungen**

Zur Unterstützung der Gemeinden gibt es heute mehr Mittel als je zuvor. Unser Ministerium

den und Regionen. Es unterstützt sie dabei, Energie effizienter zu nutzen, Klimaschutzziele festzulegen, sie auch zu erreichen und erneuerbare Energieträger verstärkt einzusetzen. Nicht alles lässt sich innerhalb der Gemeindegrenzen lösen: Im Rahmen des Programms „Klima- und Energie-Mo-

Außenbeleuchtung sowie für Sportstätten, Wärmerückgewinnung und Umluftsysteme,

- Gebäudemaßnahmen wie den Neubau in energieeffizienter Bauweise oder die thermische Gebäudesanierung,
- Erneuerbare Energieträger mit Maßnahmen wie dem klimafreundlichen Heizkesseltausch oder der Anschaffung von thermischen Solaranlagen und Solaranlagen zur Kühlung,
- Mobilitätsmaßnahmen von E-PKW, E-Leichtfahrzeugen und E-Zweirädern über E-Fahrräder und Transporträder, E-Nutzfahrzeuge und E-Kleinbusse bis zur E-Ladeinfrastruktur,
- Infrastruktur, zum Beispiel in Form von Nachrüsten zum Fahrradparken und
- kommunale Investitionen wie KEM Invest für Klima- und Energiemodellregionen oder KLAR Invest zur Klimawandel-Anpassung in Klimawandelanpassungsregionen.

Heuer wurde zudem eine Neuauflage des Kommunalen Infrastruk-

dellregionen“, das vom Klima- und Energiefonds abgewickelt wird, werden Regionen dabei unterstützt, 100 Prozent frei von fossilen Energieträgern zu werden.

Besonders attraktiv sind die vielfältigen Investitionsförderungen. Melden Sie sich bei der Förderabwicklungsstelle KPC und lassen Sie sich ausführlich beraten. Das Angebot umfasst:

- Energiesparmaßnahmen wie zum Beispiel LED-Systeme im Innenbereich, für Straßen- und

### **»Der Ausstieg aus Öl und Gas ist dabei nicht nur gut für unser Klima, sondern Gemeinden können auch zeigen, wie er lokale und regionale Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze sichert und die Lebensqualität in der Gemeinde erhöht.«**

setzt dabei besonders auf die Umweltförderung im Inland (UFI) für Energieeffizienz, Wärme und Kreislaufwirtschaft, den Klima- und Energiefonds (KLIEN) für Innovationen, Umsetzungsprojekte und Beratungsprogramme, unsere Initiative klimaaktiv mobil für Mobilitätsmaßnahmen und das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) für die Stromproduktion.

Das Programm „e5-energieeffiziente Gemeinden“ ist ein wirksames Qualitätssicherungs- und Coaching-Instrument für Gemein-

## DIE ENERGIEWENDE PASSIERT VOR ORT

turgesetzes zur Bekämpfung der Auswirkungen der Teuerung und der Energiekrise in den Gemeinden beschlossen. Insgesamt eine Milliarde Euro ist dafür vorgesehen – davon sind 500 Millionen Euro für klimarelevante Energiesparmaßnahmen reserviert. Diese Schwerpunkte knüpfen an die Förderungen der Umweltförderung im Inland oder des Klima- und Energiefonds an und können kombiniert werden.

#### **Erfolgreich mit erneuerbarer Energie**

Für einen umfangreichen Ausbau der Erneuerbaren braucht es aber nicht nur ein funktionierendes Fördersystem, sondern auch die nötigen Flächen vor Ort. Je mehr geeignete Flächen entsprechend ausgewiesen werden, umso schneller können wir die gemeinsamen Ziele erreichen. Die Länder und Gemeinden selbst sind besonders gefragt, aktiv dabei mitzuhelfen

Ich bin überzeugt, dass der massive Ausbau der erneuerbaren

Energien unser Land krisenfester macht, für eine klima- und wettbewerbsfittere Wirtschaft und zukunftsfähige Jobs sorgt. Und wir sehen auch, dass die Gemeinden

### **»Gemeinden können helfen, die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Photovoltaik, Windkraft und anderen erneuerbaren Energieträgern zu den Menschen zu bringen, zu erklären und dafür zu argumentieren.«**

hier vielfach sehr proaktiv und unterstützend wirken können. Gemeinden können helfen, die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Photovoltaik, Windkraft und anderen erneuerbaren Energieträgern zu den Menschen zu bringen, zu erklären und dafür zu argumentieren. Konkrete Projekte lassen sich auf lokaler Ebene am erfolgreichsten identifizieren und umsetzen. Es sind die Gemeinden, die wissen, welches Dach für eine Photovoltaikanlage geeignet ist und welches Gebäude saniert werden muss.

Entscheidend ist es jetzt, die durch die Gaskrise beschleunigte Entwicklung zugunsten der Erneuer-

erbaren umfassend zu nutzen. Kleine Korrekturen werden nicht ausreichen, in der Energiepolitik des letzten Jahrhunderts muss grundlegend umgesteuert wer-

den. Aber wir sehen bei Bürgerinnen und Bürgern große Unterstützung für den Umbau unseres Energiesystems auf erneuerbare Energien. Es geht auf der einen Seite um Kostenwahrheit – Energie ist ein wertvolles Produkt, das uns unglaublich viel an körperlicher Anstrengung und Arbeit erspart und im Winter die nötige Wärme bereitstellt. Es geht aber genauso darum, eine gerechte Transformation zu schaffen, damit Energie für alle leistbar bleibt.

#### **Anpassung an den Klimawandel**

Gemeinden sind zugleich für viele Bereiche zuständig, die bereits stark von den Folgen des Klima-

wandels betroffen sind. Dazu zählen zum Beispiel das Bauwesen, die örtliche Raumplanung, die Wasserversorgung und -entsorgung, der Katastrophenschutz oder die Errichtung und Erhaltung der Gemeindestraßen. Somit nehmen Gemeinden eine wesentliche Rolle bei der Anpassung an den Klimawandel ein, nicht zuletzt auch aufgrund ihrer Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern. Hier trifft die direkte Betroffenheit durch den Klimawandel mit konkreten Handlungsmöglichkeiten zusammen.

**»Gemeinden sind für viele Bereiche zuständig, die bereits stark von den Folgen des Klimawandels betroffen sind.«**

Die Auswirkungen des Klimawandels sind unmittelbar und immer stärker auf der lokalen Ebene spürbar, dementsprechend rasant steigt der Bedarf an Anpassung. Gemeinden verfügen sowohl über die nötigen Kompetenzen im Rahmen ihrer verpflichtenden und freiwilligen Aufgabenbereiche sowie über das notwendige lokale Wissen. Erfolgreiche Maßnahmen in diesem Bereich tragen maßgeblich dazu bei, die Lebensqua-

lität der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern.

Der Klimawandel trifft die Gemeinden je nach geografischer Lage, wirtschaftlicher und struktureller Ausgangslage unterschiedlich. Beispielsweise kann die vermehrte Trockenheit im Süden Öster-

reichs die Trinkwasserversorgung erschweren. Neben den notwendigen Klimaschutzaktivitäten ist es daher notwendig, mit Maßnahmen in ihren Zuständigkeitsbereichen auf das veränderte Klima zu reagieren, zum Beispiel in der Flächenwidmung oder bei der Wasserversorgung im Katastrophenschutz. Studien zeigen, dass ein frühzeitiges Mitdenken der Auswirkungen des Klimawandels hilft, das Scha-

denpotenzial zu reduzieren. Gemeinden sind also zunehmend gefordert, dies bei aktuellen Entscheidungen und Investitionen zu berücksichtigen, um kostspielige Fehlentscheidungen zu vermeiden. Es ist günstiger, frühzeitig in die Anpassung an den Klimawandel zu investieren, als hohe Schäden abzuwarten und diese dann teuer zu reparieren. Fast alle Zuständigkeitsbereiche von Gemeinden sind hier betroffen und die Anknüpfungspunkte vielfältig – effektive Maßnahmen lassen sich in verschiedenste bereits bestehenden Instrumente oder Prozesse integrieren. Der Klima- und Energiefonds unterstützt mit dem KLAR!-Programm (Klimawandel-Anpassungs-Modellregionen)

**»Es ist günstiger, frühzeitig in die Anpassung an den Klimawandel zu investieren, als hohe Schäden abzuwarten und diese dann teuer zu reparieren.«**

aktuell 80 österreichische Regionen genau dabei, Schäden durch

## DIE ENERGIEWENDE PASSIERT VOR ORT

Klimafolgen zu vermindern und Chancen zu nutzen.

### Upgrade für Österreich

Wir müssen also nicht nur die Maßnahmen zum Schutz des Klimas forcieren und die Treibhausgasemissionen weiter reduzieren, wir müssen zugleich lernen, mit den sich verändernden klimatischen Bedingungen umzugehen. Dies bedeutet, dass wir bestehenden Problemen, wie beispielsweise Hitze oder Starkregen, umsichtig und ohne negative Auswirkungen auf andere Bereiche begegnen. Gleichzeitig gilt es, sich Gedanken über die weiteren Herausforderungen zu machen, um

etwa unsere Wälder klimafit zu gestalten oder die Trinkwasserversorgung zu sichern. Nicht zuletzt sollen auch Chancen erkannt und genutzt werden, wie etwa eine Saisonausweitung im Tourismus oder die längere Vegetationsperiode in der Landwirtschaft.

Unsere zahlreichen Initiativen für Gemeinden verschaffen Österreich ein Upgrade, bauen ein besseres Land durch grünen Strom, sauberen, bequemen und leisen Verkehr und kluge Zukunftstechnologien. Österreich wird damit ein noch schöneres, lebenswerteres Land. Mit vereinten Kräften werden wir erfolgreich sein.



**Leonore Gewessler**  
Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

## MEINE REGION: INNOVATIONSKRAFT FÜR MORGEN

### Innovationspotenzial in Krisenzeiten

Österreichs Gemeinden und Regionen bilden das Herzstück unseres Landes. Zum einen sind sie leistungsfähige Wirtschaftsräume, die Lebensmittel und nachhaltige Rohstoffe produzieren und damit einen wertvollen Beitrag zur heimischen Versorgungssicherheit leisten. Zum anderen sind Österreichs Regionen Heimat: Hier wohnen und arbeiten wir, hier erleben wir Gemeinschaft, hier kommen wir zur Ruhe und sind wir zu Hause.

Infolge multipler Krisenereignisse stehen wir derzeit vor großen Herausforderungen. Die Pandemie hat die Digitalisierung maßgeblich vorangetrieben und mit Homeoffice und Remote-Work neue digitale Standards in der Arbeitswelt etabliert. Zudem drängt uns der Klimawandel, dessen Auswirkungen mittlerweile auch in Österreich immer deutlicher spürbar sind, zu einer raschen Einleitung der Ener-

gievende. Durch diese Transformationsprozesse verändern sich die Anforderungen an die heimischen Regionen als Wirtschafts- und Lebensräume. Ländliche Regionen werden in den nächsten Jahren etwa gefordert sein, mit den Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung Schritt zu halten, um weiterhin wettbewerbsfähig zu bleiben. Gleichzeitig verfügen Österreichs Regionen auch über die nötige Innovationskraft, die es zur Bewältigung der aktuellen Krisen braucht. Ein Beispiel dafür

### »Österreichs Gemeinden und Regionen bilden das Herzstück unseres Landes.«

ist der Umstieg auf erneuerbare Energieträger: Bei der Erzeugung von Bioenergie spielen nachhaltige Rohstoffe wie Holz und biogene Reststoffe eine Schlüsselrolle. Österreichs Regionen müssen nur dazu befähigt werden, ihr Innovationspotenzial zu mobilisieren und für die Bewältigung der gegenwärtigen Herausforderungen einzusetzen.

### Regionen-Strategie bietet Orientierungshilfe

Vor dem Hintergrund dieser grundlegenden Veränderungen hat mein Ressort im Jahr 2021 die Initiative „Meine Region – Heimat. Zukunft. Lebensraum.“ ins Leben gerufen. Ihren Ausgangspunkt bildet insbesondere die Frage, was Österreichs Regionen brauchen, um ihr Innovationspotenzial zu entfalten und sie optimal in ihrer Weiterentwicklung zu unterstützen. Das Herzstück dieser Initiative war eine Dialogtour durch das ganze Land. Wir haben mit Vertreter:innen der Regionalpolitik, Expert:innen und zahlreichen Interessierten aktuelle Handlungsfelder diskutiert und Best-Practice-Beispiele vor den Vorhang geholt. Die Ergebnisse dieses Dialogprozesses sind in das Strategiepapier des BML „Meine Region – Unser Weg“ eingeflossen.

Mit der vorgelegten Strategie wollen wir Österreichs Regionen Ori-



Schwaz/Tirol  
Einwohner: 14.211  
Bürgermeisterin: Victoria Weber

entierung in ihrem weiteren Entwicklungsprozess bieten und die Chancengleichheit fördern. Unser Ziel ist es, einen Beitrag zu gleichwertigen Lebensbedingungen zu leisten, nachhaltige, attraktive und leistungsfähige Lebensräume zu gestalten sowie Standortnachteile zu verringern.

#### **Region der Zukunft: Nachhaltig, leistungsfähig, attraktiv**

Die Regionen-Strategie „Meine Region – Unser Weg“ zeigt auf, welche Anforderungen eine Region als zukunftsfähiger Lebens- und Wirtschaftsraum erfüllen muss. Sie enthält Impulse zur Weiterentwicklung in drei wichtigen Bereichen. Der erste inhaltliche Schwerpunkt ist das Thema **„Lebensräume nachhaltig gestalten“**. In diesem Bereich geht es z. B. um den Schutz landwirtschaftlicher Flächen, die Belegung von Orts- und Stadtkernen und die Schärfung des Bewusstseins bei der Baukultur. Das zentrale Thema dieses Schwerpunktes ist der Bodenschutz. Gesunde Böden bilden die Grundlage für

krisenfeste und lebenswerte Regionen. Böden gewährleisten unsere Versorgung mit heimischen Lebensmitteln und nachhaltigen Rohstoffen. Ein gutes Beispiel für Bodenschutz ist die Ausweisung

#### **»Gesunde Böden bilden die Grundlage für krisenfeste und lebenswerte Regionen. Böden gewährleisten unsere Versorgung mit heimischen Lebensmitteln und nachhaltigen Rohstoffen.«**

landwirtschaftlicher Vorsorgeflächen in Tirol: Mit einer Fläche von rund 350 km<sup>2</sup> wird in Tirol knapp ein Viertel des Dauersiedlungsraumes vor Widmungen für nicht-landwirtschaftliche Nutzungen geschützt. Auch die gezielte Stärkung von Orts- und Stadtkernen leistet einen direkten Beitrag zum Bodenschutz. Durch die Reaktivierung von Leerständen und die effiziente Nutzung des bebauten Siedlungsraumes kann weitere Verbauung gebremst werden.

Der zweite Schwerpunkt der Regionen-Strategie ist das Thema **„Lebensräume leistungsfähig**

**gestalten“**. In diesem Bereich liegt der Fokus darauf, regionale Wirtschaftskreisläufe und die Innovationsfähigkeit zu stärken, die holzbasierte Bioökonomie weiterzuentwickeln, Arbeitsplätze zu

schaffen und Chancengleichheit zu fördern. Großes wirtschaftliches Potenzial hat die Produktion nachhaltiger Energie aus der Region für die Region, die von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gestützt wird. Um diese Entwicklung voranzutreiben, braucht es in den nächsten Jahren weitere Maßnahmen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie. Ein Erfolgsbeispiel dafür ist die Österreichische Holzinitiative, für die rund 93,5 Millionen Euro aus dem Österreichischen Waldfonds zur Verfügung stehen. Ein Maßnahmenbündel der Holzinitiative forciert die stoff-

## MEINE REGION: INNOVATIONSKRAFT FÜR MORGEN

liche und energetische Nutzung des nachhaltigen Rohstoffes Holz.

Der dritte Schwerpunkt der Regionen-Strategie ist das Thema **„Lebensräume attraktiv gestalten“**. Zu diesem Bereich gehört die Sicherung der regionalen Lebensmittelversorgung, der Schutz vor Naturgefahren, verbesserte Betreuungs- und Bildungsangebote oder auch Unterstützung für freiwilliges Engagement. Ein Vorzeigebispiel ist das erfolgreiche „Green Care“-Konzept. Es basiert auf dem Gedanken, dass auf Bauernhöfen soziale Dienstleistungen aus der Region für die Region angeboten werden. In der Steiermark gibt es dazu das Pilotprojekt „Gemeinsam am Hof“: In den Gemeinden Großwilfersdorf, St. Veit, Thannhausen und Vorau stehen vier landwirtschaftliche Betriebe als Begegnungsorte für ältere Menschen zur Verfügung. Diese und viele andere Best-Practice-Beispiele belegen, dass in Österreichs Regionen immenses Potenzial an innovativen Ideen und Lösungen vorhanden ist.

#### **Zusammenarbeit: Der Schlüssel zum Erfolg**

Damit jede Region ihr Potenzial zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen nutzen kann, muss sie an ihren Stärken ansetzen und diese gezielt weiterentwickeln. Dafür bedarf es einer konstruktiven Zusammenarbeit von Gemeinden, Ländern und Bund über alle Ebenen hinweg. Gemeinden und Regionen, die ihre Kraft grundsätzlich durch Eigen-

im eigenen Zuständigkeitsbereich bei Initiativen und Maßnahmen noch stärker die Zusammenarbeit mit ländlichen und städtischen Regionen forcieren.

Zudem setzt gelungene Regionalentwicklung auch umfassende Fördermaßnahmen voraus. Über die Gemeinsame Agrarpolitik steht mit LEADER ein bewährtes, aber zugleich innovatives Förderinstrument für unsere Regionen zur interkommunalen Koopera-

#### **»Gemeinden und Regionen, die ihre Kraft grundsätzlich durch Eigeninitiative entwickeln, sind wichtige Partner für die Umsetzung übergeordneter Ziele von Land, Bund und EU.«**

initiative entwickeln, sind wichtige Partner für die Umsetzung übergeordneter Ziele von Land, Bund und EU. Gleichzeitig ist regionale und interkommunale Zusammenarbeit auch auf unterstützende Rahmenbedingungen und Entwicklungsimpulse durch die übergeordneten Ebenen angewiesen. Mein Ressort wird daher künftig

tion zur Verfügung. Für LEADER sind in der nächsten GAP-Strategieplanförderperiode 2023–2027 in Summe rund 210 Millionen Euro Fördermittel von der EU vorgesehen – das sind 42 Millionen Euro pro Jahr für Österreichs Regionen und somit um 7 Millionen Euro pro Jahr mehr als in der vergangenen Periode. Damit kann

LEADER auch in den nächsten Jahren zahlreiche zukunftsorientierte Projekte wie beispielsweise den „Vichtensteiner Laden“ unterstützen: In Räumlichkeiten der Gemeinde wird in diesem Laden der tägliche Bedarf mit saisonalen Grundnahrungsmitteln aus der Region und frischen Mehlspeisen im Laden-Café gedeckt.

Neben LEADER stellt auch der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die Förderperiode 2021–2027 EU-Mittel in

gien unter Einbindung der regionalen Behörden und der Bevölkerung unterstützt werden.

Als Bundeskoordinator für Regionalpolitik und Raumordnung sieht mein Ressort es als seine Aufgabe, aktiv auf alle beteiligten Akteure zuzugehen und sie zur Zusammenarbeit einzuladen. Nur wenn wir gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir die Herausforderungen bewältigen, vor denen Österreichs Regionen in den kommenden Jahren

nale Themen zu bearbeiten und praktikable Maßnahmen zur Umsetzung zu entwickeln. Ihre vielfältigen analogen und digitalen Leistungen beinhalten Angebote zur Wissensvermittlung, Expertenberatung, Best-Practice-Beispiele bis hin zum Austausch und zu Vernetzungsveranstaltungen. Den ersten inhaltlichen Schwerpunkt wird das Thema Nahversorgung bilden.

Weiters werde ich mich auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass wir unsere Regionen, unseren ländlichen Raum, unsere Lebensgrundlage selbst gestalten können und dafür die nötigen Mittel zur Verfügung stehen.

**»Als Bundeskoordinator für Regionalpolitik und Raumordnung sieht mein Ressort es als seine Aufgabe, aktiv auf alle beteiligten Akteure zuzugehen und sie zur Zusammenarbeit einzuladen.«**

der Höhe von rund 521 Millionen Euro für Österreichs Regionen bereit. Gefördert werden Projekte in den Bereichen Forschung und Innovation, Energieeffizienz und Treibhausgasreduktion sowie integrierte städtische und ländliche Entwicklung. Dadurch können gezielt lokale Entwicklungsstrate-

stehen. Um die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern, Städten und Gemeinden unter Einbeziehung der Regionen zu fördern, arbeitet mein Ressort am Aufbau einer Regionen-Dialog-Plattform. Die Plattform soll einen Raum schaffen, um auf Augenhöhe gemeinsam aktuell relevante regio-

## MEINE REGION: INNOVATIONSKRAFT FÜR MORGEN



**Norbert Totschnig**  
Bundesminister für Landwirtschaft, Regionen und Tourismus

## NEUE UND FLEXIBLE DENKANSÄTZE FÜR DAS PROJEKT ZUKUNFT

*In herausfordernden Zeiten, beeinflusst von dem makroökonomischen Umfeld, müssen wir unsere gemeinsamen Anstrengungen für eine nachhaltigere und bessere Zukunft intensivieren. Das wird uns gelingen – aber nur wenn Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft an einem Strang ziehen, Verantwortung leben und solidarisch handeln.*

Wir durchleben eine Zeitenwende. Inflation, schwankende Energiepreise, Zinssteigerungen, ein Krieg in nächster Nähe und geopolitische Spannungen beeinflussen unseren Alltag. Nach vielen Jahren des konstanten Aufschwungs ist jetzt der Zeitpunkt kritischer Reflexion gekommen. Und das ist nicht Aufgabe der Politik allein. Es liegt an uns allen. Was bin ich bereit, anders zu machen? Worauf kann ich verzichten? Wie kann ich andere unterstützen?

Um das Projekt Zukunft erfolgreich umzusetzen, müssen wir

neue und flexible Denkansätze leben. Wir müssen den Mut aufbringen, Bisheriges zu überdenken und gegebenenfalls zu verwerfen. Und wir müssen bereit sein, Herausforderungen als Chancen zu begreifen.

### Gemeinden als Seismografen der Stimmung

Die Gemeinden sind die kleinste sich selbst verwaltende politische Einheit im Staat. Die Bürgermeister:innen sind Vertrauensperson, Entscheider und Sparring-Part-

**»Wir müssen den Mut aufbringen, Bisheriges zu überdenken und gegebenenfalls zu verwerfen.«**

ner in Personalunion. Niemand ist so nah an den Bürger:innen wie sie. Sie waren in den letzten Jahren zusätzlich gefordert, die Covid-Pandemie, die Auswirkungen durch neue Flüchtlingsströme sowie die Energie- und Versorgungskrise zu meistern – neben ihrem Alltagsjob, das Leben in der Gemeinde am Laufen zu halten.

Dafür gebührt ihnen besondere Anerkennung.

Doch wie gut sind Österreichs Gemeinden für die Zukunft aufgestellt? Wie erfüllen sie ihre Aufgaben? Wie tragen sie zur Gesamtstabilität des österreichischen Haushalts bei? Wie organisieren sie die Daseinsvorsorge? Wie viel Geld bleibt für Kinderbetreuung und Altenpflege? Wie leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele? Wie modernisieren sie die Infrastruktur?

Das aktuelle Jahr steht ganz im Vorzeichen der Finanzausgleichsverhandlungen (FAG). Die Aufteilung der dafür zur Verfügung stehenden 90 Milliarden Euro zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird neu verhandelt. Dabei gilt es, die Lücke, die durch die Erhöhung der Baukosten, die Schwankung der Energiepreise und die Steigerung der Personalkosten entsteht, nicht größer werden zu lassen.



**Gampern/Oberösterreich**  
Einwohner: 3.125  
Bürgermeister: Jürgen Lachinger

Ein Blick auf die Gemeindefinanzen<sup>1</sup> zeigt, dass die Mehrheit der Gemeinden massive Investitionen plant, beispielsweise in den Erhalt von Straßen und öffentlichen Plätzen oder Bildungseinrichtungen und Pflegeausbildung. Gleichzeitig erwarten drei Viertel der Gemeinden eine Verschlechterung ihrer finanziellen Situation.

Es braucht daher einen Schulterchluss zwischen Privaten und der öffentlichen Hand!

#### **Finanzwirtschaft als Motor der Wende**

Die Finanzwirtschaft kann und muss Verantwortung übernehmen und Kapitalströme in nachhaltige Projekte lenken. Denn Investitionen in Infrastruktur sind ein wirkungsvolles – und vor allem effektives – Instrument, essenzielle Bedürfnisse der Gesellschaft zu decken und gleichzeitig eine nachhaltige, grüne Zukunft zu ebnet. Das Geld ist vorhanden: 360 Milliarden Euro sind im Jahr 2022 in den europäischen Infrastruktur- und Energiemarkt

investiert worden. Die Europäische Union hat bereits 2019 den Green Deal mit Investitionen in Höhe von 1.800 Milliarden Euro ausgerufen.

Diese Gelder in Kombination mit den drei Gemeindepaketen so-

#### **»Die Finanzwirtschaft kann und muss Verantwortung übernehmen und Kapitalströme in nachhaltige Projekte lenken.«**

wie der Zuteilung nach erfolgten FAG-Verhandlungen sind eine gute Basis, zukunftsorientierte Weichenstellungen für einen starken Wirtschaftsstandort, exzellente und hochgradig spezialisierte Industrien, ausgezeichnete Ausbildungsstätten, hochwertige Güter und Innovationskraft zu setzen.

Infrastruktur ist das Fundament jeder Gesellschaft. Wir alle brauchen nachhaltige und effiziente Energieversorgung, funktionierende Nah- und Fernverkehrsverbindungen, schnellere Kommunikationskanäle und moderne soziale Infrastruktur für unsere vielfältige

Gesellschaft – von Kindergärten, Schulen, Freizeiteinrichtungen bis hin zu Apotheken, Krankenhäusern und Pflegeheimen.

Als Spezialist für Infrastruktur- und Energiefinanzierungen sowie Public Finance kennen wir den

Markt und haben unsere Erfahrungen aus ganz Europa gebündelt. Wir haben dabei fünf Thesen postuliert, mit denen die gesteckten Ziele möglichst rasch und effizient erreichbar sind:

- **Nutzung von privatem Kapital als Stimulus für mehr Nachhaltigkeit.** Die Nachfrage ist da, das Geld ist da. Was fehlt, ist das Tempo! Denn private Kapitalgeber brauchen einfache Prozesse mit klaren regulatorischen Zeitleisten.
- **Schnellere, stärkere und dezentralere Netze. Die Basis**

## NEUE UND FLEXIBLE DENKANSÄTZE FÜR DAS PROJEKT ZUKUNFT

**ist immer das Netz. Und dieses gilt es auszubauen und zu verstärken.** Nur so können die immer größeren Mengen an Energie sicher und schnell transportiert werden.

- **Offenheit für tragfähige Übergangslösungen.** Wir brauchen unabhängige Energiequellen und leistbare Preise. Eines Tages können und werden wir dies mit grüner Energie abdecken können. Bis dahin müssen wir mit Übergangslösungen überbrücken.

- **Regulatorik, die Sicherheit und Freiheit schafft.** Von Bürger:innen zu Gemeinden, von Landes- zu Bundesebene, bis hin zu europäischen Verordnungen und Richtlinien – jede Seite verdient Gehör. Für eine rasche Umsetzung von notwendigen Projekten muss aber eines die Ultima Ratio sein: Anwendung praktischer, vernünftiger und zeitkritischer Vorgaben mit schlanken Prozessen, selbst wenn diese Ein-

schränkungen mit sich bringen können.

- **Wege aus der teuren Abhängigkeit.** Wir können uns die Abhängigkeit von bestimmten fossilen Energiequellen schlichtweg nicht mehr leisten. Moralisch nicht. Ökonomisch nicht. Politisch nicht.

Aus den Erfahrungen der industriellen und der Informationsrevolution und deren Implikationen wissen wir: Moderne, innovative Technologien müssen nicht nur (weiter-)entwickelt, sondern auch finanziert werden. Grüner Was-

für die nun anstehende „Grüne Revolution“.

Die Pandemie hat bereits gezeigt, wie schnell ein Wandel – in diesem Fall der digitale – herbeigeführt werden kann. Verstärktes Distance Learning und Homeoffice waren eine Art Turbo für schnelleres Breitbandinternet – und das nicht nur im urbanen Raum.

Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz ist ein nächster Meilenstein, der die Gemeinden insbesondere in der Administration und Abwicklung wesentlich betreffen wird.

#### **»Die Pandemie hat bereits gezeigt, wie schnell ein Wandel – in diesem Fall der digitale – herbeigeführt werden kann.«**

serstoff, CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung (CCS), nachhaltige und/oder synthetische Kraftstoffe oder neue progressive Technologien zur sauberen Energiegewinnung sind nur einige Beispiele

Laut Schätzung<sup>2</sup> gibt es per Mitte des Jahres 2023 rund 840.000 Gas-, 500.000 Öl- und 80.000 Kohleheizungen in Österreich. Diese gilt es, sukzessive stillzulegen beziehungsweise auszutauschen.



### Herausforderungen in Chancen umwandeln

Wir haben jetzt die Chance, unsere Zukunft mitzugestalten. Dazu müssen wir bereit sein, etwas zu verändern. Man kann nicht für nachhaltige Energielösungen sein, aber kein Windrad in seinem Blickfeld haben wollen. Man kann nicht auf grünen Strom setzen, sich aber gleichzeitig gegen Stau Mauern oder Photovoltaik-Paneele aussprechen. Die Regierung hat diesbezüglich eine große Anzahl an Förderungsaktionen ins Leben gerufen, um finanziell den Ausstieg aus Öl und Gas, die Umstellung auf Sonnenenergie oder die Reduzierung des Verbrennungsmotors schmackhaft zu machen. Nicht nur für Private, auch für Betriebe, Landwirte, Vereine. Photovoltaik kann beispielsweise eine große Lücke schließen. Ob auf Hausdächern, Getreidefeldern, Schallschutzwänden oder schwimmend auf dem Schotterteich, da ist enormes Potenzial.

Als Kommunalkredit reden wir nicht nur über positiven Impact

und gesellschaftliche Verantwortung, wir handeln täglich nach diesen Prinzipien. Wir sehen uns als Teil der Lösung, sei es durch die Ermöglichung der Entwicklung neuer Technologien, der Finanzierung von Versorgungsunternehmen sowie PV- und Windparks, sei es durch Beiträge zur technischen Infrastruktur für Konnektivität

**»Zukunft passiert nicht.  
Zukunft wird gestaltet.«**

und E-Mobilität oder zur Modernisierung von Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Wir treiben aktiv die Energiewende voran. Von uns finanzierte Projekte wie Windkraftwerke in Skandinavien, Breitbandausbau in den Niederlanden, Solar-Photovoltaik-Parks in Südeuropa, Glasfasererschließung in Deutschland oder Gesundheitsinfrastruktur in Großbritannien schaffen Mehrwert für die Gesellschaft, europaweit.

In unserem Heimatmarkt Österreich investieren wir gemeinsam mit der OMV in den Bau der größ-

ten Elektrolyseanlage des Landes. Unser Joint Venture „PeakSun“ mit dem oberösterreichischen Energieversorger eww ermöglicht die Finanzierung, Errichtung und das Betreiben von Photovoltaik-Aufdachanlagen – unter Berücksichtigung einer Entlastung des kommunalen Budgets.

Wir alle können und müssen unseren Teil beitragen, um den nun einzuschlagenden Weg erfolgreich zu meistern. Jeder noch so kleine Schritt zählt. Denn gerade in diesen Zeiten ist Gemeinschaft etwas Wesentliches. Österreich ist bekannt für seine Freiwilligenarbeit. Mehr als 3,7 Millionen Bürger:innen engagieren sich in 125.000 Vereinen für ihr Lebensumfeld und schaffen so einen Mehrwert für die Gesellschaft.

Zukunft passiert nicht. Zukunft wird gestaltet. Leben wir diese Verantwortung gemeinsam!

## NEUE UND FLEXIBLE DENKANSÄTZE FÜR DAS PROJEKT ZUKUNFT

### Fußnoten

- 1) Ein Blick auf die Gemeindefinanzen 2021 bis 2024, WIFO – Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Jänner 2023.
- 2) Raus aus Öl und Gas, Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Juni 2023.



**Bernd Fislage**  
Vorstandsvorsitzender  
Kommunalkredit Austria

## GEMEINDEN: UNSERE PARTNER BEI DER VERSORGUNGSSICHEREN ENERGIEWENDE

Für das Gelingen der Energiewende, aber auch für die versorgungssichere Transformation des Energiesystems braucht Österreich eine ausgebaute Strominfrastruktur sowie die Nutzung modernster Technologien: Nur wenn entsprechende Leitungskapazitäten bzw. digitale Plattformtechnologien vorhanden sind, verfügt Österreich auch in Zukunft über die nachhaltige Energie, die die Gesellschaft, Wirtschaft und Industrie zur Dekarbonisierung des Gesamtsystems benötigt.

Allerdings ist die Transformation eine Mammutaufgabe: Bis 2030 soll der gesamte Stromverbrauch Österreichs durch erneuerbaren Strom gedeckt werden, bis 2040 der gesamte Energiebedarf. Damit das gelingt, müssen alle Akteure an einem Strang ziehen. Eine besonders wichtige Rolle kommt dabei Gemeinden zu, denn in diesen werden alle Projekte der Energiewende – von der Stromleitung, über das Umspannwerk bis hin zu

Stromspeichern, Windrädern oder PV-Anlagen – sichtbar. Aber ohne die Unterstützung der Bürgermeister:innen bzw. die Akzeptanz und das Bewusstsein der Bevölkerung, dass Masten, Leitungen, Windräder und PV-Anlagen die notwendige Voraussetzung für die Transformation sind, wird es

**»Bis 2030 soll der gesamte Stromverbrauch Österreichs durch erneuerbaren Strom gedeckt werden, bis 2040 der gesamte Energiebedarf.«**

nicht gelingen, diese zahlreichen Projekte zeitgerecht umzusetzen. Österreich darf sich keine Verzögerungen mehr leisten. Es ist fünf vor zwölf.

### **Gemeinden und Bürgermeister:innen haben zentrale Rolle bei Bewusstseinsbildung**

Vor allem jene Gemeinden werden zu Enablern der Energiewende, auf deren Gebiet Erneuerbare ausgebaut oder neu geplante Stromleitungen verlaufen bzw. modernisiert werden. Oft treffen auch beide Faktoren zu.

Hier geht es darum, die Wahrnehmung zu verändern: Wir müssen auf die sichtbaren Zeichen der Energiewende stolz sein und dies gemeinsam den Bürger:innen vermitteln.

Daher sind die Bürgermeister:innen beim Netzausbau erste Ansprechpartner der APG. Gemeinden werden in der Regel bereits vor dem Leitungsbau in

die Planung der Projekte miteinbezogen. Dabei gilt es, zuerst ein gemeinsames Verständnis und danach einen größtmöglichen Konsens zu finden. Die Unterstützung durch die Gemeinden ist bei der Umsetzung von Leitungsprojekten jedenfalls elementare Voraussetzung, um diese auch so rasch wie möglich im gemeinsamen Dialog mit der Bevölkerung in Genehmigung und danach in Umsetzung zu bringen.

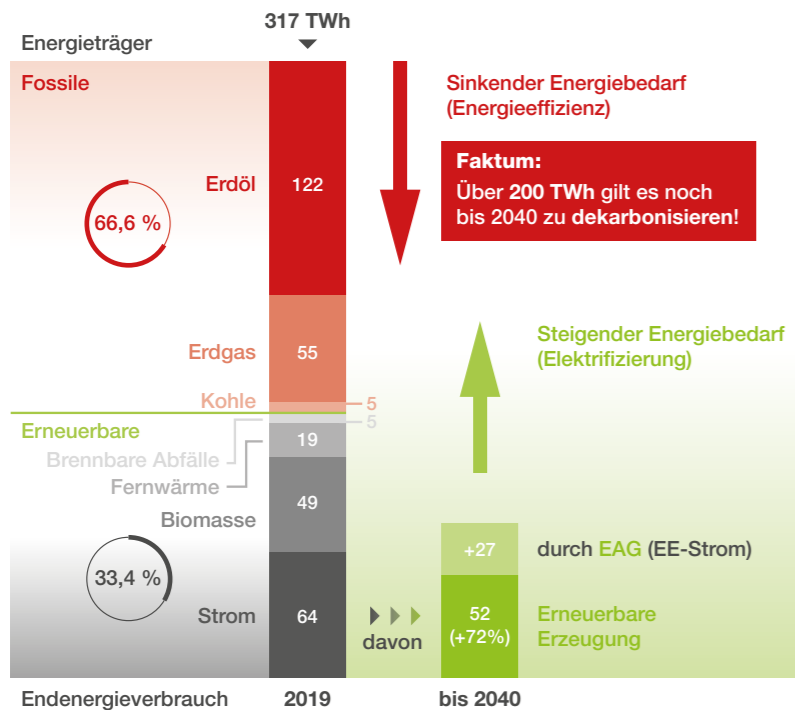
Ein Erfolgsprojekt hinsichtlich der Akzeptanz und damit auch der



**Hauskirchen, Ortsteil Rannersdorf/NÖ**  
Einwohner: 1.295  
Bürgermeister: Helmut Arzt

## Herausforderung der Transformation in Zahlen

Angaben in TWh (Terawattstunden)



Systemisch verbrauchen wir aktuell rund **300 TWh Energie** in Österreich pro Jahr.

Bis **2040** muss der Verbrauch in Österreich **gesamthaft** aus **erneuerbaren Energiequellen** stammen.



Die Zukunft ist elektrisch – aus **100 Prozent nachhaltigen Ressourcen**.

Quelle: BMK 2020, Statistik Austria, E-Control 2020, APG 2020. Grafik-Anpassung: Lukas Kaspar/Putzkers Grafikteam

## GEMEINDEN: UNSERE PARTNER BEI DER VERSORGUNGSSICHEREN ENERGIEWENDE

Geschwindigkeit war die Weinviertelleitung, die von der Einreichung der Umweltverträglichkeitsprüfung bis zur Fertigstellung nur sechs Jahre in Anspruch genommen hat. Bei diesem Projekt hat APG erfolgreich mit allen Bürgermeister:innen und dem Land

der Netzausbauprojekte: Wenn beispielsweise eine Eisenbahnstrecke geplant wird, dann wird diese freigehalten, das ist beim überregionalen Stromtransport und dem damit verbundenen Leitungsbau nicht so. Insbesondere gilt es, im Sinne einer gemeinsa-

ren massiv erschweren können, sie bringt auch finanzielle Planbarkeit bei den erforderlichen Grundeinlösen.

**Daher fordert APG eine Korridorfreihaltung für Elektrizitätsleitungen:**

Ein Gesetz, mit dem ein Korridor sowie in einem zweiten Schritt die projektierte Trasse (wie im Trassenplan dargestellt) bis zur Errichtung der Leitungsanlage vor Bebauung geschützt werden kann und damit die ressourcen- und zeitintensiven Planungen nicht zu nichte gemacht werden, wäre im Sinne der Energieraumplanung hilfreich und wichtig.

Allein 2023 investiert APG 490 Millionen Euro in den Ausbau des Übertragungsnetzes. Insgesamt wird APG bis 2032 rund 3,5 Milliarden Euro in den Netzaus- und -umbau investieren. Das sind rund 19 Prozent der insgesamt 18 Milliarden Euro, die die E-Wirtschaft in den kommenden zehn Jahren in die Netzinfrastruktur investieren wird.

**»Neben der Akzeptanz und dem Bewusstsein für die Notwendigkeit der Infrastrukturprojekte sind die Dauer der Genehmigungsverfahren, die regulatorischen Rahmenbedingungen sowie der Schutz von Planungs- und Bestandstrassen entscheidend für die zeitgerechte Umsetzung der Netzausbauprojekte.«**

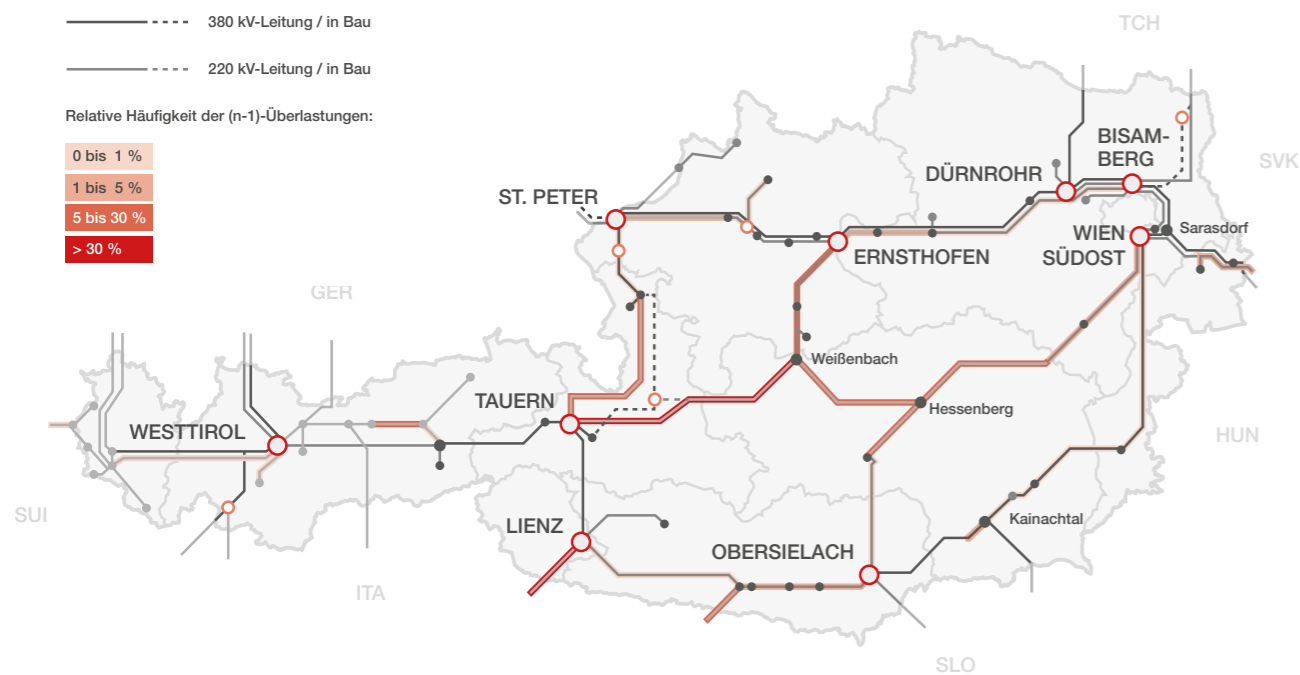
Niederösterreich einen gemeinsamen Weg von der Stunde null bis hin zur Inbetriebnahme beschritten.

Neben der Akzeptanz und dem Bewusstsein für die Notwendigkeit der Infrastrukturprojekte sind die Dauer der Genehmigungsverfahren, die regulatorischen Rahmenbedingungen sowie der Schutz von Planungs- und Bestandstrassen entscheidend für die zeitgerechte Umsetzung

men Energieraumplanung, die bestehenden Trassenkorridore und Infrastrukturstandorte vor heranrückenden Bauungen zu schützen. Das ist wichtig, weil durch die neuen Anforderungen hinsichtlich der Energiewende auch bei bestehenden Leitungen Upgrades oder Ersatzleitungen erforderlich sein können. Eine langfristig rechtlich gesicherte Freihaltung von Infrastrukturkorridoren verhindert nicht nur Widmungsakte, die im Zeitpunkt der Umsetzung Verfah-

## Anforderungen an ein leistungsfähiges Übertragungsnetz

Die zu schwache Ost-West-Netzinfrastruktur und gesteigerte Transitflüsse führen vermehrt zu kritischen Belastungen. Eine Netzreserve ist daher Grundvoraussetzung für den sicheren Netzbetrieb, bis der erforderliche Netzausbau umgesetzt werden kann.



Quelle: APG Austrian Power Grid/APA-Grafik on Demand. Grafik-Anpassung: Lukas Kaspar/Putzkers Grafikteam

## GEMEINDEN: UNSERE PARTNER BEI DER VERSORGUNGSSICHEREN ENERGIEWENDE

Jetzt sind alle Akteure gefordert, alle Projekte der Energiewende prioritär zu behandeln und rasch umzusetzen. Dabei ist es höchste Zeit, den Stromnetzen die gleiche

**»Jetzt sind alle Akteure gefordert, alle Projekte der Energiewende prioritär zu behandeln und rasch umzusetzen.«**

Bedeutung zu geben wie den Erzeugungsanlagen. Von einer leistungsfähigen Netzinfrastruktur hängt die Nutzbarkeit jedes Windrads sowie die Dekarbonisierung jedes Kunden ab.

Es geht jetzt um den Wirtschafts- und Lebensstandort Österreich. Lasst uns keine Zeit mehr verlieren. Kommen wir vom Reden ins Tun.



**Gerhard Christiner**  
Vorstand Austrian Power Grid

## WELCHE GESCHICHTE DER ZUKUNFT WOLLEN WIR?

Krisen über Krisen und dazwischen unsere österreichischen Gemeinden – eigentlich kann ich das Wort Krise schon gar nicht mehr hören, obwohl ich es als Wissenschaftler sehr oft in den Mund nehme, egal ob im Hörsaal oder in meinen Forschungsprojekten.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, der Befund, dass wir uns in einer Klima- und Biodiversitätskrise befinden, die gleichzeitig auch soziale Ungleichheiten verstärkt, ist wichtig, aber dieser Systembefund reicht nicht aus, um auf

Viele fordern in diesem Zusammenhang innovative und umweltfreundlichere Technologien ein. Diese Erzählung einer ökologischen Modernisierung (Bemmann 2014) beinhaltet beispielsweise die technische Abscheidung und Speicherung von CO<sub>2</sub>, den Einsatz von Wasserstoff oder E-Fuels im motorisierten Individualverkehr, die künstliche Bestäubung durch Roboter(bienen) oder, wenn wir noch etwas weiter in die Zukunft blicken, den Abbau von Rohstoffen am Mars. Aber ist diese Erzählung überhaupt haltbar und führt sie uns zum Ziel einer nachhalti-

geklammert, gekommen ist dieser nur in den seltensten Fällen und wenn, dann oft mit ganz gegensätzlichen Auswirkungen. In diesem Kurzbeitrag soll es daher um die Rolle von Innovationen und Exnovationen im Kontext einer sozialökologischen Transformation (Brand 2017) gehen und um die Frage, welche Geschichte(n) von morgen wir eigentlich erzählen sollten.

Wissenschaftler\*innen eignen sich sehr gut, um ein evidenzbasiertes drastisches Bild der derzeitigen Situation zu zeigen.

Beim sogenannten Erdschöpfungstag wird der Zeitpunkt im Jahr festgelegt, wo die menschliche Nachfrage nach Rohstoffen und anderen ökologischen Dienstleistungen (Bestäubung durch Insekten, Bewässerung, CO<sub>2</sub>-Senken) die Kapazität der Erde, diese zu gewährleisten, übersteigt. Im Jahr 2023 konnten wir diesen Tag in Österreich bereits am 6. April „feiern“, in Deutschland und der Schweiz

**»In der Geschichte haben wir uns schon oft an den Strohhalm eines derartigen Fortschrittsglaubens geklammert, gekommen ist dieser nur in den seltensten Fällen und wenn, dann oft mit ganz gegensätzlichen Auswirkungen.«**

lokaler und regionaler Ebene ins Handeln zu kommen, Aktivitäten zu setzen, die uns helfen, ein sicheres, widerstandsfähigeres, demokratischeres und gerechteres Lebensumfeld zu schaffen (Armutskonferenz et al. 2022).

gen Gesellschaft, die die Grenzen des Erdsystems respektiert und einhält?

In der Geschichte haben wir uns schon oft an den Strohhalm eines derartigen Fortschrittsglaubens



Villach/Kärnten  
Einwohner: 65.135  
Bürgermeister: Günther Albel

Anfang Mai, in Rumänien am 11. Juni und in Ecuador erst am 6. Dezember (vgl. <https://www.overshootday.org/>).

Dieser Hunger nach Ressourcen ist ein grundsätzliches Problem, dahinter steckt jedoch auch eine verheerende Dynamik. Insbesondere seit den 1970er-Jahren haben wir begonnen, dieses Ungleichgewicht stark zu befeuern. Lag der Erdschöpfungstag global gesehen im Jahr 1971 noch

am 25. Dezember, so ist er 2022 bereits auf den 28. Juli gefallen. Für diese im Zeitverlauf besonders auffällige Negativspirale ist nicht, wie manche gerne plakativ behaupten, das Bevölkerungswachstum Hauptverursacher, sondern bestimmte ökonomische Wachstumszwänge, gepaart mit einer immer größer werdenden Ungleichheit (Angus & Butler 2011). So sind die Länder des globalen Nordens, wo nur zirka 20 Prozent der acht Milliarden

Menschen leben, für ungefähr 90 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich (Hickel 2020). In Österreich wiederum produzieren die reichsten 10 Prozent der Haushalte viermal so viel CO<sub>2</sub> wie die ärmsten 10 Prozent (Essletzbichler et al. 2023). D. h. alle die Erfindungen, die Technologien und Fortschritte, die wir augenscheinlich oder scheinbar seit den 70er-Jahren erzielt haben, haben

**»In Österreich wiederum produzieren die reichsten 10 Prozent der Haushalte viermal so viel CO<sub>2</sub> wie die ärmsten 10 Prozent.«**

nur noch zu mehr Verbrauch, Verschmutzung und Umweltzerstörung geführt.

Dieser Befund legt nahe, dass wir das Rad der Geschichte doch einfach rückwärts drehen sollten: „Back to the roots“ oder „Früher war doch eh alles besser“. Abgesehen davon, dass sich diese Entwicklung nicht einfach umkehren lässt, ist der Glaube an den menschlichen Fortschritt enorm stark. Eine wesentliche Kraft, die

für den Fortschritt verantwortlich ist, liegt in der Idee begründet, dass es der nächsten Generation im Vergleich zu vorherigen immer besser gehen muss (vgl. Pollard 1971). Da dies derzeit augenscheinlich nicht mehr der Fall ist, müssen wir uns die Frage stellen, welcher Fortschritt damit gemeint ist bzw. welchen Fortschritt wir haben wollen.

Eng verknüpft mit dem Fortschrittsgedanken ist das Thema Innovation. Eine innovative Gesellschaft ist aber keine Gesellschaft, die versucht, ständig ihre Produktivität zu steigern, sondern eine Gesellschaft des Lernens (Stiglitz & Greenwald 2015), wo neue und freche Ideen sozialer Innovationen gefördert und ausprobiert werden.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Steigerung des sogenannten Sozialkapitals. Soziales Kapital ist definiert als ein Maß für den Zusammenhalt, zum Beispiel innerhalb einer Gemeinde oder eines Wohnbereichs. Es setzt sich zusammen aus der Dichte von

## WELCHE GESCHICHTE DER ZUKUNFT WOLLEN WIR?

Netzwerken und Vereinen, der Bereitschaft der Menschen, sich gegenseitig zu helfen, und dem Grad

Bereitschaft, sich an dessen Entwicklung zu beteiligen, gefördert. Investitionen in diesem Bereich

me. Der Begriff der Exnovation wird dabei gerne als Pendant oder „Schwester“ zum Begriff der Innovation gesehen (Arnold et al. 2015).

**»Eine innovative Gesellschaft ist aber keine Gesellschaft, die versucht, ständig ihre Produktivität zu steigern, sondern eine Gesellschaft des Lernens, wo neue und freche Ideen sozialer Innovationen gefördert und ausprobiert werden.«**

des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit (Bhandari & Yasunobu 2009). Soziales Kapital umfasst Strukturen, Institutionen, Netzwerke und Beziehungen, die es einzelnen Personen ermöglichen, das Humankapital in Partnerschaft mit anderen zu festigen und zu entwickeln. Ist das Sozialkapital hoch, so kann zum Beispiel die gegenseitige Hilfe in der Bevölkerung durch intakte soziale Netzwerke gesteigert, die Kommunikation zwischen Bürger:innen und Verwaltung verbessert und lokales Wissen effektiver geteilt werden. Somit wird das Vertrauen in die Politik und Behörden sowie das Zugehörigkeitsgefühl gestärkt und die Sorge der Bürger:innen um ihr Lebensumfeld und ihre

sind zudem noch viel kostengünstiger als technische Innovationen.

Neben diesen sozialen Innovationen dürfen wir in Zukunft auch lernen, dass viele unserer bislang so lieb und bequem gewordenen Systeme, Praktiken und Technologien abgeschafft bzw. zurückgenommen werden müssen – das ist mit Exnovation gemeint. D. h. es geht um einen gezielten, vollständigen, gut geplanten und politisch gesteuerten Ausstieg aus nicht-nachhaltigen Strukturen (Heyen 2016). Dazu zählen zum Beispiel der Verbrennungsmotor, umweltschädliche Chemikalien wie Glyphosat und einige Weichmacher (Phthalate), der Torfabau, die Ölheizung oder Gasther-

Politisch bleiben Exnovationen jedoch heikel bzw. wenig(er) attraktiv, weil sie oft mit enormem Widerstand und Konflikten verbunden sind, da diese Pfadabhängigkeiten nicht so einfach durchbrochen werden können oder durchbrochen werden wollen. Trotzdem haben wir in Österreich einige dieser Exnovationen schon gut hinter uns gebracht, wie im Bereich von verbleitem Benzin, FCKW oder der klassischen Glühlampen. Der politische Impuls dafür kam teilweise von der europäischen Ebene, aber auch im Land selbst können Initiativen erfolgreich sein. Ein Beispiel für eine politisch weniger gut gesteuerte, aber sehr nachhaltige Exnovation ist der Ausstieg Österreichs aus der Atomenergie. Auf lokalpolitischer Ebene hat der Totalverzicht vieler Gemeinden auf Glyphosat zumindest auch zu

einem Teilverbot auf Bundesebene geführt.

Diese Exnovationen betreffen aber nicht nur Strukturen und Technologien, sondern insbesondere auch Denkweisen. Die Erzählung, dass wir mit immer mehr

**»Wir brauchen neue Erzählungen, neue Geschichten der Zukunft.«**

technischen Innovationen, Infrastrukturen und ökonomischem Wachstum zu einer gedeihlichen Entwicklung von uns und dem Planeten Erde beitragen, muss nicht nur obsolet werden, sondern ist grundsätzlich falsch (Paech 2006). D. h. wir brauchen neue Erzählungen, neue Geschichten der Zukunft. Im Forschungsprojekt „Tales of Tomorrow“ haben wir einmal so eine Vision gemeinsam mit jungen Entscheidungstragenden verschiedener politischer, religiöser und weltanschaulicher Ideologien erarbeitet (Bucheberner et al. 2020). Das Erstaunliche daran war, dass trotz der unterschiedlichen Perspektiven und

Anschauungen ein gemeinsames Bild dafür sehr rasch entstanden ist. Nachzulesen gibt es diese Vision für ein klimafittes Österreich 2035 auf der Projektwebseite (<http://talesoftomorrow.boku.ac.at>).

D. h. nur im Zusammenspiel sozialer Innovationen und Exnovationen werden fundamentalere Veränderungen bestehender Lebens- und Produktionsweisen möglich sein. Die Gemeindeebene spielt dabei eine besondere Rolle, weil sie direkt an die Lebensrealitäten der Bürger:innen anknüpft, besser als alle anderen politischen Ebenen darüber Bescheid weiß und ein parteiübergreifender Konsens mehrheitlich gelingt.

**»Nur im Zusammenspiel sozialer Innovationen und Exnovationen werden fundamentalere Veränderungen bestehender Lebens- und Produktionsweisen möglich sein.«**

Darüber hinaus wird in Zukunft die direkte Beteiligung von Bürger:innen an Entscheidungsprozessen

eine noch größere Bedeutung erlangen. Soziale Innovationen und Exnovationen sollten am besten von verschiedenen Gruppen und Personen kollektiv erdacht und mitgestaltet werden, wie es bereits in vielen Netzwerken der Bürger:innenbeteiligung gelebt und praktiziert wird (<https://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/>; Schauppenlehner-Kloyber & Penker 2016). Konkret gelingt dies mithilfe des Einsatzes dialogischer Beteiligungsverfahren (z. B. Bürger:innenräte), einer partizipativen kommunalen Raum-, Stadt- und Dorfplanung und insbesondere unter Einbeziehung Jugendlicher (Bork et al. 2014).

Neben diesen Praktiken wird nach wie vor auch die Bereitstellung sozialökologischer Infrastrukturen,

wie der Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der Schaffung und Erhaltung öffentlichen Grünraums

## WELCHE GESCHICHTE DER ZUKUNFT WOLLEN WIR?

für Erholungszwecke und Temperaturengleich sowie eines klimafreundlichen sozialen Wohnbaus, wichtig bleiben. Derartige Vorge-

(BMSGPK 2021)? Die dort leben, wo die Luftverschmutzung hoch ist, es mehr Lärm durch Verkehr gibt, es den stickigeren und hei-

**»Konkret gelingt dies mithilfe des Einsatzes dialogischer Beteiligungsverfahren (z. B. Bürger:innenräte), einer partizipativen kommunalen Raum-, Stadt- und Dorfplanung und insbesondere unter Einbeziehung Jugendlicher.«**

weisen bilden somit einen unverzichtbaren Eckpfeiler einer krisensicheren und resilienten Gemeinde.

Wir haben die Wahl: Wollen wir zukünftig weiter in einer ungerechten Welt leben, wo nicht nur global gesehen, sondern auch lokal und regional die sozioökonomisch Schwachen, weniger Gebildeten, chronisch Kranken, Säuglinge, Älteren und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen die größten und stärksten Auswirkungen der multiplen Krisen und insbesondere der Klimakrise spüren werden

ßeren Wohnraum mit weniger Grün gibt, sie Wetterextremen stärker ausgesetzt sind und die eine geringere Anpassungsfähigkeit in Kombination mit einer höheren Verletzlichkeit in Bezug auf materielle und immaterielle Schäden aufweisen? Oder wollen wir den Schwenk in eine zukunfts-fähige, enkeltaugliche, gerechtere Zukunft mithilfe von vielen sozialen Innovationen und gezielten Exnovationen wagen?

Mehr Mut für diese neue Geschichte der Zukunft ist gefragt.



**Patrick Scherhauser**  
Institut für Wald-, Umwelt- und Ressourcenpolitik, Universität für Bodenkultur Wien

## Literatur

Angus, I., & Butler, S. (2011): Too many people? Population, immigration, and the environmental crisis, Haymarket.

Armutskonferenz, ATTAC, BEIGEWUM (Hrsg.) (2022): Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten, bahoe books.

Arnold, A., Martin, D., Hanke, G., Sonnberger, M. (Hrsg.) (2015): Innovation - Exnovation. Über Prozesse des Abschaffens und Erneuerns in der Nachhaltigkeitstransformation, Metropolis-Verlag.

Bemmann, M., Metzger, B., von Detten, R. (2014): Ökologische Modernisierung: Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften, Campus.

Bhandari, H., Yasunobu, K. (2009): What is social capital? A comprehensive review of the concept, Asian Journal of Social Science 37(3).

BMSGPK - Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsum

mentenschutz (2021): Soziale Folgen des Klimawandels in Österreich, Wien.

Bork, H., Egg, P., Giese, K., Hütter, A., Poier, K. (2014): Direkte Demokratie und Partizipation in den österreichischen Gemeinden. In: Kommunalwissenschaftliche Gesellschaft (Hrsg.): Schriftenreihe Recht & Finanzen für Gemeinden, 04/2015.

Brand, K.-W. (Hg.) (2017): Die sozial-ökologische Transformation der Welt: Ein Handbuch, Campus.

Buchebner, J., Toth, K., Völler, S., Chirari, S., Offenzeller, M., Mayr, C., Thier, K., Scherhauser, P. (2020): Klimafittes Österreich 2035: Eine gemeinsame Vision, Universität für Bodenkultur Wien (BOKU). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-71808-3>.

Essletzbichler, J., Miklin, X., Volmary, H. (2023): Soziale und räumliche Ungleichheit. In: APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben (APCC SR Klimafreundliches Leben), Springer Spektrum.

Heyen, D. A. (2016): Exnovation: Herausforderungen und politische Ge-

staltungsansätze für den Ausstieg aus nicht-nachhaltigen Strukturen, Öko-Institut Working Paper 3/2016.

Hickel, J. (2020): Quantifying national responsibility for climate breakdown: an equality-based attribution approach for carbon dioxide emissions in excess of the planetary boundary, The Lancet Planetary Health 4(9), e399-e404.

Howaldt, J., Kopp, R. (2012): Shaping Social Innovation by Social Research. In: Franz, H.-W. Hochgerner, J., Howaldt, J. (Hrsg.). Challenge Social Innovation, Springer.

Paech, N. (2006): Wirtschaften ohne Wachstumszwang, Ökologisches Wirtschaften-Fachzeitschrift 21 (3).

Pollard, S. (1971): The Idea of Progress: History and Society, Penguin Books.

Schauppenlehner-Kloyber, E., Penker, M. (2016): Between Participation and Collective Action - From Occasional Liaisons towards Long-Term Co-Management for Urban Resilience, Sustainability 8(7), 664.

# WELCHE GESCHICHTE DER ZUKUNFT WOLLEN WIR?

Stiglitz, J., Greenwald, B. (2015): Die innovative Gesellschaft: Wie Fortschritt gelingt und warum grenzenloser Freihandel die Wirtschaft bremst, Evon Verlag.



## DIE GEMEINDE ALS DEMOKRATIELABOR

Nur eine laue Brise umspielt meine Nase, als ich mich an einem fröhlich-sommerlichen Tag auf den Weg zum politisch-philosophischen Café unserer Kleinstadt mache. Da wird heute über die Zukunft der Demokratie gesprochen – darüber, wie sich die Bürgerinnen und Bürger am besten würdigen einbringen können.

Mit der munter-behaglichen Stimmung, die sich unter den zum Gespräch versammelten Kaffeetrinkern ausgebreitet hat, ist es allerdings jäh vorbei, als ich mich laut zum Ansinnen bekenne, man müsse die Gemeinde radikal demokratisieren und den Bewohnern weitgehende Mitbestimmungsrechte einräumen. Die laue Brise schlägt in eisigen Gegenwind um. Er rührt freilich nicht von der Mehrheit der Kaffeetrinker her, dem „Laienpublikum“, wie sich der Bürgermeister ausdrückt. Das ist neugierig und gespannt, abwartend, in welche Richtung sich der Wind wohl drehen würde. Der Gegenwind

kommt vielmehr von den versammelten lokalen Amtsträgern. Sie sind es gewohnt, über das Wohl und Weh der Gemeinde zu befinden, Entscheidungen zu fällen, gehe es nun um verkehrsberuhigte Zonen, um eine neue Turnhalle oder um die Erweiterung des Kindergartens.

Und jetzt schickt sich da ein Nicht-Amtsträger an, ihnen zu erklären, dass gerade die kleinere oder mittelgroße Gemeinde doch das ideale Labor einer künftigen Demokratie sein könne. Der Mensch sei, sage ich, ein teilhabewollendes Wesen. Jedoch drohe

**»Wäre denn nicht die Gemeinde der ideale Ort für die Einübung in konkreter Mitbestimmung, für die Einübung in direkt-partizipatorischer Demokratie?«**

das hergebrachte Gerüst des politischen Feldes, nämlich das uralte Schema der Repräsentation, Teilhabe gerade zu verhindern. Wir seien zu individuell, zu vielfältig geworden, um uns durch Repräsentanten, die an unserer Stelle

sprechen, abbilden lassen zu können. In den kleineren Städten und in den Dörfern hätten die Parteien längst ihre Bedeutung verloren. Bei konkreten Fragen – verkehrsberuhigte Zonen, neue Turnhalle, Erweiterung des Kindergartens – stünden in der Kleinstadt oder im Dorf eben nicht Parteilisten oder weltanschauliche Richtungsentscheidungen zur Disposition, sondern einfach nur diese konkreten Fragen selbst. Und die lägen doch im Denk- und Handlungshorizont aller Bürgerinnen und Bürger. Es gehe um ihre Fragen. Warum sollte man ihnen dann die Entscheidung über all diese Fragen vorenthalten?

Wäre denn nicht die Gemeinde

der ideale Ort für die Einübung in konkreter Mitbestimmung, für die Einübung in direkt-partizipatorischer Demokratie?

Er müsse vehement widersprechen, meint ein Gemeinderat



Bezau/Vorarlberg  
Einwohner: 2.042  
Bürgermeister: Hubert Graf

## DIE GEMEINDE ALS DEMOKRATIELABOR

und Bürgermeister-Stellvertreter, während seine Kolleginnen und Kollegen heftig nicken: Keineswegs bedürfe die Demokratie der grundlegenden Veränderung, vielmehr gehe es darum, sie möglichst zu schützen und zu erhalten, und zwar so, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg in Form gebracht worden sei. Es sei richtig und wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger frei wählen und sich auch zur Wahl aufstellen lassen könnten, die Entscheidungen sollten aber in den Händen der Gewählten bleiben. Denn die Aufgabe von Politik bestehe wesentlich in Entlastung: Die gewählten Repräsentanten übernahmen das Geschäft der Entscheidung, das ein hartes Geschäft sei, denn es verlange umfassende Vorabinformation und Vorabberaterung. Indem sie, beispielsweise als Gemeinderäte, sich dieser Fron unterzögen, sorgten sie dafür, dass die Bürger von allem ferngehalten würden, was ihnen das Leben schwermache. Sie könnten sich nun dank der gemeinderätlichen Entlastungsarbeit auf das konzentrieren, was in ihrem Le-

ben zähle, das Private, die Familie, der Job, die Freizeit.

Das Modell, das ich vorschläge, die Gemeinde als Demokratielabor, laufe auf eine instabile Stimmungsdemokratie hinaus, in der die Einwohnerinnen und Einwohner heute hü und morgen hott sagten, wie es ihnen eben gerade in den Sinn komme und wie geschickte Agitatoren es ihnen gerade einflüsterten. Eigentlich wüssten sie sehr wohl, was sie an ihren Repräsentanten haben, nämlich Garanten der Verlässlichkeit. Und wenn sie partout nicht mit ihnen einverstanden seien, könnten sie sie ja noch immer nach ein paar Jahr abwählen. Denn einerseits seien die Wählerinnen und Wähler vom politischen Tagesgeschäft befreit, andererseits aber behiel-

**»Denn die Aufgabe von Politik bestehe wesentlich in Entlastung: Die gewählten Repräsentanten übernahmen das Geschäft der Entscheidung, das ein hartes Geschäft sei, denn es verlange umfassende Vorabinformation und Vorabberaterung.«**

ten sie die Kontrollmacht: Wenn ihnen die ganze Richtung nicht

passte, die die Gemeindepolitik nimmt, habe der Wahlzettel eine gewaltige Hebelwirkung.

Der Herr Gemeinderat wolle also sagen, mischt sich eine der jüngeren Kaffeetrinkerinnen ein, dass er das, was er als lokaler Amtsträger tue – all die zahllosen Überstunden im Rat, in Ausschüssen und vor Ort, für die er bestenfalls ein geringes Sitzungsgeld erhalte –, dass er also all das nur tue, weil er mit diesem Tun das Gefühl der Gestaltungsmöglichkeit, das Gefühl der Wirksamkeit verbinde. Früher hätte man vielleicht von einem Gefühl der Macht gesprochen, heute gefalle wahrscheinlich das Wort „Verantwortung“ besser. Und wenn sie als Bürgerin den Herrn Gemeinderat nun richtig verstehe, falle für ihn wie seine

Kolleginnen und Kollegen jeder Anreiz weg, das Amt auszuüben,

wenn ihnen diese Möglichkeit des Gestalten-Könnens genommen werde – wenn sie diese Möglichkeit mit entscheidungsberechtigten Bürgern teilen müssten.

Ja, springt dem Gemeinderat eine Kreisrätin bei, das Gefühl der Wirksamkeit, das Gestalten-Können sei die eigentliche Belohnung für die ehrenamtliche Tätigkeit. Da habe die Bürgerin schon recht. Aber im Ansinnen des Philosophen vorhin, die Gemeinde zum Demokratielabor umzugestalten, fehle doch vor allem ein wesentlicher Aspekt, nämlich die Währung, in der in der Kommunalpolitik bezahlt werde. Diese Währung sei das Vertrauen. Sie als gewählte Vertreterin habe am Wahltag von ihren Wählerinnen und Wählern Vertrauen ausgesprochen bekommen, für das Geleistete in der letzten Wahlperiode und als Vorschussvertrauen für die nächste Wahlperiode. Sie versuche nun, sich dieses Ver-

trauens in ihre politischen Arbeit als würdig zu erweisen. Ohne Vertrauen gehe es nicht. Sie glaube, dass sie ihre Wählerinnen und Wähler repräsentieren könne, weil man sie kenne, ihr vertraue. Sie gehöre zu denen, an die man die Entscheidungen über politische Sachgeschäfte, über verkehrsberuhigte Zonen, über die neue Turnhalle oder um die Erwei-

**»Aber im Ansinnen des Philosophen vorhin, die Gemeinde zum Demokratielabor umzugestalten, fehle doch vor allem ein wesentlicher Aspekt, nämlich die Währung, in der in der Kommunalpolitik bezahlt werde. Diese Währung sei das Vertrauen.«**

terung des Kindergartens gerne delegiere.

Das Dorf, die Kleinstadt sei nicht der Ort, um die direkt-partizipatorische Demokratie neu zu erfinden, wie der Philosoph überoptimistisch meine, sondern vielmehr der Ort, die repräsentative Demokratie einzuüben. Da könnten alle Bürgerinnen und Bürger lernen, wem sie vertrauen wollten, denn hier seien ja im Unterschied zur

Landes- und Bundespolitik alle, die sich zur Wahl stellen, Menschen zum Anfassen, Nachbarn, Bekannte. Bei ihnen könnten wir aus unserer Alltagserfahrung heraus entscheiden, ob sie unser Vertrauen verdienten oder nicht. Zugleich lernten wir alle in der repräsentativen Demokratie auf Gemeindeebene das Abstrahieren-Können und das Delegie-

ren-Können: Nicht jeder müsse sich mit verkehrsberuhigten Zonen, neuen Turnhallen oder Kindergartenerweiterung beschäftigen. Es reiche zu wissen, dass die Debatte darüber in guten Händen sei.

Da widerspreche sie vehement, ruft die Kaffeetrinkerin dazwischen, als die Kreisrätin weiter ausholen will. Müsse man dem Vertrauen denn nicht das Miss-

## DIE GEMEINDE ALS DEMOKRATIELABOR

trauen entgegensetzen oder doch wenigstens beigegeben? Sei denn nicht überhaupt das Misstrauen das Lebenselixier lebendiger Demokratie? Verdanke man es nicht dem Misstrauen, dass man eben nicht einfach still leidend hinnehme, was der andere befinde und befehle? Müsse man denn nicht ständig hinterfragen, was andere, Politiker zumal, für wahr und richtig hielten?

Ein Mann, der neben der Kaffeetrinkerin sitzt, wiegt bedenklich den Kopf. Sie

fährt ihn an, ob er denn einfach blind vertrauen und den Profis das politische Feld ganz überlassen wolle? Nein, gibt er zurück, aber sie habe es vorhin doch schon selbst angedeutet: Wie solle sich denn noch jemand für ein kommunales Amt zur Verfügung stellen, wenn sie oder er weder mit Geld oder mit Macht noch mit Vertrauen für die Bereitschaft und die Arbeit entschädigt würde? Es reiche doch keinem Gemeinderat und keiner Bürgermeisterin, bloß „Ermüdungshelfer“ zu

sein, wie der Herr Philosoph es den Politikern einmal zu sein empfohlen habe. Ohnmächtige Kommunalpolitiker, die bloß dabei zusehen, wie die Bürger bei der Abstimmung in der öffentlichen Gemeindeversammlung per Mehrheitsbeschluss ein lange vorbereitetes Lieblingsprojekt einfach vom Tisch wischen? Wie sollte man da noch jemanden dazu

**»Sei denn nicht überhaupt das Misstrauen das Lebenselixier lebendiger Demokratie? (...) Müsse man denn nicht ständig hinterfragen, was andere, Politiker zumal, für wahr und richtig hielten?«**

motivieren können, sich Kommunalpolitik zu Aufgabe zu machen?

Vielleicht brauche man, gibt die Kaffeetrinkerin zurück, auch viel weniger gewählte Politiker als ein paar kommunale Fachleute, wenn man in diesen so diversen, so aufgesplitterten, so vielfach facettierten und doch immer noch so kleinen Gemeinden Politik machen wolle. Sollte das Personal, egal ob gewählt und ehrenamtlich oder angestellt und bezahlt, sich nicht als Moderatorinnen, als Entschei-

dungsassistenten begreifen, die die unterschiedlichsten Facetten im Dorf, in der Kleinstadt, zueinander ins Verhältnis setzten und zum Glänzen brächten?

Das sei schon wieder Sonntagsgespräch, erwidert eine bis dahin stumme ältere Dame in der hintersten Reihe. Man müsse Demokratie einüben, ohne jede Fra-

ge. Aber vielleicht hätten die Bürger (sie fühle sich als Bürgerin bei „Bürgern“ mitgemeint und hasse die Genderei) gar keine Lust, das Gemeinwesen aktiv zu gestalten. Sie müsse man ebenso wie potenzielle Amtsträger motivieren, politisch zu denken und zu handeln. Aber warum nicht das Repräsentative, das für Stabilisierung, auch für Beharrung und Beharrlichkeit stehe, ebenso zur Geltung bringen, wie das Direkt-Partizipatorische, das für Dynamisierung stehe und Ausdruck einer

Gesellschaft der Beweglichkeit, einer Kultur der Wendigkeit sei? Immerhin sei das Risiko auf Gemeindeebene, mit verpatzten direktdemokratischen Entscheidungen Katastrophales anzurichten, nicht sehr groß. Schlimmstenfalls werde dann eine Turnhalle zu viel gebaut oder eine verkehrsberuhigte Zone zu wenig eingerichtet. Auf der kommunalen Ebene könne man ganz viele Dinge ausprobieren, deren Tauglichkeit sich erst erweisen müsste – und im Tauglichkeitsfall womöglich Strahlkraft auf Landes-, ja Bundes- und Weltebene entfaltet. Daher sei die Gemeinde als Demokratie-Labor gut geeignet, wobei die Einübung in Demokratie sowohl das Direkt-Partizipatorische als auch das Repräsentative umfassen müsse. Bei Letzterem gehe es weniger um das Hochwertwort „Vertrauen“. Reiche nicht Zutrauen?

parat. Aber immerhin blieb der Wind nicht eisig. Und die Sache mit dem Zutrauen hing mir nach. Demokratie ist das Zutrauen in die Vernunft der anderen. Dass sie für ihre Sicht der Dinge, ihre Überzeugungen Gründe haben. Gründe, die nicht schlechter sein müssen als die Gründe, die ich für meine Sicht der Dinge, meine Überzeugungen habe. Demokratie ist das Misstrauen gegenüber der Vernunft der anderen. Dass ihre Sicht der Dinge, ihre Überzeugungen nicht ausreichen, meine Sicht und meine Überzeugungen nicht abdecken. Weshalb es meine Stimme ebenso braucht wie die der anderen.

Letzte Antworten hatte das politisch-philosophische Café an diesem Frühsommerabend nicht

net, sondern konkret und physisch. Die Gemeinde kann zweitens eine Schule des Zutrauens werden, weil man dort lernt, nicht nur zu den Kräften der anderen, sondern auch zu den eigenen Kräften Zutrauen zu haben. Diese eigenen Kräfte können sich dort unmittelbar entfalten. Zutrauen bedeutet vielleicht, sich alle Winde zunutze zu machen. Zutrauen bedeutet gewiss, sich zu trauen. Einmal mit Akzent auf „sich“, einmal auf „trauen“.

**»Die Gemeinde kann eine Schule des Zutrauens werden.«**

Die Gemeinde kann erstens eine Schule des Zutrauens werden, weil man dort die anderen unmittelbar sieht, hört, wahrnimmt, ihre Perspektiven, ihre Wahrheiten. Die anderen sind nicht abstrakt und im Fernsehen oder im Inter-



**Andreas Urs Sommer**  
Philosoph, Publizist

## WIE RESILIENT SIND UNSERE VERWALTUNGEN?

### Krisen – das „neue Normal“?

Fluchtmigration, Covid-19, drohende Energieknappheit oder außergewöhnliche Umweltereignisse – Krisen scheinen in verschiedener Hinsicht das „neue Normal“ zu sein und stellen zunehmend die Leistungsfähigkeit von (Kommunal-)Verwaltungen auf die Probe. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass österreichische Verwaltungen in solchen Situationen neue Aufgaben übernehmen und innovative Lösungsstrategien ausarbeiten müssen, ohne dabei ihre routinemäßigen Kernaufgaben zu vernachlässigen. Eine wichtige Frage ist daher, wie unsere (Kommunal-)Verwaltungen mit derartigen Ausnahmesituationen umgehen, sodass nicht nur die jeweilige Krise selbst „gut“ im Sinne hoher Performanz bewältigt werden kann, sondern aus der Krisenbewältigung auch nachhaltige Lehren für die Zukunft gezogen werden können. Resilienz

im Sinne organisationaler Lerneffekte und des Anpassungsvermögens von Verwaltungen innerhalb und zwischen Krisen scheinen von zentraler Bedeutung für deren erfolgreiche Bewältigung.<sup>1</sup>

### Österreichische Gemeinden und Bezirke „in der Krise“

Für eine Bestandsaufnahme von Resilienz und Krisenbewältigungskapazitäten österreichischer Gemeinden und Bezirke wurden von einem interdisziplinären Team von Wissenschaftler:innen ver-

meinden und Bezirken durchgeführt.<sup>3</sup> Die empirischen Ergebnisse legen nahe, dass verschiedene Faktoren einen großen Einfluss darauf haben, wie gut kommunale Verwaltungen Krisen meistern, d. h. wie es um ihre Leistungs- und Innovationsfähigkeit bestellt ist – unabhängig davon, um welche Art von Behörde oder welche spezifische Krisensituation es sich handelt. Insbesondere die Qualität der Vernetzung einer kommunalen Verwaltung sowie die Fähigkeit, aus in früheren Krisen gemachten Erfahrungen zu lernen, helfen maß-

geblich dabei, ungewöhnliche Herausforderungen „im Ausnahmezustand“ zu meistern.<sup>4</sup>

**„Krisen scheinen in verschiedener Hinsicht das ‚neue Normal‘ zu sein und stellen zunehmend die Leistungsfähigkeit von (Kommunal-)Verwaltungen auf die Probe.“**

schiedene Verwaltungssurveys<sup>2</sup> (im Nachgang zur Fluchtmigration der Jahre 2015 bis 2017, in der Covid-19-Pandemie von April bis Mai 2020 sowie im Winter 2021 sowie zur Ukraine-Krise im April 2023) in österreichischen Ge-

Die gute Nachricht in diesem Zusammenhang ist, dass Gemeinden und Bezirke grundsätzlich eine hohe Leistungsfähigkeit auch in Krisen aufweisen – und dass Ausnahmesituationen durchaus dazu beitragen können,



**Oberndorf/Salzburg**  
Einwohner: 6.058  
Bürgermeister: Georg Djundja

## Wie effektiv bewältigte Ihre Behörde aus Ihrer Sicht die mit der Krise verbundenen Herausforderungen?

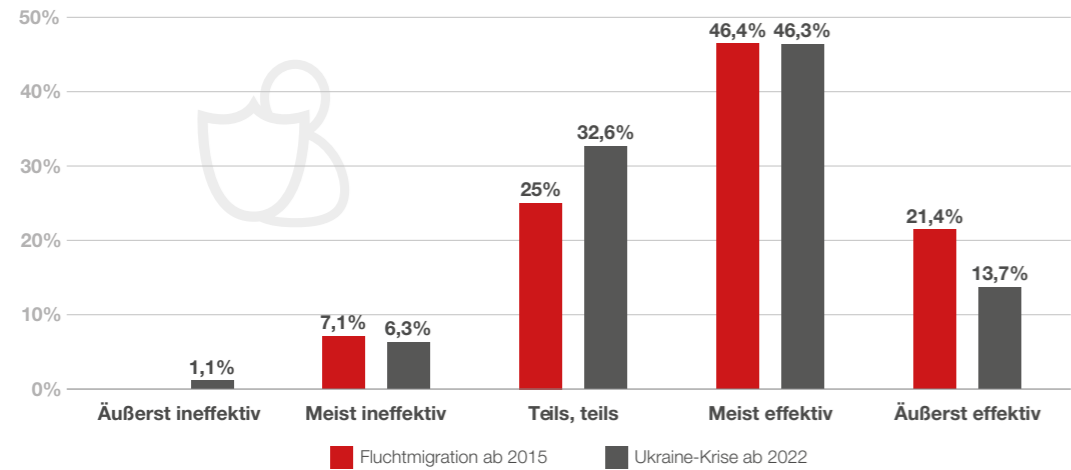


Abb. 1: Effektivität der Krisenbewältigung im Umgang mit der Fluchtmigration ab 2015 und der Ukraine-Krise ab 2022

## Wie sehr stellte die Bewältigung der Aufgaben, die im Zuge der Krise anfallen, Ihrer Einschätzung nach, die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Kommunalverwaltung unter Beweis?

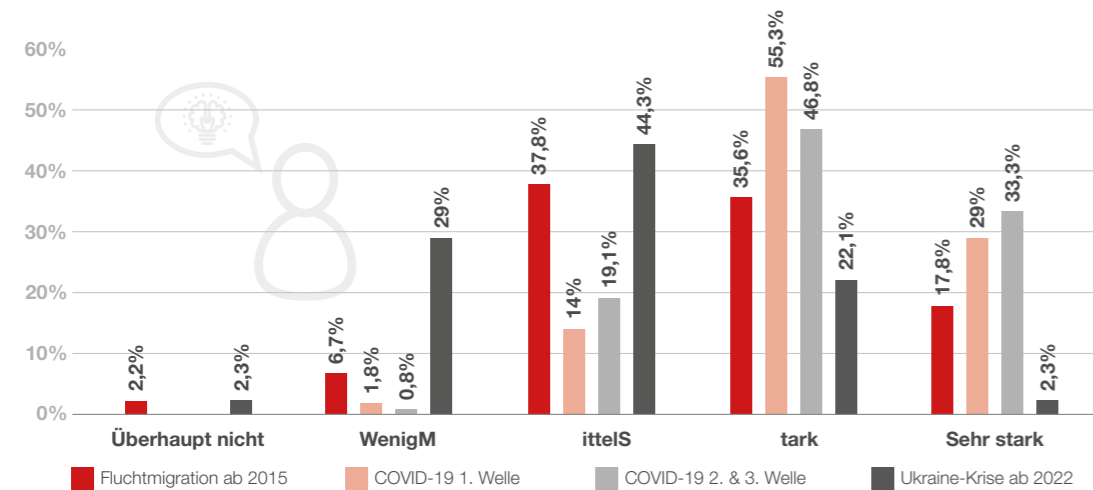


Abb. 2: Leistungs- und Innovationsfähigkeit in österreichischen Gemeinde- und Bezirksverwaltungen während verschiedener Krisen

Quelle: siehe Anm. 3. Grafik: Lukas Kaspar/Putzkers Grafikteam

## WIE RESILIENT SIND UNSERE VERWALTUNGEN?

Innovation zu fördern. Insgesamt gab ein großer Teil der Befragten an, dass die Aufgaben ungeachtet der jeweiligen Krisensituation – z. B. trotz partieller Überforderungen wie etwa Personalknappheit und daraus resultierender Überstunden – gut bewältigt werden konnten.

Ebenfalls zeigt sich, dass die Krise die Leistungs- und Innovationsfähigkeit der Verwaltung unter Beweis stellt. Dies gilt sowohl im Kontext der Fluchtmigration als auch im Zuge der Pandemiebewältigung und der durch den Angriff Russlands auf die Ukraine entstandenen Herausforderungen, wobei Letztere offensichtlich weniger stark als „krisenhaft“ wahrgenommen werden als etwa die akuten Anforderungen der Coronapandemie.

Eine stärkere Vernetzung von verschiedenen Abteilungen und Akteuren innerhalb einer Gemein-

de oder Bezirkshauptmannschaft und mit externen Akteuren wie anderen Ämtern oder ehrenamtlichen Helfern kann dazu beitragen, Informationsverluste an Schnittstellen zu vermeiden und leichter auf zusätzliche Kapazitäten zurückzugreifen; diese hohe Bedeutung von Netzwerken zeigt sich auch für die verschiedenen Krisensituationen in Österreich.

Überdies ist ein Rückgriff auf bestehende Strukturen ohne lang-

**»Diese hohe Bedeutung von Netzwerken zeigt sich auch für die verschiedenen Krisensituationen in Österreich.«**

fristige Vorbereitung und hohe Transaktionskosten – und somit eine Art von „Preparedness“ auf institutioneller, aber auch individueller Ebene – von besonderer Relevanz im Krisenkontext, der in der Regel durch eine Notwendigkeit zu schnellem Handeln gekennzeichnet ist. Dies zeigt sich auch in den verschiedenen analysierten Krisen in Österreich –

bestehende Netzwerke wurden reaktiviert und ausgebaut; die Netzwerkarbeit wurde vom Großteil der Befragten in den verschiedenen Krisensituationen als gut funktionierend bewertet.

Ob in Verwaltungen Erfahrungen aus der Krisensituation aufgearbeitet wurden, systematisch abgelegt oder in einer anderen Form weitergegeben wurden, damit in künftigen Ausnahmesituationen darauf zurückgegriffen werden kann, wurde ebenfalls erfasst. So beschreibt fast die Hälfte der befragten Gemeinde- und Bezirksverwaltungen (49 %) in der Erhebung zum Umgang mit der Ukraine-Krise, welche im April 2023 stattgefunden hat, dass auf Wissen und Erfahrungen früherer Krisen zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen zurückgegriffen wurde. Weiters geben 38,2 Prozent an, dass Gelerntes (z. B. Informationen, Adressen, Kontakte, Abläufe etc.) bereits vor der Krise dokumentiert und aufbereitet wurde. Diese Dokumentation ist wesentlicher Teil

**Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit folgenden Gruppen wurde aufgrund der Krise intensiviert:**

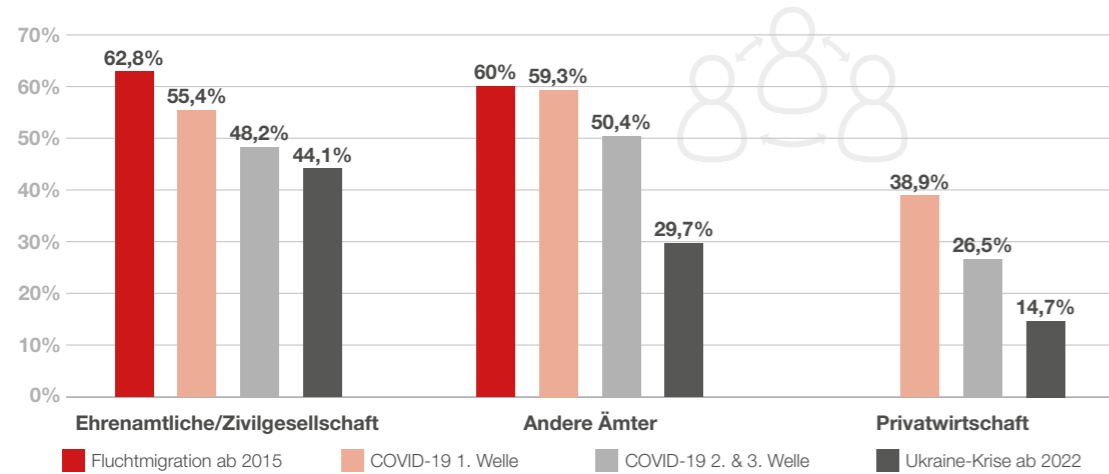


Abb. 3: Intensivierung der Zusammenarbeit österreichischer Gemeinde- und Bezirksverwaltungen mit verschiedenen Gruppen

**Die Zusammenarbeit mit folgenden Gruppen funktionierte gut:**

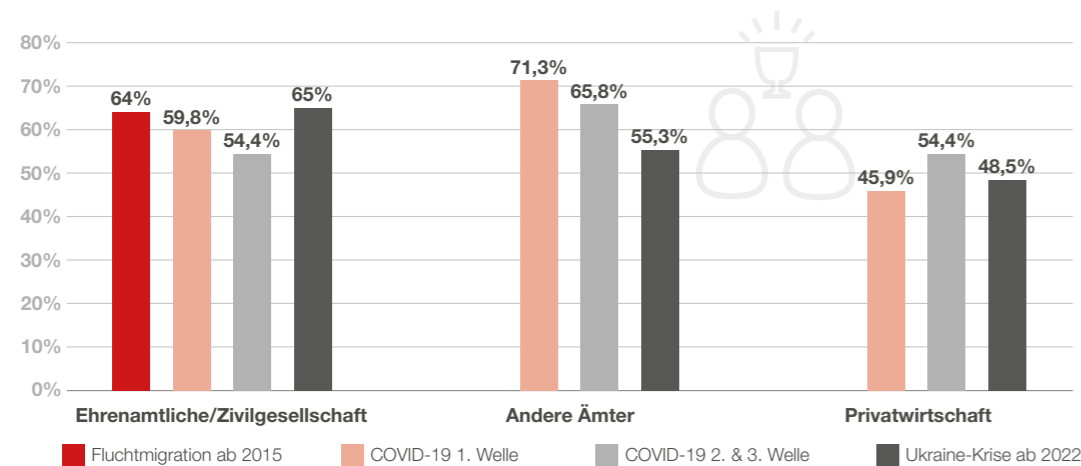


Abb. 4: Gute Zusammenarbeit österreichischer Gemeinde- und Bezirksverwaltungen mit verschiedenen Gruppen

Quelle: siehe Anm. 3. Grafik: Lukas Kaspar/Putzke's Grafiktteam

## WIE RESILIENT SIND UNSERE VERWALTUNGEN?

eines systematischen Wissensmanagements, welches Sachinformationen und Erfahrungswerte innerhalb der öffentlichen Verwaltung erhält, selbst wenn beteiligte Mitarbeiter die Organisation verlassen.

### Lessons learned?

Österreichische Kommunalverwaltungen kamen in Ausnahmesituationen in der Regel immer dann gut zurecht, wenn funktionsfähige Netzwerkstrukturen zu verschiedenen Stakeholder-Gruppen, ausgiebige Dokumentationsverfahren sowie die Fähigkeit, auf frühere Erfahrungen zurückzugreifen, existierten. Es waren also Netzwerk-, Dokumentations- und Erinnerungsstrategien, die den Verwaltungen halfen, ihre krisenspezifischen Aufgaben zu meistern – was in vielen Fällen gut gelungen ist. Im Zuge der letzten Krisensituationen wurde das Krisenmanagement sukzessive

als relevantes Thema erkannt und ausgebaut. Es zeigt sich, dass insbesondere die Netzwerkfähigkeit der Verwaltungen mit Ehrenamtlichen, Spontanhelfern und Einsatzkräften sehr ausgeprägt ist, hier scheint es insgesamt nur noch recht wenig Nachholbedarf zu geben.

Österreichische Kommunen sind also insgesamt gut gerüstet,

**»Es waren also Netzwerk-, Dokumentations- und Erinnerungsstrategien, die den Verwaltungen halfen, ihre krisenspezifischen Aufgaben zu meistern – was in vielen Fällen gut gelungen ist.«**

jedoch gibt es eine Reihe von Schwachstellen und Bedarfen, welche adressiert werden sollten. Genannt wurden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinden und Bezirke im Kontext der verschiedenen Krisen insbesondere eine bessere Informationsweitergabe zwischen den administrativen Ebenen und Akteuren horizontal wie vertikal (etwa zwischen Bund, dem Amt

der Landesregierung, den Bezirken und Gemeinden) sowie einheitliche Vorgaben in und für Krisensituationen, um die Arbeit der Gemeinden zu vereinfachen. Überdies, so das einheitliche Fazit, müssen für die Anpassungen zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden. Gerade für sehr kleine Gemeinden im ländlichen Raum ist die Bereitstellung der notwendigen Services und Infrastrukturen oftmals sehr herausfordernd, sie bedürfen einer besonderen Unterstützung.

Es besteht zudem die Gefahr einer „Krisendemenz“ – die Verstetigung von Maßnahmen der Krisenbewältigung tritt in den Hintergrund, sobald neue Entwicklungen die Kapazitäten der Verwaltung binden. Es wäre also

**»Es besteht zudem die Gefahr einer »Krisendemenz.«**

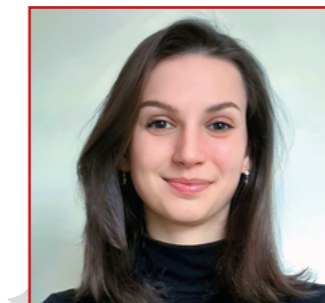
Aufgabe von Amtsleitungen und Bezirkshauptleuten, entsprechende Beübungen von Lagen ebenso

sicherzustellen wie ein nachhaltiges Wissensmanagement. Dieses ist um so relevanter angesichts der Demografie des öffentlichen Dienstes, welche in den nächsten Jahren eine Pensionierungswelle erwarten lässt, die ansonsten zu erheblichen Wissensverlusten führen wird. Überdies sollte in der Aus- und Weiterbildung von künftigen Mitarbeitenden im Öffentlichen Dienst Krisenmanagement sowie auch Wissensmanagement einen größeren Raum einnehmen, um die Resilienz der Kommunalverwaltung weiter zu stärken.

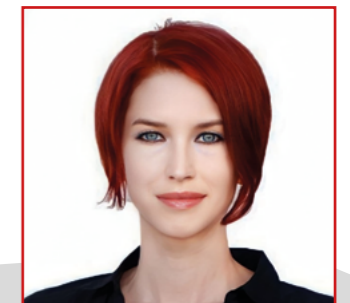
#### Fußnoten

- 1) Dazu etwa Moynihan, Donald P. 2008. Learning under Uncertainty: Networks in Crisis Management. *Public Administration Review*, 68 (2):350-361. <https://doi.org/10.1111/j.1540-6210.2007.00867.x>. sowie Moynihan, Donald P. 2009. The Network Governance of Crisis Response: Case Studies of Incident Command Systems. *Journal of Public Administration Research and Theory*, 19 (4):895-915. <http://dx.doi.org/10.1093/jopart/mun033>.
- 2) Die Studien entstanden im Rahmen des Projekts FUGATUS, welches ein Teilprojekt des vom Deutschen Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts „Wissens- und Ideentransfer für Innovationen in der Verwaltung (WITI)“ ist. WITI wurde im Rahmen der BMBF-Ausschreibung „Innovative Hochschule“ von der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer eingeworben und durch BMBF und GWK von 2018 bis 2022 gefördert. Weitere Informationen unter: [www.witi-innovation.de/fugatus](http://www.witi-innovation.de/fugatus).
- 3) Als Datenbasis der empirischen Analyse dienen verschiedene Online-Befragungen, diese fokussierten auf die Einschätzungen von Mitarbeitenden der Gemeinden und Bezirke und enthielten wortgleiche Fragebatterien zur Arbeitswelt, zum innerorganisatorischen Strukturwandel im Kontext der jeweiligen „Krise“, zu Vernetzungsaktivitäten mit anderen Behörden und externen Akteuren, zu Wissensspeicherung und -management sowie zu soziodemographischen Kennzahlen der jeweiligen Kommunen.
- 4) Siehe dazu auch Bauer, Michael W., Otto, Jana, und Schomaker, Rahel M. 2022. Kriseninternes Lernen“ und „krisenübergreifendes Lernen in der deutschen Kommunalverwaltung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 2022, Vol. 32, pp. 787-804.

## WIE RESILIENT SIND UNSERE VERWALTUNGEN?



**Christina Lobnig**  
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer



**Rahel M. Schomaker**  
Professur für Verwaltungswissenschaft und VWL, FH Kärnten

# ZUKUNFT DER ARBEIT HERAUSFORDERUNGEN UND POTENZIALE FÜR GEMEINDEN

## Einleitung

Wie wir in 20 Jahren arbeiten werden, weiß niemand. Heute können wir erleben, wie sich der Arbeitsmarkt grundlegend verändert. Die Pandemie zeigte uns wie unter einem Brennglas auf, welche Herausforderungen und Potenziale es gibt. Fachkräftemangel oder die 4-Tage-Woche werden nun heiß diskutiert. Auch der Vormarsch der künstlichen Intelligenz erfordert es von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und auf persönlicher Ebene, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie die Zukunft der Arbeit aussehen soll. Wie wollen wir heute und in Zukunft arbeiten? Wie formen wir unsere Jobs und nicht umgekehrt?

Seit 2017 erforscht Lena Marie Glaser in ihrem Zukunftslabor, wie wir in Zukunft arbeiten wollen. Sie entwickelt daraus konkrete Handlungsvorschläge für Wirtschaft und Politik. In diesen Beitrag fließen ihre Forschungserkenntnisse und praktischen

Beispiele aus Projekten zwischen 2017 und 2023 ein, um aus der Perspektive junger Beschäftigter praxisnahe Handlungsfelder und Potenziale für Gemeinden und Städte in Österreich aufzuzeigen.

## Herausforderungen und Potenziale für Gemeinden

In der Pandemie begannen Beschäftigte in ganz Österreich, bewusster über ihre persönliche Arbeitssituation zu reflektieren. Die Unzufriedenheit im Job wuchs täglich und der Gedanke an die Kündigung wurde ein täglicher Begleiter. Heute stellt sich die Frage, wie man den Job kündigen soll,

wenn alles teurer wird. Bei vielen führt das zur inneren Kündigung, sie ziehen sich zurück, die Motivation sinkt. Eine Arbeiterkammerstudie<sup>1</sup> aus dem Jahr 2022 zeigt, dass ein Viertel der Beschäftigten überlegt, den Job zu wechseln, der Anteil im Tourismus und in der

Gastronomie ist dabei besonders groß (41 %).

Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass der Arbeitskräftemangel in vielen Branchen zu einer Machtverschiebung führt; der Arbeitgeber wird zum Arbeitnehmermarkt. Die Unternehmen müssen sich um Mitarbeiter:innen bemühen, also anders als früher. Aus heutiger Sicht sind die Zeiten vorbei, in denen die Bewerber:innen Schlange standen. Die unangenehme Realität für viele Betriebe österreichweit ist, dass offene Stelle nicht nachbesetzt

**»Aus heutiger Sicht sind die Zeiten vorbei, in denen die Bewerber:innen Schlange standen.«**

werden können. In großen und kleinen Unternehmen, in der Stadt und am Land kann man es hören: Sie tun sich schwer, Personal zu gewinnen und zu halten. Die Fluktuation ist in manchen Bereichen auffallend hoch. Bei genauer Betrachtung lässt sich von einer





„stillen Revolution der Arbeit“<sup>2</sup> sprechen. Anstatt sich abzuraufschaukeln, verschwinden Beschäftigte heute still und leise oder ziehen sich in einen „Dienst nach Vorschrift“ zurück. So wurden Begriffe wie das „Quiet Quitting“ und „Job-Ghosting“ zu aktuellen Trendwörtern.

Für österreichische Städte und Gemeinden eröffnen sich neben diesen Herausforderungen aber große Potenziale. Denn wer rechtzeitig vorsorgt und in attraktive Arbeitsbedingungen und Jobs investiert, hat einen klaren Wettbewerbsvorteil am Arbeitsmarkt. Gemeinden und Städte können eine Vorreiterrolle als zukunftsorientierte Arbeitgeber und als Standort ergreifen. Dazu ist es notwendig, umzudenken und überholte Bilder von Arbeit durch neue Zukunftsbilder zu ersetzen. Es gilt, neue Wege auszuprobieren und zu teilen. Vorreiterbetriebe in den Gemeinden sollten sichtbar gemacht und Unternehmen, die am Anfang stehen, mit diesen vernetzt werden, um voneinander zu lernen. Dabei

muss der Mensch im Mittelpunkt stehen. Denn nur gute Arbeitgeber, denen das Wohl der Menschen ein Anliegen ist, werden in Zukunft überleben. Dafür sorgen

**»Denn nur gute Arbeitgeber, denen das Wohl der Menschen ein Anliegen ist, werden in Zukunft überleben. Dafür sorgen die Arbeitskräfte der Zukunft, die junge Generation, denn sie wählt sehr genau aus, für wen sie arbeiten will.«**

die Arbeitskräfte der Zukunft, die junge Generation, denn sie wählt sehr genau aus, für wen sie arbeiten will.

#### **Junge Menschen wollen gehört werden**

Aufgrund der demografischen Entwicklungen wissen junge Beschäftigte sehr genau, dass sie eine Wahlmöglichkeit haben. Sehr selbstbewusst suchen sie sich aus, für wen und wie sie arbeiten wollen. Oft heißt es dann: Die Jungen sind so faul und verwöhnt. Sie wollen nicht mehr arbeiten. Doch wer genauer hinhört und nachfragt, weiß, dass das nicht stimmt. Diese Vorurteile helfen

nicht bei der Personalsuche und -gewinnung.

Aus Unternehmen wird berichtet, dass die Bewerber:innen mit lan-

gen Forderungskatalogen kommen und genau abwägen, welche Jobs zu ihren Vorstellungen passen. Worum geht es ihnen? Die Ö3 Jugendstudie 2023 „Die Revolution ist abgesagt!“ fasst es so zusammen:

„Arbeiten? Natürlich – aber so, wie ich es will ... Sicherheit, Sinn und Vereinbarkeit stehen ganz oben auf der Liste jener Rahmenbedingungen, die sich die GenZ für ihr Berufsleben wünscht: Ein sicherer Arbeitsplatz ist für drei Viertel (76 %) sehr wichtig, ebenso viele (75 %) wollen jedenfalls etwas Sinnvolles tun. Neben der Arbeit soll außerdem genug Zeit für andere wich-

## ZUKUNFT DER ARBEIT HERAUSFORDERUNGEN UND POTENZIALE FÜR GEMEINDEN

tige Dinge bleiben (66 %). Daher sind auch flexible, an die jeweiligen Lebensumstände anpassbare Arbeitszeiten für die Mehrzahl der jungen Menschen unerlässlich (59 %).“<sup>3</sup>

In ihrem Presse-Kommentar<sup>4</sup> vom 28. März 2022 zeigt Glaser auf, was Arbeitgeber tun können, um junge Beschäftigte zu gewinnen und zu halten: „Um im demografischen Wandel wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen Unternehmen in ein gutes, neues Arbeiten und in ihre Betriebskultur investieren. Denn von schönen Worten in Stellenausschreibungen lassen sich junge Menschen nicht begeistern. Die hierarchische Top-down-Führungskultur hat ausgedient. Gerade junge Menschen wollen Feedback, den Sinn erkennen und eingebunden werden. Sonst sind sie weg. Das heißt auch, dass sich die Geschäftsführung, die Führungskräfte, die berufsbildenden Lehrkräfte weiterbilden und an ihren sozialen Kompetenzen arbeiten müssen.“

Eines ist klar: Wenn sich junge Beschäftigte ernst genommen fühlen und sie ihren Bedürfnissen entsprechend arbeiten können, dann werden sie zu den besten, engagiertesten Botschafterinnen und Botschaftern für ihren Betrieb. Dann schwärmen sie von ihrer Arbeit und Ausbildung. Dann holen sie auch ihre Freunde und Freundinnen an Bord (...).“ Aus ihrem Zukunftslabor berichtet sie in diesem Artikel von folgenden Fallbeispielen:

„Tatjana ist Zahnarzthelferin in Ausbildung. Sie erzählt strahlend von ihrem Job, in dem sie Menschen helfen kann. Früher in Be-

**»Wenn sich junge Beschäftigte ernst genommen fühlen und sie ihren Bedürfnissen entsprechend arbeiten können, dann werden sie zu den besten, engagiertesten Botschafterinnen und Botschaftern für ihren Betrieb.«**

werbungsgesprächen hatte sie oft das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Sie war traurig, dass ihr niemand eine Chance gegeben hat. Denn mit einer angeborenen Sehschwäche und Deutsch nicht

als Muttersprache haben sie viele Betriebe abgelehnt. Doch jetzt hat sie einen Lehrbetrieb und ein Team gefunden, die sie fördern, aber auch fordern. Es ist eine Ausbildung, in der sie ständig Neues lernt und immer besser werden kann. Sie mag ihren Beruf und ist bereit, hart zu arbeiten. Sie hofft, dass das so bleibt.“

Im März 2023 führte Glaser mit ihrem Team ein „Future of Work Lab“ in St. Pölten mit Lehrlingen aus Niederösterreich durch (im Auftrag der Wirtschaftskammer Niederösterreich). In dem Workshop reflektierten die Lehrlinge über ihre Erfahrungen und for-

mulierten Erwartungen an ihre Arbeitgeber:innen. Es zeigte sich eine große Kluft zwischen Lehrlingen, die sich fair behandelt fühlen, die unterstützende Führungskräfte haben und die die

# ZUKUNFT DER ARBEIT HERAUSFORDERUNGEN UND POTENZIALE FÜR GEMEINDEN

Möglichkeit bekommen, sich weiterzuentwickeln und einzubringen. Diese Gruppe strahlte und erzählte begeistert von ihren Arbeitsstellen. Im starken Kontrast dazu waren jene Lehrlinge, die ehestmöglich ihre Arbeitsstelle wechseln wollten: Sie berichteten von unfairer Behandlung und schlimmen Arbeitsbedingungen. Dabei waren sich die Lehrlinge einig: Es geht ihnen um ein wertschätzendes Betriebsklima. Sie wünschen sich eine neue Fehlerkultur, wollen aus Fehlern lernen dürfen. Sie wollen „kein Mobbing sowie Schuldzuweisungen“. Sie wünschen sich Perspektiven und Weiterbildungsmöglichkeiten mit einem Ausblick auf einen erfolgreichen Berufsweg. Außerdem ist ihnen der Spaß im Beruf wichtig.

## **Ausblick: Die nordische Arbeitskultur**

Gemeinden und Städte, die mutig vorangehen wollen, können von anderen Arbeitskulturen lernen. Der Blick über den Tellerrand hilft, sich inspirieren zu lassen, um eigene Ideen zu entwickeln. Auf ei-

ner dreiwöchigen Feldforschung in Kopenhagen untersuchte Glaser die viel zitierte „nordische Arbeitskultur“, die sich durch flache Hierarchien auszeichnen soll. Vor Ort konnte sie diese persönlich erleben: Vertrauen, eine Fehlerkultur, die Freiräume ermöglicht, und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe werden dort in kleinen und großen Unternehmen gelebt. Eine junge Österreicherin, die in

**»Vertrauen, eine Fehlerkultur, die Freiräume ermöglicht, und eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe werden dort in kleinen und großen Unternehmen gelebt.«**

Kopenhagen arbeitet, fasste es so zusammen: „Hier wird nicht kontrolliert, sondern Vertrauen geschenkt. Es gibt eine Offenheit für Neues. Die Menschen haben keine Angst, Fehler zu machen, denn sie werden allgemein als Chance für die Weiterentwicklung gesehen.“<sup>5</sup>

## **Plädoyer für mehr Augenhöhe**

Niemand weiß, wie wir in Zukunft

arbeiten werden. Die Herausforderungen sind groß, innovative, mutige Lösungen gefragt. Dazu müssen wir zusammenarbeiten, kooperativ sein und Neues wagen. Ein grundsätzliches Umdenken ist dafür notwendig. „So haben wir das immer schon gemacht“ funktioniert nicht mehr. Das Wissen der vielen ist gefragt, die Erfahrungswerte von Jung und Alt, der Dialog zwischen Füh-

rungsetagen und Mitarbeiter:innen notwendig. Das funktioniert nur, wenn es Raum und Zeit für diese Zusammenarbeit gibt und das Lernen voneinander gefördert wird. Gemeinden und Städte in Österreich können hier eine Vorreiterrolle übernehmen und Arbeit auf Augenhöhe fördern. Dabei helfen die Toolbox und Strategien, die Glaser in „Arbeit auf Augenhöhe – Die New Work Revolution“ näher ausführt.

## **Fußnoten**

- 1) Arbeiterkammer Oberösterreich (2022). siehe Lit.
- 2) Glaser, L. M. (2023). Die stille Revolution der Arbeit. siehe Lit.
- 3) APA – OTS (2023). Ergebnisse der Ö3-Jugendstudie 2023: Die Revolution ist abgesagt! siehe Lit.
- 4) Glaser, L. M. (2022). Junge Arbeitnehmer wollen ernst genommen werden. siehe Lit.
- 5) Glaser, L. M. (2020). Arbeit neu denken, auf Augenhöhe treffen. siehe Lit.

## **Literatur**

### **Bücher**

Glaser, L. M. (2022) Arbeit auf Augenhöhe. Die New Work Revolution. Wien: Kremayr&Scheriau

Glaser, L. M. (2020). Arbeit neu denken, auf Augenhöhe treffen. Praktische Perspektiven auf den digitalen Wandel der Arbeitswelt, in: J. Fritz, N. Tomaschek (Hrsg.), Digitaler Humanismus. Menschliche Werte in der virtuellen Welt (S. 131–142). Münster: Waxmann

Glaser, L. M. (2023). Die stille Revolution der Arbeit. Arbeitskultur auf Augenhöhe in der Praxis, in: M. Schober, E. Kaiser (Hrsg.), Wiener Perspektiven. Beschäftigung für alle. Die Zukunft der Arbeit. (S. 324–333). Wien: ÖGB Verlag

### **Studienberichte**

Arbeiterkammer Oberösterreich (2022). Der Österreichische Arbeitsklima Index zeigt: Ein Viertel der Beschäftigten will den Job wechseln. Verfügbar unter: [https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitundgesundheit/arbeitsklima/arbeitsklima\\_index/Arbeitsklima\\_Index\\_Immer\\_mehr\\_wollen\\_Job\\_wechseln.html](https://ooe.arbeiterkammer.at/beratung/arbeitundgesundheit/arbeitsklima/arbeitsklima_index/Arbeitsklima_Index_Immer_mehr_wollen_Job_wechseln.html) (26.5.2023)

APA – OTS (2023). Ergebnisse der Ö3-Jugendstudie 2023: Die Revolution ist abgesagt! Verfügbar unter: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20230516\\_OTS0019/ergebnis-der-oe3-jugendstudie-2023-die-revolution-ist-abgesagt](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230516_OTS0019/ergebnis-der-oe3-jugendstudie-2023-die-revolution-ist-abgesagt) (26.5.2023)

### **Artikel (online)**

Glaser, L. M. (2022). Junge Arbeitnehmer wollen ernst genommen

werden. DiePresse, 28.3.2022. Verfügbar unter: <https://www.diepresse.com/6117884/junge-arbeitnehmer-wollen-ernst-genommen-werden> (26.5.2023)



**Lena Marie Glaser**  
Buchautorin, Beraterin, Juristin

## **TOURISMUS IM WANDEL DER ZEIT**

### **Tourismus betrifft uns alle!**

Betrifft uns Tourismus nicht irgendwie alle? Und welche Chancen hätten wir, gerade durch Tourismus den Weg des Wandels, für eine gute Zukunft, bestmöglich zu gestalten? Solche Fragen, in denen Sie den Begriff Tourismus mit (Kommunal)Politik ersetzen, stellen Sie sich gerade vermutlich intensiv. Auch ich, als Herzblut-Gastgeberin und -Unternehmerin, denke, sinne und fühle gerade viel darüber nach. Vielleicht auch: jetzt erst recht, in diesen Zeiten eines intensiv wahrzunehmenden Wandels, dessen Gründe wohl mannigfaltig und ausreichend bekannt sind bzw. diskutiert werden.

Objektiv betrachtet ist die Welt, das Leben, immer im Wandel, aber momentan fühlt es sich, so empfinde ich auch, besonders „intensiv und herausfordernd“ an. Eigentlich in all meinen Wirkungsfeldern, als Unternehmerin, als Mutter, als Frau, als Mensch auf dieser Erde, Mitglied in unserer Gesellschaft ... „Viel kann verlieren, wer viel ge-

winnt“, auch dieses Zitat (A. W. von Schlegel, 1798) umschreibt die aktuelle Wahrnehmung und Situation in unserem wunderbaren Land treffend.

Veränderung ist notwendig, „wendet die Not“, und kann somit sprichwörtlich auch gut, richtig, zum Besseren und höchst positiv sein. Anselm Grün spricht von Ver-Wandlung statt von Ver-Änderung. Ich stimme ein, Wandlung wirkt ganzheitlicher, ist lustvoller und positiver besetzt, als etwas/jemanden verändern zu wollen. Es scheint also offen und an uns, an uns allen, zu liegen.

Welche Chancen und Potenziale hätte nun vielleicht gerade der Tourismus (vom Dorfwirtshaus über die Ausflugsstätte bis zum

le Zeit und was muss sich dafür jedenfalls ändern, verwandeln? Wie könnten hier auch Sie, als politisch Gestaltende und Verantwortliche in unseren Gemeinden und Städten, dazu, in diesem Fall rund um Tourismusentwicklung, dazu beitragen?

### **Was begründet meiner Erkenntnis nach nun eigentlich die hohe Wirksamkeit von „Tourismus“?**

Eine recht durchschlagskräftige Besonderheit unserer Branche: Tourismus ist unendlich vielfältig, wirkt quasi auf und in vielfache/n Bereiche/n und betrifft uns in Österreich alle, jede/n Einzelne/n, oft sogar in mehrfachen Facetten! Viele Branchen, Unternehmen, Organisationen und Tätigkeiten sind direkt oder indirekt mit dem

**»Veränderung ist notwendig, wendet die Not, und kann somit sprichwörtlich auch gut, richtig, zum Besseren und höchst positiv sein.«**

Businesshotel oder Luxus-Chalet-Dorf, also die gesamte Branche) für diese intensive, vulnerab-

Tourismus verbunden, verbandelt und auch davon abhängig. Zahlreiche Regionen und einige Bun-



**Bad Leonfelden/Oberösterreich**  
Einwohner: 4.404  
Bürgermeister: Thomas Wolfesberger

# TOURISMUS IM WANDEL DER ZEIT

desländer Österreichs besonders intensiv.

Und wenn wir mit Tourismus nicht in beruflichem Kontext verbunden sind, dann jedenfalls privat, als Konsument\*in und Gast sowie sogar mehr oder weniger unmittelbar als Einwohner\*in! Also Tourismus wirkt, so oder so, so und so.

Vielleicht sollte ich an dieser Stelle meine Verwendung der Begrifflichkeit noch kurz klären: „Tourismus“, das meint wortwörtlich die temporäre Ortsveränderung durch Reisen von Personen, die sich außerhalb ihres üblichen Wohn- oder Arbeitsorts befinden. Touristische Reisen dienen sowohl der Erholung und Entspannung als auch der Bildung (Kultur) oder dem Zusammenkommen. Urlaubsreisen sowie Dienst- und Geschäftsreisen zählen dazu. Ich inkludiere jetzt auch noch den Tages-/Ausflugstourismus und meine damit die Einkehr im Wirtshaus, die Tour zur Freizeitanlage genauso wie die Nutzung des Rad-, Wander- und Loipen-Wege-

netzes. Denn gerade auch hier gibt es einige Spannungsfelder zwischen touristischen und einheimischen sowie auch (lokal)politischen Sichtweisen.

In unserem Bundesland wurde im Rahmen der „Landes-Tourismusstrategie OÖ 2030“ Folgendes als Dimension definiert: Strategien und Beiträge der Tourismus-, Freizeit- & Erholungswirtschaft für einen nachhaltig attraktiven Zukunfts- und Lebensraum Oberösterreich.

Ich persönlich finde diese Zusammenfassung sehr passend und sie motiviert zur Reflexion: Wir müssen Strategien nachhaltig und zeitgemäß überdenken, denn DASS unsere Branche maß-

**»Es gilt auch hier, was für jede/n erfolgreiche/n Unternehmer\*in gilt: Erprobtes immer wieder überdenken, es belassen oder weiterentwickeln.«**

geblichen und höchst wirksamen Einfluss auf unser aller Zukunfts- und Lebensräume hat, das ist unbestreitbar. Das Thema Nach-

haltigkeit in allen drei Dimensionen – ökologisch, ökonomisch und sozial – zählt zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. Und Tourismus in all seinen Formen und Ausgeburten spielt dabei eine bedeutende Rolle. Es gilt auch hier, was für jede/n erfolgreiche/n Unternehmer\*in gilt: Erprobtes immer wieder überdenken, es belassen oder weiterentwickeln. Und das sollten wir dringend tun!

Kurz streife ich die auffälligsten Trends unserer Branche, sie könnten auch bei uns mit zwei Begriffen nahezu zusammengefasst werden: Nachhaltigkeit und digitale Innovationen. Anschließend möchte ich Potenziale und wirksame Querschnittsfelder

zwischen Tourismus und (Komunal)Politik ansprechen. Meine Ausführungen dazu basieren vorwiegend auf meinen persönlichen

Erfahrungen und denen von mir bekannten, geschätzten Touristiker\*innen, vorwiegend aus dem ländlichen Raum sowie innerhalb der Ferien-, Urlaubshotellerie und ruralen Gastronomie.

## **Automatisierung, KI, Augmented Reality**

Künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen haben bereits zu einer zunehmenden Einführung von Robotik und KI-gestützter Technologie in Hotels geführt. Der demografische Wandel und der auch damit einhergehende Arbeitnehmer\*innenmangel unterstützt diese Entwicklung. Die digitale Entwicklung führt aber auch zu maßgeblichen Veränderungen, dem rasant wandelnden Kundenverhalten angepasst.

Auffällige und für viele noch recht unbehagliche Umsetzungen dieses Trends sind „Kollegen\*innen“ wie Connie, die aktuelle Roboter-Conciere der

Hotelkette Hilton, und Hugo, der Roboter-Kellner eines alpinen Luxus-Familienhotels.

Die Technologie des maschinellen Lernens ist mittlerweile fest im Marketing des (sehr marketingintensiven) Tourismussektors verankert, wobei KI dabei hilft, die Erfahrung beim Finden und Buchen von Touren und Reisen zu personalisieren. KI wird auch in Kontexten wie intelligenten Hotelzimmern immer wertvoller,

**»KI wird auch in Kontexten wie intelligenten Hotelzimmern immer wertvoller, um die wahrscheinlichen Bedürfnisse der Gäste zu identifizieren und die Umgebung und die Dienstleistungen an die Bedürfnisse und Vorlieben des Gastes anzupassen.«**

um die wahrscheinlichen Bedürfnisse der Gäste zu identifizieren und die Umgebung und die Dienstleistungen an die Bedürfnisse und Vorlieben des Gastes anzupassen. Zu zeitnah realistischen KI-Trends zählen selbstfahrende Fahrzeuge und virtuelle Reise- und Museumsführer. Auch „Virtual Reality und Metaverse

Travel“ gehören zu den stärksten Tourismustrends, von denen viele in der Branche bereits zu profitieren versuchen. Die Virtual-Reality-Technologie ermöglicht die Nachbildung realer Umgebungen in einer digitalen Umgebung, sodass Kunden vor der Buchung ein Gefühl dafür bekommen, wie ein Ort aussieht. Oder gar nicht mehr hinfahren müssen. Das Metaverse bringt dies auf die nächste Ebene, indem es soziale Interaktionen innerhalb dieser

digitalen Umgebung ermöglicht, von der Buchung bis zur (virtuellen) Konsumation.

Der durch die Pandemie beschleunigte Trend zu Tele-/Homeoffice-Arbeit führt zu Tourismustrends wie Bleisure- (Business + Leisure) und Workation-Urlauben überall auf der Welt.

# TOURISMUS IM WANDEL DER ZEIT

Umweltbedenken haben den Local-First-Ansatz vieler Kunden verstärkt und Trends in Bezug auf Bio-Lebensmittel und Öko-Reisen sowie auch die Lust nach echten, authentischen lokalen Erfahrungen ausgelöst. Leider sind diese ökologisch und ethisch beeinflussten Tourismustrends, wie wir gerade jetzt wieder wehmütig erkennen dürfen, offenbar zu schnell auch wieder Geschichte, wenn Billig-Flugreisen oder All-inklusive-Clubs, nebenbei bemerkt vorwiegend in meist sehr autokratisch geführten Ländern, gar zu verlockend rufen. Mich schmerzt, persönlich angemerkt, die Doppelmoral, die hier oft recht sichtbar wird.

Schon von Bistronomie gehört? Gourmet-Restaurants eröffnen der breiten Masse Zugang zu gehobener Küche in lockerem Ambiente. Wieder einmal ist es eine Social-Media-Plattform, die die Nase vorne hat, wenn es um neue Trends, hier bei Rezepten, geht. Virale Gerichte: Seit 2021 entwickelte sich TikTok zur Anlaufstelle für kurzweilige

Food-Videos aus der ganzen Welt und mischt maßgeblich mit, wenn es um Trends und neue Kochtechniken oder hippe Lokalempfehlungen geht. Auch erste „TikTok-Restaurants“ zieren bereits unsere Großstädte. Außerdem debattiert die Branche aktuell intensiv über Für und Wider einer „veganen Koch-Lehre“.

## Alles im Wandel ...

Gestalten wir den Wandel bewusst und lustvoll! Mit- und füreinander statt neben- oder gar gegeneinander. Tiefer und inniger statt höher und immer noch mehr.

## »Tiefer und inniger statt höher und immer noch mehr.«

Ganz kurz erzähle ich Ihnen, wie ich meine berufliche Aufgabe als Gastgeberin und Hotelière sehe:

Wir werken und wirken in Afiesl, einer naturidyllischen, höchst un-touristischen Ortschaft in Oberösterreich, direkt an der Grenze zu Südböhmen (ehemals durch den

Eisernen Vorhang getrennt). Unser Hotel ist ein sehr persönlich geführtes Hideaway für Paare, ein Pa(a)radies, und beherbergt auch unser Haubenrestaurant. Unsere Geschichte beginnt als Bauernhaus und im 17. Jahrhundert. Seit fünf Generationen sind ich und meine Familie auch Wirtsleut'. Mittlerweile zählen wir zu den Leitbetrieben und zu den am besten bewerteten Kulinarik-hotels Österreichs. Im Herzen sind wir, bin ich: Gastgeber\*in. Wir veredeln Lebenszeit.

Die touristische, hier sehr sanftere Entwicklung über Jahrzehnte, durch Häuser wie unsere, prägt und wirkt natürlich auch tief in die unmittelbare Region. So wie die Region auf uns und unseren Erfolg wirkt. Und auf viele Menschen aus dem In- und Ausland.

## Über touristische Gesinnung und den Wunsch nach mehr „Miteinander“

Wir erachten und erleben es als wesentlich, dass Ortsver-

antwortliche und -ansässige die positiven Aspekte von QUALITÄTSTOURISMUS, jene, die der gesamten Bevölkerung und der Lebensraum-Attraktivierung dienen, auch sehen, anerkennen und positiv darüber reden. Bei konkreten

„Dort arbeiten, wo andere Urlaub machen“ werben.

Hier wird wieder die manchmal kaum beachtete, detailreiche Verstrickung von Tourismus in allerlei Lebensbereiche bemerkbar. Und,

## »Es braucht also ein gutes, manchmal auch neues Verständnis FÜR die GEMEINSAME Gestaltung einer sanfteren, nachhaltigeren, freudvolleren Entwicklung unserer Lebensräume UND unserer Gesellschaft.«

Mehrwerten für die Bevölkerung (von ökonomischen Gründen, Arbeitsplatzschaffung usw. abgesehen), die intensiv mit Tourismus in Verbindung stehen, denke ich u. A. an Freizeitinfrasturktur, Gestaltung und Erhaltung des Wegenetzes (Wandern, Biken, Loipen), an Ortskernbelebung, öffentliche Mobilität und an eine lebendige Wirtshauskultur.

Wir erleben auch Gemeinden, deren Tourismusgesinnung negativ geprägt ist, die aber gleichzeitig für ihre bestehenden Unternehmen anderer Branchen mit Mitarbeiter-Marketing-Slogans wie

selbstkritisch betrachtet, die Notwendigkeit, Tourismus künftig besonders nachhaltig und mancherorts auch „sanfter“ zu gestalten.

Im Gesamtkonstrukt Tourismus sind extrem viele Bereiche von öffentlichen und auch privaten Stellen involviert. Es braucht also ein gutes, manchmal auch neues Verständnis FÜR die GEMEINSAME Gestaltung einer sanfteren, nachhaltigeren, freudvolleren Entwicklung unserer Lebensräume UND unserer Gesellschaft. Wir, also touristisch und politisch Verantwortliche, sind dazu aufgefordert und können gemeinsam VIEL

GUTES (und DAVON VIEL MEHR) bewegen, erreichen, vorleben und damit inspirieren. Effizienter, nachhaltiger, sinnzentrierter und: lustvoller!

Beginnen wir von innen nach außen und ganz regional: Lassen Sie uns die Schnittmengen rund um „Tourismus, Lebensräume und Gesellschaft“ finden, reflektieren, gutheißen oder neu überdenken und frisch gestalten. Es geht um ein ausbalanciertes Miteinander zwischen der regionalen Bevölkerung, den Gästen und den Unternehmen und all jenen, die in irgendeiner Form in dieser Region wirtschaftlich tätig sind.

In diesem Zusammenhang: „Ist weniger mehr?“ Ich meine, diese Frage dürfen wir gar nicht mehr stellen, ein klares „JA“ erscheint mir als Voraussetzung für eine gute, Mensch-zentrierte, „enkel-taugliche“ Zukunft in unseren Regionen, Städten und auf unserer Welt. Überlegen wir gemeinsam, was wir uns als Gesellschaft leisten (wollen und können), wo wir das goldene Maß vielleicht verlo-

# TOURISMUS IM WANDEL DER ZEIT

ren haben. Von Verantwortlichen und Politiker\*innen wünsche ich mir dazu authentische Herzensweisheit, den notwendigen Mut, die Klarheit und Fähigkeit, Ziele sinnzentriert zu erarbeiten, zu vermitteln, auch damit einhergehende (vermeintliche) Einschnitte zu wagen, notwendige, manchmal unbeliebte Schritte zu setzen.

Welche Ziele verfolgen wir und wofür? Müssen wir wirklich jeden Gipfel mit Seilbahnen erschließen, braucht es den nächsten überdimensionierten Infinity-Pool am Stadthotel-Dach oder soll das nächste Chalet-Dorf im Nachbardorf weiteren Boden versiegeln?

Könnten die Spielplätze und Loipen dieses Landes nicht zusammenwachsen und so attraktive(er)s Größeres entstehen? Geben wir der Natur und auch unserer Natur als Mensch ausreichend Zeit und Raum? Wir brauchen im Gleichklang mit der rasanten digitalen Entwicklung wohl viel mehr Erdung, Weite, Wege, Wald und Wiesen, um die brennenden Zukunftsfragen un-

serer Zeit gut zu lösen! Und Raum und Zeit zum Begegnen, zum Miteinander-Reden, zum Zuhören, zum Reflektieren und zum (Zusammen)Wachsen.

Ich fasse an dieser Stelle, der Zeit und den Zeichen geschuldet, drei konkretere „Gedankenflüge“ zusammen:

- *„Kirchturm-Denken“* *ade!* Was für uns Unternehmer\*innen gilt, gilt auch für Regionen, Kommunen, Organisationen. Und für viele Bereiche, z. B. Freizeitinfrastruktur. Auch diese muss „größer und über-

**»Wir brauchen im Gleichklang mit der rasanten digitalen Entwicklung wohl viel mehr Erdung, Weite, Wege, Wald und Wiesen, um die brennenden Zukunftsfragen unserer Zeit gut zu lösen!«**

greifender“ gedacht werden, keinesfalls im Sinne von „höher, mehr, schneller“, sondern eben über die eigenen Teller- und Gemeindetisch-Ränder hinaus! Beispiel „Spielplatz

oder Erlebnisparks“: Gemeinsam mit Tourismus, Gastro, Hotellerie und den lokalen Bedürfnissen (von Kindergärten, Schulen, Einwohner\*innen ...) könnten hier besonders attraktive Angebote entstehen, auch im Sinne der Multi-Nutzungsmöglichkeiten und Effizienz. Das Gleiche gilt für die Wintersport-Infrastruktur und -Erhaltung etc.

- *Soziales Miteinander fördern und gestalten!* Beispielsweise mit mehr Fokus auf Rahmenbedingungen für eine lebendige und vielfältige Stamm-

tisch- und Wirtshauskultur. Diese fördern, nicht verhindern (Beispiel Vereinslokale)! Ich bin überzeugt, dass eine funktionierende, gelebte Wirtshauskultur einer Region, eines

Landes, höchst verbindend wirkt, weil sie Menschen und Meinungen zusammenbringt. Oder, kritisch gefragt: Wie viele private Pools möchten wir noch füllen (auch in Zeiten von Wasserknappheit ...), während die öffentlichen Freibäder als wertvoller Treffpunkt für die Region, für Jung und Alt (ohne „Rettungsaktionen“) nicht mehr überleben können?

- *Umfassende, gemeinsame „Regions-Lebens-Raum-Planung“:* Bringen wir alle an einen Tisch, machen wir uns gemeinsam Gedanken, disku-

tieren wir auf Augenhöhe und mit Wertschätzung, reden wir über Werte und Befindlichkeiten, erarbeiten wir miteinander die Ziele sowie klarere Kompetenz- und Verantwortlichkeitsverteilungen! Mit allen Betroffenen und Verantwortlichen aus Wirtschaft, Politik, Naturschutz, Landwirtschaft, Bevölkerung, Wohnbau, Verkehr, Freizeit, Kultur, Jagd etc. Es bräuchte dringend mehr Kooperationen und einen kritischen, transparenten, offenen Austausch zwischen den Institutionen und handelnden Personen. Hier bleiben viel

Zeit, Energie und Geld auf der Strecke.

Beginnen wir! Ich wünsche uns viel Lust, Inspiration, Mut und Erfolg auf einem GEMEINSAMEN Weg des sinnzentrierten Wachstums, in dessen Mittelpunkt nur eines steht: das Menschsein und das Menschende. Ich möchte jedenfalls nicht in einer menschlich und ökologisch „toten“, roboter-gesteuerten „Science-Fiction“-Welt leben.

Herzlich vom Mühlviertel!

**»Ich wünsche uns viel Lust, Inspiration, Mut und Erfolg auf einem gemeinsamen Weg des sinnzentrierten Wachstums, in dessen Mittelpunkt nur eines steht: das Menschsein und das Menschende.«**



**Eva-Maria Pürmayer**  
Gastgeberin, Geschäftsführerin  
Genießerhotel Bergergut

## VIER PRINZIPIEN FÜR ZUKUNFTSFÄHIGES BAUEN & WOHNEN

### Wie wir leben könnten

Wie soll sie aussehen, die Zukunft des Wohnens? Welche Lösungen brauchen wir dafür? Dass es so nicht weitergehen kann, ist mittlerweile vielen klar: Der Traum vom Einfamilienhaus ist kaum noch finanzierbar, die verfügbaren Baugründe werden ohnehin knapp, das Thema Flächenversiegelung ist in aller Munde, die Energie-

krise **»Wie wollen wir eigentlich leben?«** noch dazu: Was tun wir mit den steigenden Fixkosten? Der Vereinsamung und Überalterung? Und: Wie wollen wir eigentlich leben?

Vor über zehn Jahren haben wir uns mit unserem Unternehmen „Wohnwagon“ auf die Suche nach Antworten und konkreten Lösungen für die Zukunft des Wohnens entwickelt, mit denen wir heute innovative Projekte für ein nachhaltiges Leben mit der Natur realisieren. Nach einer intensiven Zeit der Forschung und Produktentwicklung beschäftigen wir heute

über 50 MitarbeiterInnen und bauen nicht nur Massivholzhäuser in modularer Bauweise, sondern möchten vor allem zeigen, dass ein zukunftsfähiges Bauen und Wohnen möglich ist, und dazu inspirieren, sich auf den Weg zu machen!

Welche vier Grundprinzipien wir erarbeitet haben, was sie konkret bedeuten und welche Rolle diese auch für zukunfts-fähige Gemeindeentwicklung spielen könnten? Das lesen Sie hier!

### Autarkie – denken wir in Kreisläufen!

Nicht erst seit die Klima- und Energiekrise alle Titelseiten prägt, ist klar: Es ist höchste Zeit, den Raubzug an der Natur zu beenden. Es ist Zeit, unser Wissen zu nutzen, um Gebäude im Kreislauf mit der Natur zu versorgen. Die technologischen Möglichkeiten dafür sind längst vorhanden. In Verbindung mit altem Wissen und viel Liebe zum Handwerk entstehen

in unserer Wohnwagon-Werkstatt jedes Jahr 40 Häuser aus Massivholz, Schafwolle und Lehmputz, die sich auf Kundenwunsch weitgehend selbst versorgen:

- Eigene Stromerzeugung mit der Sonne in Verbindung mit einem intelligenten Verbraucherkonzept: Für hohen Wohnkomfort bei besonders geringem Energieverbrauch!
- Regenwassersammlung und -aufbereitung und die Verwendung von Bio-Toiletten schützen wertvolle Trinkwasserreserven und halten Wasser im Kreislauf.
- Solare Architektur in Verbindung mit einer einfachen Holzheizung für besonders kalte Tage – sorgt für wohlige Wärme.

Über 100 realisierte Kundenprojekte zeigen, dass es möglich ist: Nicht mehr als zwei Festmeter Holz und wenige Kilowattstunden Strom werden von außen zugeführt, den Rest erzeugt das Haus selbst. So ist ein nachhaltiges Leben mit minimalen Fixkosten möglich.



Apetlon/Burgenland  
Einwohner: 1.754  
Bürgermeisterin: Silvia Pitzl



## VIER PRINZIPIEN FÜR ZUKUNFTSFÄHIGES BAUEN & WOHNEN

Die Prinzipien autarker Versorgung funktionieren natürlich nicht nur im Kleinen, sondern auch für größere Einheiten bis zu kommunalen Strukturen. Vor allem die Entwicklung in Richtung regionaler Energiegemeinschaften könnte Gemeinden der Zukunft zu einer autarken Versorgung verhelfen und damit für künftige Krisen resilienter machen. Produzenten und Verbraucher verbinden sich über eine Genossenschaft, man kauft den Strom direkt vom Nachbarn zu fairen Preisen.

Mit unserem Bildungsangebot bei Wohnwagen (Workshops, Webinare) und unseren Planungsleistungen unterstützen wir auch gerne andere Projekte auf ihrem Weg.

### Bauen mit der Natur

Wir müssen beginnen, Gebäude zu errichten, die nicht nur einen „weniger schlechten“ Fußabdruck hinterlassen. Gebäude der Zukunft müssen einen positiven Beitrag leisten! Moderne Holzbauweisen bieten dafür eine besonders spannende Möglichkeit: Jeder Kubikmeter verbautes Holz bin-

**»Wir müssen beginnen, Gebäude zu errichten, die nicht nur einen „weniger schlechten“ Fußabdruck hinterlassen. Gebäude der Zukunft müssen einen positiven Beitrag leisten!«**

det eine Tonne CO<sub>2</sub> langfristig im Gebäude und ersetzt zudem andere Baustoffe wie Ziegel, Beton oder Stahl, die in der Herstellung CO<sub>2</sub>-intensiver sind. Ein Quadratmeter Massivholzwand erspart

unterm Strich ungefähr jene Menge CO<sub>2</sub>, die ein vergleichbarer Wandaufbau aus Beton im Gegenzug verursachen würde (Holzforschung Austria). Unsere WOHNWAGON-Module errichten wir seit vielen Jahren in dieser modernen Holzbauweise, die nun auch im städtischen und kommunalen Bau immer öfter Einzug hält. Moderne 3D-Planung in Verbindung

mit CNC-Technologie ermöglicht spannende individuelle Entwürfe und eine effiziente Fertigung.

Die Prinzipien der Natur für das Bauen wiederzuentdecken, das

bedeutet nicht nur einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz: Es tut auch einfach gut zu spüren, zu riechen, dass man von guten Materialien umgeben ist. Holzhäuser senken messbar die Herzfrequenz, erhöhen die Erholungsfähigkeit und wirken damit auch auf unsere Gesundheit.

Bei Wohnwagen haben wir uns für eine modulare Bauweise entschieden, die auch wieder komplett rückgebaut werden kann: Einzelne Massivholzmodule werden auf Schraubfundamenten errichtet und per Kran verho-

ben und die Kunden können einziehen. Sollten sich die Lebensumstände ändern, kann das Haus einerseits modular erweitert, aber auch wieder vom Grundstück entfernt und wieder verkauft werden.

Trotz potenzieller Transportfähigkeit werden selbstverständlich alle Normen der österreichischen Bauordnung eingehalten, sodass das Haus als normales Wohngebäude eingereicht und genehmigt werden kann.

### Reduktion auf das Wesentliche

Was brauchst du eigentlich für ein gutes Leben? Eine undogmatische, lustvolle Reduktion auf

Reduktion der eigentliche Luxus unserer Zeit liegt. Unsere Projekte verkleinern meist den individuellen Wohnraum, denn unser Planungsteam orientiert sich an den tatsächlichen Bedürfnissen und begleitet unsere Kunden im Planungsprozess, diese genau zu erforschen. Meist entsteht dabei eine neue Leichtigkeit in der Gestaltung, die sich am Menschen orientiert und gut durchdachte „Lieblingsplätze“ gestaltet, anstatt nur Quadratmeter zu verplanen.

Der Schlüssel zum zukunftsfähigen Bauen liegt nicht in der Frage, wie billig wir pro Quadratmeter bauen können, sondern wie viel Wohnqualität wir zu welchen

**»Der Schlüssel zum zukunftsfähigen Bauen liegt nicht in der Frage, wie billig wir pro Quadratmeter bauen können, sondern wie viel Wohnqualität wir zu welchen Lebenszykluskosten errichten können.«**

das Wesentliche steht für uns am Beginn jedes Projekts, denn wir sind der Überzeugung, dass in der

Lebenszykluskosten errichten können. Hier ist ein grundlegendes Umdenken in der Branche





## VIER PRINZIPIEN FÜR ZUKUNFTSFÄHIGES BAUEN & WOHNEN

gefragt, das wieder Wert auf Reparierfähigkeit und Langlebigkeit legt und vor allem die liebevolle und achtsame Gestaltung der verbauten Fläche ins Zentrum stellt. So entsteht auf deutlich weniger Quadratmetern mehr Lebensqualität – und gleichzeitig werden wertvolle Ressourcen gespart.

### Gemeinschaft – Dorfstrukturen neu gedacht

In vielen Gemeinden das gleiche Bild: eine ältere Dame in ihrem großen Einfamilienhaus, umgeben von 1.000 m<sup>2</sup> Garten. Allein. Gleichzeitig Familien auf der Suche nach Wohnraum, junge Menschen, die eine Startwohnung brauchen und konfrontiert sind mit steigenden Preisen und fehlenden Grundstücken. Was tun? Wie begegnen wir der Herausforderung der Vereinsamung und der fehlenden sozialen Netzwerke, wenn die Kinder nicht im Ort

bleiben und die klassischen Familienbande nicht mehr für Kinderbetreuung, Pflege und Alltagsunterstützung zur Verfügung stehen?

Viele Menschen besitzen Baugrundstücke, die nicht oder nur unvollständig genutzt werden (als

**»In vielen Gemeinden das gleiche Bild: eine ältere Dame in ihrem großen Einfamilienhaus, umgeben von 1.000 m<sup>2</sup> Garten. Allein.«**

Wertanlage, sehr großer Garten etc.). In Niederösterreich sind etwa 25 Prozent der gewidmeten Baufläche nicht genutzt und viele weitere Grundstücke schöpfen ihr Potenzial nicht aus.

Vorhandene Flächen effizienter zu nutzen und den Bodenverbrauch nachhaltig zu reduzieren, wird eine wichtige Aufgabe der Zukunft.

Ein Lösungsansatz: Leerstehende Baugrundstücke können mit klei-

nen, modularen Wohnprojekten nachhaltig belebt werden. GrundstücksbesitzerInnen erhalten eine monatliche Pacht (je nach Größe 100–300 €/Monat möglich). Das Grundstück wird mittelfristig verpachtet und bleibt im Eigentum (Pachtdauer im Regelfall

3–10 Jahre). Die Projekte sind komplett rückbaubar. Das Grundstück könnte so zu einem späteren Zeitpunkt für eigene Bauvorhaben genutzt werden. Die Kosten für das Gebäude und die Grundstücksvorbereitung übernehmen im Regelfall die zukünftigen BewohnerInnen, es fallen keine Kosten für Sie als GrundstückseigentümerIn an.

Wie das konkret funktioniert? Beispielprojekt Susanne in Mauerbach (NÖ):

Susanne wohnte nach der Scheidung allein in ihrem Einfamilienhaus in Mauerbach. Ihr Sohn hatte gerade eine Familie gegründet und war auf der herausfordernden Suche nach leistbarem Wohnraum. Kurzerhand einigten sich die beiden auf eine ungewöhnliche Lösung: Susanne übergab das Haus an ihren Sohn und seine Familie, die den Raum gut nutzen konnten. Sie selbst zog in einen Wohnwagen, der im Garten platziert wurde. Garten und Wirtschaftsräume können gemeinsam genutzt werden, jeder hat seinen Rückzugsbereich und dennoch entsteht ein Miteinander am Grundstück: Zeit für die Enkerl, Mithilfe bei Besorgungen, man sieht sich regelmäßig und unterstützt sich gegenseitig und schafft eine zweite Wohneinheit auf einem Grundstück, das bisher nur für eine einzelne Person genutzt war!

Viele weitere Projekte zeigen, dass solche Wohngemeinschaften am Grundstück funktionieren können. Oft sind es nicht direkt die Familien, die sich für eine Grundstückskooperation zur Verfügung stellen. Vielfach finden sich passende Konstellationen über einfache Bekanntschaften, einen interessierten Landwirten oder auch eine Anzeige in der Lokalzeitung. Auch BürgermeisterInnen und Gemeindeverwaltung können hier als Kommunikati-

**»Auch BürgermeisterInnen und Gemeindeverwaltung können hier als Kommunikationsdrehscheibe fungieren und so Projekte zur Nachverdichtung und Zwischennutzung fördern.«**

onsdrehscheibe fungieren und so Projekte zur Nachverdichtung und Zwischennutzung fördern.

In Kooperationsprojekten mit Gemeinden versuchen wir beispielsweise, Grundstücksbesitzer und InteressentInnen an einen Tisch zu holen und gemeinsam über die Möglichkeiten modularer Nachverdichtung aufzuklären – die ersten Erfolge konnten so bereits

realisiert werden! Weitere Projekte sind in Entwicklung und wir freuen uns über künftige Kooperationspartner.

### Mehr als Wohnraum – Neue Nachbarschaften entwickeln

Architektur kann einen wichtigen Beitrag leisten zur Lösung der Herausforderungen unserer Zeit. Die Baubranche macht nicht nur 40 Prozent des weltweiten Ressourcenverbrauchs aus, sie

gestaltet auch wie keine andere unsere Lebensrealität und unser Sozialverhalten. Nachdem wir viele Jahre verstärkt in eine Konsumentenrolle gedrängt wurden, dürfen wir nun den Wert eines selbstbestimmten Lebens als aktiver Teil einer Dorfgemeinschaft wiederentdecken.

Wie schön wäre es, durch die Architektur der Zukunft bewusst ein



## VIER PRINZIPIEN FÜR ZUKUNFTSFÄHIGES BAUEN & WOHNEN

lebendiges, soziales Miteinander in der Nachbarschaft zu unterstützen? Im Idealfall bilden sich durch intelligente Planung kleine Nachbarschaftsgemeinschaften, die sich bei alltäglichen Herausforderungen unterstützen können, weil

man sich im Alltag unkompliziert begegnet. Lasst uns den Wert von lebendigen Dorfgemeinschaften wieder neu entdecken und mit der Architektur der Zukunft einen Beitrag dazu leisten!

**»Wie schön wäre es, durch die Architektur der Zukunft bewusst ein lebendiges, soziales Miteinander in der Nachbarschaft zu unterstützen?«**

### Weiter eintauchen – Hinweise

Sie möchten diese Wohnform ausprobieren? Wir bieten die Möglichkeit zum Probewohnen & Urlaub im Tiny House in Gutenstein. Mehr dazu unter [www.wohnwagon.at](http://www.wohnwagon.at).

Besuchen Sie gerne eine unserer Veranstaltungen und Workshops oder buchen Sie uns für einen Vortrag in Ihrer Gemeinde! [office@wohnwagon.at](mailto:office@wohnwagon.at)

In Gutenstein haben wir 2018 die Genossenschaft Dorfschmiede gegründet, die es sich zum Ziel gesetzt hat, lebendige Verbindungen zu knüpfen – wirtschaftlich und sozial. Wir möchten dieses lebendige Miteinander im Ort damit bewusst unterstützen. Mehr unter: [www.dorfschmiede.net](http://www.dorfschmiede.net).

### Buchtipp

Wie wir leben könnten. von Theresa Mai, erschienen im Löwenzahn Verlag



**Theresa Mai**  
Gründerin und Geschäftsführerin von WOHNWAGON

## DIE KLIMAKRISE IN ÖSTERREICH – WARUM SIE UNS ALLE WAS ANGEHT

Die Klimakrise stellt uns schon heute vor Herausforderungen: Seen, die austrocknen, Ernten, die ausfallen, Naturkatastrophen und Brände. All die Bilder sind uns nicht fremd und die erschreckenden Bilder von zerstörten Häusern und überschwemmten Städten sind erst der Anfang. Unsere Lebensgrundlage, die Ökosysteme, auf die wir unseren Wohlstand aufgebaut haben, werden Tag für Tag vernichtet. Es findet das größte Artensterben seit der Dinosaurierzeit vor 65 Millionen Jahren statt. Ja, die Klimakrise ist da und wir haben lange zugeschaut.

Vor 50 Jahren hat der Club of Rome den Bericht zur Lage der Menschheit veröffentlicht, vor über 30 Jahren haben die ersten Wissenschaftler\*innen Alarm geschlagen, spätestens heute ist ein guter Zeitpunkt umzudenken. Es ist unangenehm, sich dieser Realität zu stellen, aber noch gibt es die Möglichkeit. Wir sind die erste Generation, die die Folgen der Klimakrise am eigenen Leib spüren wird, und die letzte Generation,

die diese Krise eindämmen kann. Also tun wir es:

### **Klimafrage oder soziale Frage**

Die Klimafrage ist nicht nur eine, die zukünftige Generationen betrifft, sondern uns alle heute schon. Der Umgang mit der Klimakrise ist eine Frage der sozialen Verantwortung. Einer Verantwortung, die jede Gemeinde, jede Stadt und jedes Land hat. Global und national. Warum?

**»Der Umgang mit der Klimakrise ist eine Frage der sozialen Verantwortung. Einer Verantwortung, die jede Gemeinde, jede Stadt und jedes Land hat.«**

Die Folgen der Klimakrise treffen die Menschen am härtesten, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Die reichsten 10 Prozent der Weltbevölkerung stoßen mehr als 50 Prozent der Treibhausgas-Emissionen aus<sup>1</sup>, dieser Schlüssel gilt auch etwa für Österreich. Statistisch wird bei steigendem Einkommen permanent auch der ökologische Fußabdruck

größer und damit auch die Verantwortung für die Krise.

Unsere Städte werden sich erhitzen und eben die Menschen, die sich in heißen Sommern keine Klimaanlage und in kalten Wintern keine guten Heizsysteme oder gut gedämmten Wohnungen leisten können, sind diejenigen, die schon heute die Klimakrise am meisten spüren. Die wenig begrünten Flächen in Städten, also oft die dicht besiedelten Wohn-

gebiete, erhitzen sich stärker. Das alles bedeutet ganz konkret: In Österreich sterben seit 2018 mehr Menschen an Hitze als an Verkehrsunfällen.

Daraus ergibt sich auch, dass bei steigenden Temperaturen und Luftverschmutzung unser Gesundheitssystem mehr belastet wird.



Lengau/Oberösterreich  
Einwohner: 5.080  
Bürgermeister: Erich Rippl

Die Klimafrage ist also in ihrem Kern eine soziale Frage, wenn wir noch an der Idee eines guten Lebens für alle festhalten. Sie ist eine Frage der Verteilung und der Mitbestimmung. Das gilt global, aber auch für Europa und Österreich.

Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Wo anfangen? Die Klimakrise in einem komplexen globalen

lichen Zusammenleben werden dafür nötig sein. Und ehrlich: Dafür braucht es uns alle.

#### **Mobilität**

Wenn wir die Frage stellen, wo wir anfangen sollen, dann da, wo bis jetzt am wenigsten passiert ist: beim Verkehr. Es ist in Österreich der Sektor, in dem die Emissionen in den letzten 30 Jahren am meisten ange-

stiegen sind.

Während die Klimakrise immer

bedrohlicher wird, steigt die Zahl der Autos auf Österreichs Straßen an. Jedes Jahr gibt es einen neuen Höchststand an neu zugelassenen PKWs – auf in Österreich 5,13 Millionen<sup>2</sup>, und das ist kaum verwunderlich. Statt fortschrittlicher Mobilitätsplanung haben sich die Regierungen dafür entschieden, das Auto als wahrscheinlichste Alternative in Beton zu gießen. Wer Straßen sät, erntet Autos. Zwischen dem Jahr 2000 und 2020 wurden in Österreich 535 km

Schiennetz abgebaut und 319 km Autobahnen neu gebaut.

Den Menschen fehlt nicht das Bewusstsein für die Klimakrise, sondern schlichtweg der einfache Zugang zu klimafreundlicher, schneller und billiger Mobilität.

Auch wenn die ersten Schritte wie das Klimaticket einen Beitrag zu einer Mobilitätswende leisten, geht mit dem Straßenbau und dem Ausbau der fossilen Infrastruktur viel verloren. Pro Jahr wird in Österreich eine Fläche versiegelt, also zubetoniert, die etwa der Größe von Eisenstadt entspricht. Darunter leiden nicht nur Ökosysteme, also die Vielfalt unserer Tier- und Pflanzenarten, sondern auch unsere Gesundheit. Klimaschutz heißt heute, Städte und Gemeinden so zu denken und zu bauen, dass jede neue Straße schon von vornherein unnötig wird.

#### **Raumplanung**

Was heißt das? Wir brauchen zum Beispiel eine Abkehr vom Shop-

## DIE KLIMAKRISE IN ÖSTERREICH – WARUM SIE UNS ALLE WAS ANGEHT

ping-Mall-Modell. Braucht jede Gemeinde ihren XXXLutz am Gemeinderand? Die Shopping Mall kommt zwar aus Österreich: Victor Gruen, österreichischer Architekt, wollte Amerika mehr wie Wien gestalten. Stattdessen wurde Wien

tägliche Infrastruktur auf das Auto ausgelegt bleibt, werden die Menschen es auch verwenden.

Wenn Österreich ein Autoland genannt wird, dann nicht, weil das so sein muss, sondern weil Jahr-

tig wäre, einen langfristigen Plan für den Umstieg auf Erneuerbare durchzusetzen und gesetzlich zu verankern, wird eine Abwehrschlacht für ein sterbendes System geschlagen. Ein fossiles, eines, dass wir uns als Menschheit nicht leisten können.

### **»Was macht eine gute Gemeinde aus? Viele Orte, sich zu treffen, kurze Wege zu allen Gütern des täglichen Bedarfs, Raum für Solidarität und Gemeinschaft.«**

mehr wie Amerika. Der Erfinder hasste später seine Erfindung: Die amerikanischen Innenstädte verwaisten. Und auch viele österreichische Gemeinden klagen zu Recht über das Sterben der Ortskerne. Stattdessen werden aus blühenden Wiesen versiegelte Parkplätze. Öko ist an der Idee von Gruen also nichts.

Was macht eine gute Gemeinde aus? Viele Orte, sich zu treffen, kurze Wege zu allen Gütern des täglichen Bedarfs, Raum für Solidarität und Gemeinschaft. Das kann ganz unterschiedlich aussehen. Aber klar ist: Wenn die all-

zehnte lang viel dafür getan wurde, dass die Menschen tatsächlich abhängig sind von Straßen und ihren Autos. Die Regierungen haben uns damit nicht freier, sondern abhängiger gemacht. Abhängig von steigenden Benzinpreisen, die der Weltmarkt bestimmt. Abhängig von Rohstoffen, die es nur aus Kriegsgebieten gibt.

#### **Energie**

Was diese Abhängigkeit von Fossilien aus autokratischen Regimen bedeutet, haben wir spätestens letztes Jahr schmerzhaft erfahren. Anstatt zu tun, was nö-

Allein von Jänner bis November 2022 wurden 6,7 Milliarden Euro für Erdgas an Russland überwiesen. Das ist nicht nur klimapolitisch, sondern auch energie- und geopolitisch fragwürdig. Während das Heizen und die Stromproduktion mit Öl und Gas schon jetzt zu den größten Verursachern der Klimakrise gehören, gibt es allein in Österreich Hunderttausende Haushalte, die sich Strom und Heizung immer weniger leisten können. Weltweit ist es immer noch einer von zehn Menschen, der gar keinen Zugang zu Strom hat.<sup>3</sup>

Das macht die Lage komplex. Denn vom Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit aus muss das Ziel sein, dass alle Menschen

gleich viel Energie zur Verfügung haben sollen. Gleichzeitig wollen wir aber auch, dass nicht noch mehr CO<sub>2</sub> in die Luft geblasen und die Klimakrise angeheizt wird. Vom Standpunkt der Klimakrise aus wollen wir also, dass nicht noch mehr Energie verbraucht wird. Das ist eine Herausforderung, aber sie ist sicherlich nicht unlösbar.

Vor 30 Jahren wäre ein guter Zeitpunkt gewesen, diesen Wandel anzustoßen, aber heute ist auch ein guter Zeitpunkt. Um weg von den fossilen Energien zu kommen, müssen wir Windkraft, Solarkraft und grundlastfähige Energiequellen wie Geothermie massiv ausbauen. Wasserkraft leistet in Österreich schon einen großen Beitrag zu unserer Energiegewinnung und ist zu einem großen Potenzial schon ausgebaut.

Was wäre zum Beispiel mit kommunalen Energiegenossenschaften? Gemeinden oder Gemeindeverbände könnten Windräder und andere Energiequellen mit dem Ziel bauen, ihre Einwohner:innen

zu Genossenschaftler:innen zu machen. Für das Windrad hinter dem Ortsschild gibt's dafür anteilig kostenlose Energie. Demokratische Kontrolle der Energieversorgung inklusive.

#### Zeit für einen Wandel

Es müssen jetzt alle an einem Strang ziehen, egal ob auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene. Die Systeme, sowohl die politischen als auch die wirtschaftlichen, sind von Menschen geschaffen und gestaltet worden. Sie sind keine Naturgesetze. Planetare Grenzen schon. Wir stehen sicherlich vor einer der größten Herausforderungen der Menschheit und die Antworten drauf werden nicht immer einfach sein. Aber wenn wir unsere Lebensgrundlagen verlieren, weil es kompliziert war, ist das auch nicht besser.

Wir alle als Teile einer Gesellschaft, als Teilhabende in dieser

Demokratie, haben eine Verantwortung und die Möglichkeit, zu gestalten, wie die Zukunft aussehen wird.

**»Vor 30 Jahren wäre ein guter Zeitpunkt gewesen, diesen Wandel anzustoßen, aber heute ist auch ein guter Zeitpunkt.«**

Klimapolitik kann niemals heißen, dass die Verantwortung für das, was mit unserer Welt und damit mit unserer Lebensgrundlage passiert, bei Einzelnen an oder ihren individuellen Kaufentscheidungen liegt. Die Klimakrise ist ein gemeinsames Problem von allen Menschen auf dieser Welt, politische Lösungen können auch nur auf einer gemeinsamen und damit auf einer gesellschaftlichen Ebene stattfinden.

Die Geschichte ist noch nicht geschrieben. Wir wollen, wir dürfen, wir müssen politische Prozesse beeinflussen und anfangen, selbst welche anzustoßen. Politik wird von Menschen gemacht. Von uns allen.

## DIE KLIMAKRISE IN ÖSTERREICH – WARUM SIE UNS ALLE WAS ANGEHT

Gemeinsam haben wir eine Welt zu gewinnen, und der Kampf für unsere gemeinsame Welt beginnt vor unseren Haustüren, in

**»Politik wird von Menschen gemacht. Von uns allen.«**

unseren Grätzeln, Dörfern und Städten. Da, wo Menschen sich entschließen, gemeinsam mutige Entscheidungen zu treffen.

#### Fußnoten

- 1) Klimapolitik muss die extrem Reichen treffen. <https://kontrast.at/co2-ausstoss-verursacher/> (letzter Zugriff: 28.06.2022)
- 2) Anzahl der Personenkraftwagen (Pkw) in Österreich von 1960 bis 2021. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/150173/umfrage/bestand-an-pkw-in-oesterreich/> (letzter Zugriff: 28.6.2022)
- 3) Noch 840 Millionen Menschen ohne Zugang zu Strom. <https://www.pv-magazine.de/2019/05/22/noch-840-millionen-menschen-ohne-zugang-zu-strom/> (letzter Zugriff: 28.6.2022).

#### Quellen

<https://www.umweltbundesamt.at/umwelthemen/boden/flaecheninanspruchnahme>



**Lena Schilling**  
Klimaaktivistin, Autorin

## DIE GEMEINDE ALS ROLE MODEL FÜR YESWECARE

Die Gesellschaft, auch in Österreich, bot zuletzt immer wieder den Eindruck, womöglich sogar „auseinanderbrechen“ zu können. Covid, und nicht nur das, drohte, Risse in die Gemeinschaft hineinzutreiben, sogar Gräben aufzureißen. Jene, die teilweise weit bis in Familien hineinreichten. Freundschaften, ja selbst jahrelange Beziehungen wurden beendet.

Immer noch beschäftigt sich die Gesellschaft wie auch die Politik damit. Aufarbeitung scheint das Gebot der Stunde. Aber wie genau? Und wird uns das womöglich noch länger begleiten?

### Gibt es einen „Kitt“ für die Gesellschaft?

Mir aber scheint ein anderer Aspekt fast noch spannender. Was ist gleichsam der Kitt, der Gesellschaften zusammenhält? Was ist es, das über Familien, Beziehungen oder Freundschaften hinweg Menschen verbinden kann? Und was macht Gesellschaften sozusagen „resilienter“, gewappneter

gegen Konflikte, auch gegen Populismus jeder Art? Anders gesagt, was verbindet uns oder was könnte es sein?

Der Mensch, davon bin ich fest überzeugt, wird potenziell mitfühlend geboren. Wir kamen alle als gleichsam „YesWeCare-Wesen“ auf die Welt. Menschen, die einander brauchen, und schon alleine deswegen auch auf andere achten. Lebewesen, denen andere Menschen niemals nur egal sein können.

Wenn es nicht unterbunden wird, gelangen wir so letztlich alle vom Ich zum Du und weiter zum Wir. Dieses in uns angelegte Interesse an anderen Menschen, an deren

Diese Form von Anteilnahme, die auch nicht nur im Blick verharret, sondern ins konkrete Tun kommen muss, ist immer möglich. Egal auch, wo du stehst, welche Möglichkeiten du hast.

All dies bietet schließlich auch die Grundlage für ein soziales Netz. Eines der Nächstenliebe, der Solidarität. Ein Netz, das es zu verteidigen gilt. Das im Zweifel dichter denn lockerer geknüpft werden muss. Es ist Ausdruck eines Versprechens, das wir einander als Gesellschaft gegeben haben: „Wir lassen dich nicht fallen“. Es ist auch Ausdruck dessen, was uns als Menschen von anderen Lebewesen unterscheiden muss. Davon bin ich fest überzeugt.

**»Dieses in uns angelegte Interesse an anderen Menschen, an deren Schicksal, deren Leben – es lässt sich auch entwickeln, trainieren.«**

Schicksal, deren Leben – es lässt sich auch entwickeln, trainieren. Über den aufmerksamen Blick für andere, auch über jeweils eigene Bauchläden hinaus.

Wie aber ließe sich das in stärkende Strukturen gießen? Wie das Pflänzchen Nächstenliebe oder auch Solidarität gleichsam düngen?



Ardagger/Niederösterreich  
Einwohner: 3.590  
Bürgermeister: Johannes Pressl

### **Die Gemeinde als kleinste „staatliche Keimzelle“**

Vergleichbar dem Kindergarten, der im Rahmen der außerfamiliären Bildung die erste Institution ist, so ist die Gemeinde der Ort, auch die erste Gemeinschaft außerhalb der Familie. Um im Bildungsbild zu bleiben: Ja, es braucht ein Dorf, um ein Kind

### **»Die Gemeinde ist der geeignete Ort, um Menschen festen Halt zu geben, Notsituationen von Menschen so früh wie möglich abzufangen.«**

zu erziehen. Ein schönes Bild, was Gemeinde alles soll, kann. Wäre es dann auch möglich, die Gemeinde gleichsam auch zur „Keimzelle“ jedes YesWeCare-Gedankens zu formen?

### **Gemeinden, oft jetzt schon der Hort der Nächstenliebe und Solidarität**

Die zahllosen Initiativen der Nächstenliebe, der Solidarität, geben hier ein klares Bild ab. Die Gemeinde ist der geeignete Ort, um

Menschen festen Halt zu geben, Notsituationen von Menschen so früh wie möglich abzufangen. Ganz unabhängig auch davon, wie die etwaige familiäre Struktur der Betroffenen ist.

In Gemeinden wird aktuell gemeinsam gelernt, etwa Deutsch, mit jenen, die zu uns kamen, auf der Flucht oder aus anderen

Gründen. In den Gemeinden wird gemeinsam Sport betrieben, werden ältere Menschen zur Bewegung animiert, wird gemeinsam gekocht und gegessen, wird gefeiert, kurzum, wird das Leben miteinander gestaltet.

Im Rahmen des Ehrenamts, etwa bei der freiwilligen Feuerwehr oder in zahllosen Vereinen der verschiedensten Art, knüpfen enorm Engagierte hier Netze des Zusammenhalts, geben Menschen damit so etwas wie die

Sicherheit, als Teil einer Gemeinschaft willkommen zu sein.

### **„YesWeCare-Gemeindezentren“?**

Was nun eine Öffentlichkeit beitragen könnte, auch eine diesbezüglich ermunternde Politik, wäre das Errichten von auch öffentlich mitfinanzierten Gemeindezentren.

Jene Orte, die es jetzt schon in vielen Gemeinden gibt und die zumeist ebenfalls auf Ehrenamtlichkeit basieren. Was aber wäre möglich, wenn es hierbei auch ein ausformuliertes und gelebtes öffentliches Commitment gäbe? Mit dem klaren Ziel, dieses zivilgesellschaftliche Netzwerk auch staatlich zu ermöglichen, Menschen, die ihre Zeit ins Allgemeinwesen investieren wollen, dabei auch gut zu unterstützen. Wie viele Initiativen sind nach Jahren des höchsten Engagements wieder eingeschlafen, wie viele Ideen kamen letztlich nie auf die Welt, einzig weil auch den Engagiertesten irgendwann einmal die Luft

## **DIE GEMEINDE ALS ROLE MODEL FÜR YESWECARE**

ausgehen kann und dann aber keine Struktur die Schwäche aufhängt?

### **„Verantwortung“ als Schulfach**

Ein kleiner Exkurs: Als Bildungsmensch fällt mir dabei das Schulfach „Verantwortung“ ein. Jener Unterrichtsgegenstand, der vor einigen Jahren von der deutschen Bildungsreformerin Margret Rasfeld eingeführt wurde und der zugleich damals schon auch den Keimgedanken von YesWeCare in sich trug.

### **»Zusammenhalt in der Gesellschaft lässt sich am besten an den Rändern überprüfen. Dort, wo Menschen aus der Gemeinschaft zu fallen drohen. Wo materielle Sorgen, mangelnde Kontakte, Einsamkeit zu überwiegen beginnen.«**

Jugendliche ab etwa 11, 12 Jahren werden hierbei angehalten, einmal in der Woche am Gemeinwesen mitzuarbeiten. Sie erledigen dabei etwa Aufgaben in einem Kindergarten in der Nähe, in einer Bibliothek, helfen älteren

Menschen beim Einkaufen im Supermarkt oder übernehmen sonst in irgendeiner Form Verantwortung, auch beim besseren Zusammenleben.

Was mich von Anfang an dabei besonders faszinierte, waren die Berichte meiner Lehrerkolleg\*innen, was das allein auch schon mit insbesondere jungen Menschen macht, wenn sie wo gebraucht werden. Wenn sie dieses wunderbare Gefühl erleben können, wo freudig erwartet zu werden, wenn sie sich als sinnstiftend wahrnehmen, und zwar ganz unmittelbar

und unverfälscht. Wie sie das bestärkt und tatsächlich auch in einer Art von Selffulfilling Prophecy zu verantwortungsbewussteren Menschen formt. Jugendliche, deren Eltern oder Lehrer\*innen diese im besten Sinne des Wortes

positiv kaum mehr wiedererkennen können.

### **Gemeindezentren als „Treibhäuser“ der Nächstenliebe/Solidarität?**

Schulen und das Gemeinwesen besser miteinander zu vernetzen, das ginge in der Tat in jeder Gemeinde, und ist durchaus auch schon ab dem Volksschulalter denkbar, so meine ich zumindest.

Mehr noch: Was also, wenn wir nicht nur dieses „Schulfach“ einführen, sondern darüber hinaus oder vorweg in unseren neuen YesWeCare-Gemeindezentren ganz bewusst und strukturiert auch junge Menschen einbinden würden? Um sie dabei zu unterstützen, Verantwortung zu übernehmen, ihnen auf Augenhöhe auch zu vertrauen. Ihnen sichere Freiräume einzuräumen, um ihre Begeisterung selbst an andere weiterzugeben, um auch die eigenen Erfahrungen zu sammeln. Ich bin davon fest überzeugt, das lässt uns Menschen letztlich wachsen.

Zusammenhalt in der Gesellschaft lässt sich am besten an den Rändern überprüfen. Dort, wo Menschen aus der Gemeinschaft zu fallen drohen. Wo materielle Sorgen, mangelnde Kontakte, Einsamkeit zu überwiegen beginnen. Je früher hier entgegengewirkt wird, desto hochwertiger bleibt das Lebensgefühl – und auch hier ergänzt – aller (!), wie ich überzeugt bin.

**»Wir brauchen eine Gesellschaft, die beschließt, der drohenden Kälte etwas entgegenzusetzen.«**

Wir brauchen eine Gesellschaft, die beschließt, der drohenden Kälte etwas entgegenzusetzen.

Eine Art Treibhaus der Nächstenliebe, der Solidarität. Ich bin fest davon überzeugt, diese Gesellschaft ist eine auch insgesamt

wesentlich tragfähigere. Eine, die auch etwaig drohenden Stürmen noch besser widerstehen kann.

Und von wo, wenn nicht aus jeder Gemeinde heraus, könnte diese Gesellschaft besser und stärker erwachsen?

## DIE GEMEINDE ALS ROLE MODEL FÜR YESWECARE



**Daniel Landau**  
Bildungskordinator  
YesWeCare



**Ernst Schöpf**  
Bürgermeister von Sölden, Tirol

## TROTZ ALLEM BÜRGERMEISTER

**Herr Präsident, Sie sind seit über 36 Jahren Bürgermeister von Sölden. Was ist Ihr Erfolgsrezept für das Bürgermeisteramt?**

Wichtige Voraussetzung für die langjährige Amtsausübung als Bürgermeister ist sicher, dass ich meine Heimatgemeinde liebe und dort lebe und einfach Menschen und den Kontakt mit ihnen mag. Meine Tätigkeiten als Skilehrer, Reiseleiter, aber auch an der Schank in der Gastronomie waren sicher eine gute Schule, um den Umgang mit Menschen zu lernen, leutselig zu sein – nicht zuletzt für die Rhetorik war das sicher eine perfekte Übung. Am Ende ist es dann egal, ob man zu 50 Menschen in einem Bus oder 500 in einem Saal spricht. Dazu muss man sagen, dass Sölden eine Tourismusgemeinde ist, die schon früh sehr weltoffen war und wir schon sehr früh die Welt zu uns herein gelassen haben.

**Haben Sie den Bürgermeisterjob jemals gezielt angestrebt? Oder hat es sich ergeben?**

Ich bin mit 25 Jahren, am 1. Ap-

**Nicole Thaller**  
Bürgermeisterin von Hofkirchen im Traunkreis; OÖ

## TROTZ ALLEM BÜRGERMEISTERIN

**Frau Thaller, Sie sind seit zwei Jahren Bürgermeisterin – Wie haben Sie sich für dieses Amt entschieden?**

Da ich im Personalbereich berufstätig bin, habe ich mir vor den kommunalen Wahlen das Amt der Bürgermeisterin wie eine Stellenausschreibung vorgestellt. In Gesprächen mit bereits gewählten Bürgermeister:innen habe ich vieles über die Aufgabengebiete und die sonnigen sowie auch die negativen Seiten dieses Amtes erfahren. Es wurde mir ehrlich dargestellt, wie die Tätigkeit ist. Ich habe mir vorgestellt, dass ich meine Stärken im Amt einbringen kann, und wollte bei mir im Ort aktiv mitgestalten. Und genau deshalb habe ich mich auch für das Amt der Bürgermeisterin „beworben“ – indem ich zur Wahl angetreten bin.

**Haben Sie dieses Amt jemals gezielt angestrebt?**

Irgendwie schon, ja. Ich konnte es mir in meiner Jugend schon gut vorstellen – wollte aber bewusst davor nicht politisch tätig sein,



**Albeck/Kärnten**  
Einwohner: 978  
Bürgermeister: Wilfried Mödritscher



**Thal/Gemeinde Sulzberg/Vorarlberg**  
Einwohner: 1.836  
Bürgermeister: Lukas Schrottenthaler

# TROTZ ALLEM BÜRGERMEISTER

ril 1986, zum Bürgermeister gewählt worden – und das war definitiv nicht geplant, sondern ist einfach passiert. Wir waren eine Gruppe junger fußballbegeisterter Menschen – ich war Tormann, alle anderen auch im Verein aktiv –, die sich vom damaligen Bürgermeister nicht verstanden und vertreten fühlten. So sind wir mit einer jungen Liste zur Wahl angetreten – der jüngste war 21, der älteste 36. Unser Ziel war es, mitzudenken, Verantwortung in Sölden zu übernehmen. Und so kam es dann am Wahlabend, wie es kommen musste: wir waren die Mandatsstärksten und haben erst mal relativ blöd dreingeschaut, weil niemand damit gerechnet hat.

## **Was war Ihre größte Herausforderung, die es in Ihrer Amtszeit zu meistern gab?**

Die prägendsten Momente meiner Amtszeit waren sicher die Krisen und Katastrophen in Sölden. Das erste Ereignis war kurz nach meiner Amtsübernahme 1987 – eine Hochwasserkatastrophe, bei der

wir zehn Tage ohne Strom, ohne Telefon und nur mit Versorgung über die Luft erreichbar waren. Zwölf Tote mussten wir aus dieser Katastrophe beklagen. Das war Krisenmanagement, learning by doing – und für mich ein Sprung ins kalte Wasser, ähnlich wie die Bürgermeisterwahl.

Aber auch ein Unfall 2005 mit neun Toten (der Vater von Thomas

**»Man darf ja nicht vergessen, dass man auch als Bürgermeister immer ein Team um sich hat – am Ende ist man auch nur stark mit einem guten Team um sich.«**

Dreßen war unter den Todesopfern) – ein Betonkübel war auf eine Seilbahn gestürzt und hat vier Kabinen mit sich gerissen – war sehr einschneidend in meiner Karriere. Da lernt man Krisenmanagement, Krisenkommunikation und Umgang mit den Medien in einem Aufwasch.

## **Was würden Sie zu Ihren größten Erfolgserlebnissen als Bürgermeister zählen?**

Wir hatten 1986 das große Glück, dass uns der Vorgänger eine Ge-

meinde mit einem passablen Haushalt überlassen hat – das muss man ganz klar positiv erwähnen. Deswegen war es uns auch möglich, ordentlich in die Gemeinde zu investieren – und hier gehört sicher die kommunale Infrastruktur, allen voran das kommunale Abwasser- und Trinkwassernetz – alle Skihütten sind verbunden und versorgt bei

uns –, an oberster Stelle genannt. Natürlich haben wir auch Schulen und Kindergärten in dreifacher Ausführung sowie ein tolles Freizeitangebot (Fußballplatz mit Kunstrasen, Tennisanlage, Kegelbahn), ganz zu schweigen von der Infrastruktur am Berg mit 31 Liftanlagen und 144 Pistenkilometern.

**Wie gehen Sie mit Rückschlägen und schwierigen Phasen um? Holt man sich da Hilfe? Steht man schwierige Phasen**

# TROTZ ALLEM BÜRGERMEISTERIN

sondern als offene Quereinsteigerin antreten.

## **Sie sind als eine der jüngsten Bürgermeisterinnen im Amt – gab es Vorbehalte Ihrer Person gegenüber?**

Selbstverständlich fehlt es mir an Erfahrung und oftmals auch Expertise in der Politik oder bei Gemeindeagenden. Dies nehmen manche Menschen stark als Kritikpunkte wahr und reden natürlich auch darüber. Dennoch ist man als Bürgermeisterin niemals allwissend – weder in sei-

**»Junge Menschen meiner Generation sind oftmals flexibler und anpassungsfähiger.«**

nen 20ern noch in den 50ern. Als Bürgermeisterin behandle ich so viele unterschiedliche Aufgabenbereiche, von Kanal- und Wasserversorgung über Kinderbetreuung bis zum Standesamt und Meldewesen. Das Aufgabengebiet ist viel zu komplex und zu groß, um sich überall auszukennen. Da werden mir wohl auch meine äl-

teren KollegInnen zustimmen. Für mich sind in diesem Job andere Stärken, sogenannte Soft Skills, viel wichtiger: Kommunikationsstärke, Empathie, Offenheit, um nur einige zu nennen. Und diese Kompetenzen kann jeder Mensch besitzen, egal ob sie/er 27 Jahre oder 45 Jahre alt ist.

## **Was machen junge Menschen anders als erfahrene Menschen im Bürgermeisteramt?**

Ich habe mich im Laufe meines Studiums oftmals mit den unterschiedlichen Generationen auseinandergesetzt und lerne dabei, dass jede

Generation ihre eigenen Ansichten und Stärken mitbringt. Natürlich sind diese Theorien oftmals abstrakt und oberflächlich, zudem auch verallgemeinert. Doch als Bürgermeisterin fällt mir das schon oft auf, dass ich andere Sichtweisen habe als ältere Kolleg:innen. Junge Menschen meiner Generation sind oftmals

flexibler und anpassungsfähiger. Werte wie Freiheit, Work-Life-Balance und Individualität sind uns besonders wichtig. Wir sind mit den sozialen Medien und der Technologie aufgewachsen und können oftmals in allen Bereichen damit schneller und effektiver etwas anfangen (dies betrifft auch digitale Wasserzähler, Armaturen in den Pumpwerken, digitale Büroabläufe oder Videokonferenzen). Zudem suchen wir in unseren Aufgaben und Tätigkeiten den Sinn und hinterfragen Abläufe und Prozesse. Die Phrase „Wir machen das so, weil es halt schon immer so war“, geht uns dabei gegen unsere Vorstellungen – wir möchten verändern, verbessern und weiterentwickeln.

## **Braucht es mehr junge Menschen in der Politik?**

Aus meiner Sicht sollte die Politik die Gesellschaft abbilden. Statistisch formuliert, sollte es eine Stichprobe der Gesellschaft sein. Sprich, eine gute Durchmischung von allen Geschlechtern, Altersgruppen, Ethnien oder auch Beru-

# TROTZ ALLEM BÜRGERMEISTER

## alleine durch? Kommt man gestärkt aus einer Krise heraus?

Man darf ja nicht vergessen, dass man auch als Bürgermeister immer ein Team um sich hat – am Ende ist man auch nur stark mit einem guten Team um sich. Ich spreche da genauso von der Verwaltung in der Gemeinde wie auch von den Blaulichtorganisationen, den Bergrettern usw. Natürlich ist man in einer Krise oder Katastrophe als Krisenmanager gefragt und steht als Bürgermeister im Mittelpunkt. Mein Credo ist in so einer Situation immer: So unruhig und unsicher es draußen ist, so ruhig bin ich und muss ich auch nach außen wirken. Ich muss für meine Bevölkerung da sein, stark sein und die Sache im Griff haben. Und da geht man immer gestärkt aus einer Krise. Oft werde ich in solchen Situationen auch gezielt gerufen: „Wo ist der Ernst“, weil man auf meine Expertise setzt.

## Was machen Sie bewusst außerhalb des Bürgermeisteramtes, um sich mental, physisch und psychisch fit zu halten? Wie entspannen Sie?

## Mein Ausgleich ist sicher die Geselligkeit mit Freunden und Familie. Aber genauso das Skifahren mit dazugehörigem Einkehrschwung.

Mein Ausgleich ist sicher die Geselligkeit mit Freunden und Familie. Aber genauso das Skifahren mit dazugehörigem Einkehrschwung.

## Sie haben auch als junger Kandidat das Bürgermeisteramt angetreten. Wie verändert sich der Zugang und der Umgang mit

**»So unruhig und unsicher es draußen ist, so ruhig bin ich und muss ich auch nach außen wirken. Ich muss für meine Bevölkerung da sein, stark sein und die Sache im Griff haben.«**

## dem Amt? Was sind die Unterschiede, als junger Bürgermeister tätig zu sein und heute mit diesem Erfahrungsschatz?

Für mich hat sich im Vergleich zu damals und heute eindeutig die Bürgerschaft geändert. Wir haben es heute mit ungeduldigen, teilweise verärgerten und unzufriedenen Bürgern zu tun, die erstmal aufs Gemeindeamt kommen, um sich über irgendetwas zu beschweren. Der Egoismus bei den

Menschen hat enorm zugenommen. Damals hatten wir es mit zufriedeneren, eigenverantwortlichen und mündigen Bürgern zu tun – diese Eigenschaften fehlen heute oft.

Der Zugang zum Amt als Bürgermeister hat sich meinerseits nicht geändert, ich bin einfach gerne für die Bürger:innen in meiner Gemeinde da und packe gerne an. Speziell die vielfältigen Begegnungen in Sölden sind sehr positiv.

Wenn du mit Gästen nicht kannst, hast du in Sölden nichts verloren.

## Was raten Sie jungen Kandidaten, die sich für das Amt des Bürgermeisters bewerben? Was braucht man als Bürgermeister heute? Was ist das richtige Rüstzeug?

Das Wichtigste ist sicher, Menschen zu mögen und seine Heimatgemeinde zu mögen. Wenn das fehlt, wird es schwierig für das

# TROTZ ALLEM BÜRGERMEISTERIN

fen in unseren politischen Gremien ist aus meiner Sicht unbedingt notwendig und verbessert die politische Arbeit enorm. Daher ist es mir auch wichtig, dass bereits Personen ab dem 18. Lebensjahr in Gemeinderäten vertreten sind. Auch sie sollen eine Stimme haben und die Projekte und Vorhaben aus ihrer Sichtweise darstellen und mitentscheiden.

## Sie sind nicht nur jung, sondern auch als Frau im Bürgermeisteramt – das sollte heute völlig normal sein. Wie geht es Ihnen damit? Und wie sind die Rückmeldungen aus der Bevölkerung?

Da haben wir noch viel Arbeit vor uns. Das Thema „Frau in der Politik“ beschäftigt uns bundesweit, und bei unseren Bürgermeisterinnentreffen diskutieren wir dies ausgiebig. Aus meiner Sicht geht es aber bergauf. Die Rolle der Frau in der Politik wird besser – von Wahl zu Wahl werden es mehr Frauen in politischen Ämtern. Es gibt zahlreiche Rollenvorbilder auf

allen politischen Ebenen und ich hoffe, dass auch ich meinen Beitrag dazu leiste, dass sich junge Mädchen und Frauen die Politik zutrauen und den Schritt gehen.

**»Ich hoffe, dass auch ich meinen Beitrag dazu leiste, dass sich junge Mädchen und Frauen die Politik zutrauen.«**

Seitens der Hofkirchner Bevölkerung habe ich viele Bestärkungen und Lob erhalten – viele wünschen sich mehr Frauen in (politischen) Führungspositionen.

## Was braucht es, damit mehr junge Menschen und vor allem mehr Frauen Spitzenpositionen übernehmen?

Meiner Meinung nach braucht es einen Wandel der Gesellschaft. Leider ist noch immer in vielen Köpfen – auch in Frauenköpfen – fest verhaftet, dass Politik Männersache sei. Das müssen wir dringend ändern. Und dafür gehe ich und wir Frauen auch als Vorbilder voran, um zu zeigen, dass Politik für alle und von allen gestaltet werden darf und soll. Was es braucht, damit sich

noch mehr Frauen den Schritt in die Politik und in Führungspositionen zutrauen, sind Netzwerke und Verbindungen von und für Frauen – dort können sie sich gegenseitig stärken und motivieren. Wenn Männer einen Schritt zurücktreten und Frauen einen Schritt nach vorne setzen, dann kommen wir unserem Ziel gut näher.

## Wie gehen Sie mit Herausforderungen im Amt um?

Ich versuche, bei jedem Thema und jeder Herausforderung zuerst objektiv an die Sache heranzugehen: Deswegen sammle ich zuerst alle Daten und Fakten. In einem zweiten Schritt suche ich den Erfahrungsaustausch mit verschiedenen Personen und Experten oder Menschen, die das gefragte Thema bereits durchgemacht und erlebt haben. In einem weiteren Schritt gehe ich in die Meinungsbildung persönlich, aber auch im Team, und dann wird entschieden. Für Herausforderungen im Alltag halte ich es mit dem Sprichwort:

# TROTZ ALLEM BÜRGERMEISTER

Bürgermeisteramt. Gleichzeitig finde ich es wichtig, dass man einmal eine gute Grundausbildung hat, egal in welchem Beruf. Man muss kein Akademiker sein, aber eine gewisse Ausbildung haben. Den Rest schafft man bei „learning on the job“.

Ich erinnere mich noch sehr gut an meinen ersten Arbeitstag als Bürgermeister, am 8. April 1986, da gab es einen Lawineneinsatz in Sölden mit vier Franzosen. Ich war vor Ort und musste entscheiden, ob wir die vier Leben retten und dafür 30.000 Euro zahlen oder nicht. Diese Entscheidungen kannst du nicht im Gemeinderat entscheiden, da musst du rasch und unbürokratisch handeln, weil da geht es um Leben und Tod. Das ist learning by doing.

## **Braucht es eine eigene Ausbildung für Bürgermeister:innen?**

Ich glaube nicht, dass es eine eigene Bürgermeister-Ausbildung braucht. Viel wichtiger ist meines Erachtens eine gute Grundausbildung. Mir hat mein Wirtschaftsstudium beispielsweise sehr geholfen, Finanzierungsmodelle für

Investitionen in der Gemeinde zu entscheiden und zu bewerten. Wir waren eine der ersten Gemeinden, die sich für ein Leasingmodell beim Volksschulbau entschieden haben, weil ich das gerade frisch auf der Uni gelernt hatte und umsetzen konnte. Wir haben uns viel Geld erspart damals.

Was es zunehmend für Bürgermeister:innen genauso wie für Gemeinderät:innen geben sollte,

**»Mich reizt an der Kommunalpolitik, gestalten und machen zu können und nicht nur zu diskutieren. Außerdem weißt du bereits am Abend am Stammtisch, ob deine Entscheidung, die du am Vormittag getroffen hast, gut oder schlecht ist.«**

sind Bildungsangebote zu den verschiedensten Themen, wie Haftung, Bauordnung, Raumordnung etc. Hier sind die Akademien aber gut aufgestellt.

## **Motivieren Sie junge Kandidaten bewusst für den Gemeinderat oder die Kommunalpolitik?**

Ich schaue mir immer genau an, wer in den Vereinen aktiv ist, also

in den Blaulichtorganisationen genauso wie im Kultur- und Sportverein. Dort sehe ich, wer mit welcher Begeisterung dabei ist. Und wenn die Person auch noch Leadership beweist, dann spreche ich diese Menschen gezielt an.

## **Was ist das Reizvolle an der Kommunalpolitik?**

Mich reizt an der Kommunalpolitik, gestalten und machen zu

können und nicht nur zu diskutieren. Außerdem weißt du bereits am Abend am Stammtisch, ob deine Entscheidung, die du am Vormittag getroffen hast, gut oder schlecht ist. Dieser kommunalpolitische Nahkampf reizt mich einfach und ist meine Motivation.

# TROTZ ALLEM BÜRGERMEISTERIN

„Zuerst eine Nacht drüber schlafen und dann weiterschauen.“

## **Was machen Sie bewusst außerhalb des Bürgermeisteramtes um sich mental, physisch und psychisch fit zu halten? Wie entspannen Sie?**

Als ich die Wahl zur Bürgermeisterin gewonnen hatte, hat mir der Altbürgermeister viele wertvolle Erfahrungen mitgegeben. Er sagte auch „Viel zu viele von uns sind in diesem Amt mit gesundheitlichen Folgen konfrontiert worden. Pass auf dich auf und gib acht! Selbst in Hofkirchen hat es unsere Vorgänger gesundheitlich stark getroffen.“ Natürlich hängen gesundheitliche Probleme nicht immer nur mit der beruflichen Tätigkeit zusammen. Dennoch habe ich in den letzten beiden Jahren gelernt, dass das Amt als Bürgermeisterin

an manchen Tagen schon sehr belastend und mental intensiv sein kann. Es gab schon ausgiebige Beschwerdeterminale, heftige Kündigungsgespräche oder auch schriftliche Briefe mit Drohungen oder Konfrontationen. Natürlich

bedarf es da vieler Methoden, um persönlich mental und körperlich fit zu bleiben. Ich bin gerne in der Natur unterwegs, lasse mein Handy mal zuhause oder schalte es aus, nehme an Waldmeditationen teil oder spreche anonymisiert über Dinge und Menschen, die mich beschäftigen und oftmals auch belasten.

## **Motivieren Sie Frauen und junge Kandidaten bewusst für die Kommunalpolitik?**

Ja – definitiv. Es ist mir wichtig, dass bereits die Mädchen in der Volksschule wissen, dass das Amt der Bürgermeisterin genauso ein Beruf ist wieder jeder andere auch. Die dritte Klasse der Volksschule war im Frühjahr zu

## **»Wir Mädels können alles erreichen, wovon wir träumen.«**

Besuch bei mir am Amt, und ich habe ihnen gesagt: „Wir Mädels können alles erreichen, wovon wir träumen. Wenn ihr Ärztin werden wollt, Pilotin, Mechanikerin oder auch Bürgermeisterin – gebt niemals auf und kämpft dafür!“

Und dabei ist mir auch wichtig, dass dies auch die Buben der Klasse mitbekommen. Nur wenn alle Geschlechter dieser Ansicht sind, kann es unsere Gesellschaft schaffen, dass jeder Mensch die Möglichkeit zur Führungsposition in jedem Berufsfeld hat. Auch in den Sommerferien ist wieder eine Aktion mit Kindern am Gemeindegarten geplant.

## **Braucht es eine eigene Ausbildung für Bürgermeister:innen?**

Mir würde eine Ausbildung für BürgermeisterInnen sehr gut gefallen, ja. Es war anfangs schon sehr schwer. Als Quereinsteigerin sammelte ich mal alle Informationen, besuchte viele einzelne Fortbildungen und nutzte auch viele Netzwerke. Dennoch

ist es ein sehr umfangreicher und komplexer Aufgabenbereich mit hoher Verantwortung und Entscheidungsmacht. Eine Ausbildung für alle, die durch politische Wahlen in dieses Amt kommen, wäre aus meiner Sicht sinnvoll. Immerhin haben wir alle eine andere berufliche Ausbildung im Hintergrund

## TROTZ ALLEM BÜRGERMEISTER



**Ernst Schöpf**  
Bürgermeister von Sölden

## TROTZ ALLEM BÜRGERMEISTERIN



**Nicole Thaller**  
Bürgermeisterin von  
Hofkirchen im Traunkreis

und müssen in unserer Funktion als Bürgermeister:innen dieselben Aufgaben erledigen.

### **Was ist das Reizvolle an der Kommunalpolitik?**

In der Kommunalpolitik können wir oftmals mit einfachen und kostengünstigen Möglichkeiten unsere Gemeinde gestalten und weiterentwickeln. Ich arbeite jeden Tag für den Ort, in dem ich selbst lebe und wohne, und gestalte mein persönliches Umfeld für mich, unsere Vereine und die gesamte Bevölkerung. Ich kann mir bei Beschwerden oder Problemen direkt vor Ort in wenigen Minuten immer ein Bild davon machen, kenne viele meine Ansprechpartner persönlich und habe einfach einen viel näheren Bezug zu meinen Projekten und Vorhaben.

## Das Büro des Österreichischen Gemeindebundes

votr. HR Dr. Walter LEISS (Generalsekretär)  
Rinore GASHI-RACAJ (Sekretariat)  
Konrad GSCHWANDTNER, Bakk. BA (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)  
Mag. Bernhard HAUBENBERGER (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)  
Blerda LOSHAJ (Sekretariat)  
Mag. Anna NÖDL-ELLENBOGEN (Projektentwicklung)  
Sotiria PEISCHL, MA (Pressereferentin, Chefredakteurin Kommunalnet.at)  
Dr. Mathias PICHLER (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)  
Sabrina PUTZKER (Assistenz Presse & Kommunikation)  
Romy RAMOSCH (Sekretariat)  
Tanja SCHEICHENBERGER (Sekretariat)  
Eva SCHUBERT, Bakk. BA (Redakteurin)  
Claudia SEDLAK (Büroleitung)  
Andreas STEINER, BA, MA (Pressesprecher)  
Mag. Kathrin WILDPERT (Fachreferent Abteilung Recht und Internationales)  
Beate WINKLER (Finanz- und Personaladministration)

Für einzelne Fachbereiche werden darüber hinaus Konsulenten zu Rate gezogen.  
Per E-Mail sind alle Mitarbeiter\*innen über [vorname.nachname@gemeindebund.gv.at](mailto:vorname.nachname@gemeindebund.gv.at) erreichbar.

### Kontakt:

Österreichischer Gemeindebund  
Löwelstraße 6  
1010 Wien  
Tel.: +43 1 512 14 80  
[www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)  
[office@gemeindebund.gv.at](mailto:office@gemeindebund.gv.at)

Das Österreichische Gemeindebundbüro in Brüssel  
Mag. Daniela Fraiß (Büroleitung)  
Avenue de Cortenbergh 30  
Tel.: +32 2 28 20 680  
E-Mail: [oegemeindebund@skynet.be](mailto:oegemeindebund@skynet.be)

# DER ÖSTERREICHISCHE GEMEINDEBUND

**„Wir schaffen Heimat“ ist nicht nur Teil des Leitbildes des Österreichischen Gemeindebundes, sondern auch täglicher Arbeitsauftrag in der Interessensvertretung der heimischen Kommunen.**

2.093 Gemeinden gibt es derzeit in Österreich. 2.082 davon sind in den Landesverbänden des Österreichischen Gemeindebundes organisiert.

Der Österreichische Gemeindebund ist die Dachorganisation seiner Landesverbände und vertritt die Interessen der Kommunen auf Bundesebene. Diese Aufgabe ist verfassungsrechtlich abgesichert und gibt dem Gemeindebund das Mandat, für die Gemeinden auch Vereinbarungen zu treffen.

Der Finanzausgleich ist sicherlich die wichtigste Vereinbarung, die zwischen Bund, Ländern und Gemeinden getroffen wird. Aber

auch andere Themenfelder, wie etwa der Ausbau der Nachmittagsbetreuung in den Schulen oder auch die Finanzierung der Pflege, werden vom Gemeindebund für alle Gemeinden verhandelt.

Die Kommunen selbst sind (freiwillige) Mitglieder in ihren jeweiligen Landesverbänden. Die Landesorganisationen wiederum sind Mitglieder des Österreichischen Gemeindebundes.

Oberstes Organ ist der Bundesvorstand, der 64 Mitglieder hat und zumindest zwei Mal pro Jahr zusammentritt. Wesentlich öfter tritt das Präsidium zusammen, um aktuelle politische Entwicklungen und Herausforderungen zu beraten.

An der Spitze des Gemeindebundes steht der/die Präsident\*in des Gemeindebundes. Die Vizepräsident\*innen sowie die Präsi-

dent\*innen der Landesverbände bilden das Präsidium.

Das operative Tagesgeschäft wird vom Generalsekretariat unter der aktuellen Führung von Dr. Walter Leiss erledigt. Mit insgesamt sechzehn Mitarbeiter\*innen ist die Struktur sehr schlank.

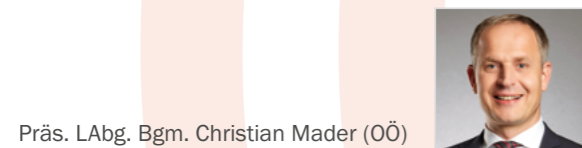
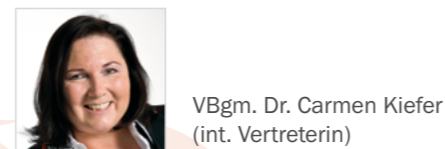
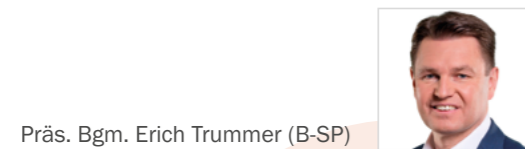
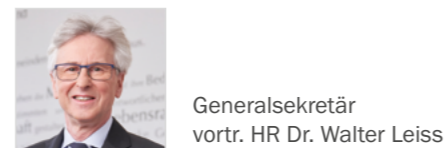
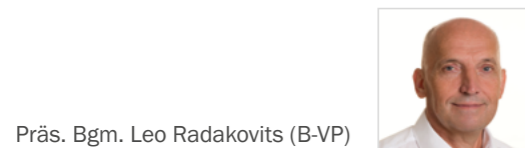
Die Landesverbände unterhalten eigene Geschäftsstellen und vertreten die Interessen ihrer Mitgliedsgemeinden gegenüber ihren Bundesländern. Sie begutachten Landesgesetze und schließen Vereinbarungen mit ihren Landesregierungen.

Der Gemeindebund ist außerdem mit einer Mitarbeiterin in Brüssel vertreten.

Für weitere Informationen über die Arbeit des Gemeindebundes besuchen Sie bitte unsere Homepage [www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at).

**Weitere Mitglieder im Präsidium**

**Mitglieder des Präsidiums mit beratender Stimme**



# PRÄSIDIUM ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND



**Präsident**

(Bgm. Mag. Alfred Riedl hat am 25. 7. 2023 seine Funktion als Präsident RUHEND gestellt.)



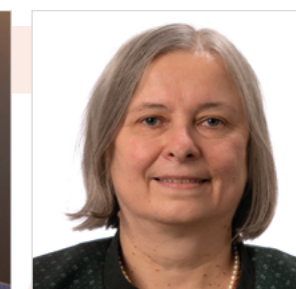
**Vizepräsidentin**  
Präs. Bgm. Dipl.-Vw.  
Andrea Kaufmann (V)



**Vizepräsident**  
Präs. LAbg. Bgm.  
Erwin Dirnberger (St)



**Vizepräsident**  
Präs. Bgm.  
Rupert Dworak (NÖ-SP)



**Vizepräsidentin**  
BR Bgm. Mag.  
Bettina Lancaster (OÖ)

Organe und Gremien des Österreichischen Gemeindebundes – Stand Juli 2023

# BUNDESVORSTAND ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

## Mitglieder Burgenland

Präs. Bgm. Leo Radakovits  
Präs. Bgm. Erich Trummer  
VPräs. Bgm. Renate Habetler  
VPräs. LAbg. Bgm. Mag. Thomas Steiner

## Mitglieder Kärnten

1. Präs. Bgm. Günther Vallant  
2. Präs. Bgm. Christian Poglitsch  
3. Präs. Bgm. Ing. Gerhard Altziebler  
Bgm. Josef Haller  
Bgm. Josef Müller

## Mitglieder Niederösterreich

VPräs. Präs. Bgm. Rupert Dworak  
Präs. Bgm. Dipl.-Ing. Johannes Pressl  
Bgm. Franz Aigner  
BR VPräs. Bgm. Andreas Babler, MSc  
VPräs. Bgm. Josef Balber  
VPräs. Bgm. Herbert Goldinger  
BR Bgm. Margjt Göll  
Bgm. Dipl.-Ing. Martin Leonhardsberger  
Bgm. Renate Rakwetz  
VPräs. Bgm. Brigitte Ribisch, MA  
VPräs. LAbg. Bgm. Mag. Kerstin Suchan-Mayr  
Bgm. Anette Töpfl  
Bgm. Michaela Walla  
Bgm. Herbert Wandl

## Mitglieder Oberösterreich

Präs. LAbg. Bgm. Christian Mader  
VPräs. BR Bgm. Mag. Bettina Lancaster  
Bgm. Franz Eisl  
Bgm. Herbert Fürst  
Bgm. Wilfried Kellermann  
LAbg. a.D. Bgm. Dr. Christian Kolarik  
Bgm. Dr. Sabine Naderer-Jelinek  
VPräs. LAbg. Bgm. Peter Oberlehner  
Bgm. Leopold Schilcher, MAS  
Bgm. Mag. Anton Silber  
Bgm. Andreas Stockinger  
Bgm. Johann Weirathmüller

## Mitglieder Salzburg

Präs. Bgm. Günther Mitterer  
Bgm. Hansjörg Obinger  
Bgm. Sonja Ottenbacher  
VPräs. Bgm. Wolfgang Wagner  
Bgm. Johann Warter

## Mitglieder Steiermark

VPräs. Präs. LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger  
Bgm. Mag. Elke Florian  
Bgm. Herbert Gugganig  
Bgm. Robert Hammer  
LAbg. Bgm. Mag. Stefan Hofer  
Bgm. Engelbert Huber  
VPräs. Bgm. Jochen Jance

Bgm. Johann Kaufmann  
Bgm. Gregor Löffler  
Bgm. Ronald Schlager  
Abg. z. NR Bgm. Joachim Schnabel  
VPräs. Abg. z. NR Bgm. Christoph Stark

## Mitglieder Tirol

Präs. Bgm. Mag. Ernst Schöpf  
VPräs. Bgm. Christian Härting  
VPräs. Bgm. Franz Hauser  
Bgm. Mag. Daniela Kampfll  
VPräs. Bgm. Mag. Thomas Öfner  
Bgm. Ing. Rudolf Puecher  
BR a. D. Bgm. Johann Schweigkofler

## Mitglieder Vorarlberg

VPräs. Präs. Bgm. Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann  
Bgm. Georg Bucher  
VPräs. Bgm. Christian Loacker  
VPräs. Bgm. Dr. Paul Sutterlüty

## Österreichischer Gemeindebund

Generalsekretär vortr. HR Dr. Walter Leiss

# EHRENMITGLIEDER ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

## Ehrenpräsidenten

Präs. a. D. LTPräs. a. D. Bgm. a. D. Mag. Franz Romeder  
Präs. a. D. Bgm. a. D. Prof. Helmut Mödlhammer

## Ehrenmitglieder des Präsidiums

Generalsekretär a. D. vortr. HR i. R. Dr. Robert Hink

## Ehrenmitglieder

Präs. a. D. Bgm. a. D. Mag. Wilfried Berchtold  
BR a. D. Bgm. a. D. Ludwig Bieringer  
Bgm. a. D. Wolfgang Eder  
LTPräs. a. D. Präs. a. D. Bgm. a. D. Hans Ferlitsch  
Bgm. a. D. Reinhold Fiedler  
Dir. a. D. Hofrat i. R. Dr. Hans Gargitter  
VPräs. a. D. Bgm. a. D. Valentin Andreas Happe  
Präs. a. D. LAbg. a. D. Bgm. a. D. Johann Hingsamer  
Generalsekretär a. D. vortr. HR i. R. Dr. Robert Hink  
LGf. a. D. Peter Jäger  
LR a. D. VPräs. a. D. Bgm. a. D. Fritz Knotzer  
Präs. a. D. Bgm. a. D. Harald Köhlmeier  
VPräs. a. D. Bgm. a. D. Edgar Kopp  
Bgm. a. D. Lgf. a. D. Helmut Lackner  
LGf. a. D. Dr. Helmut Ludwig  
Präs. a. D. Bgm. a. D. Prof. Helmut Mödlhammer

## Träger des Ehrenringes

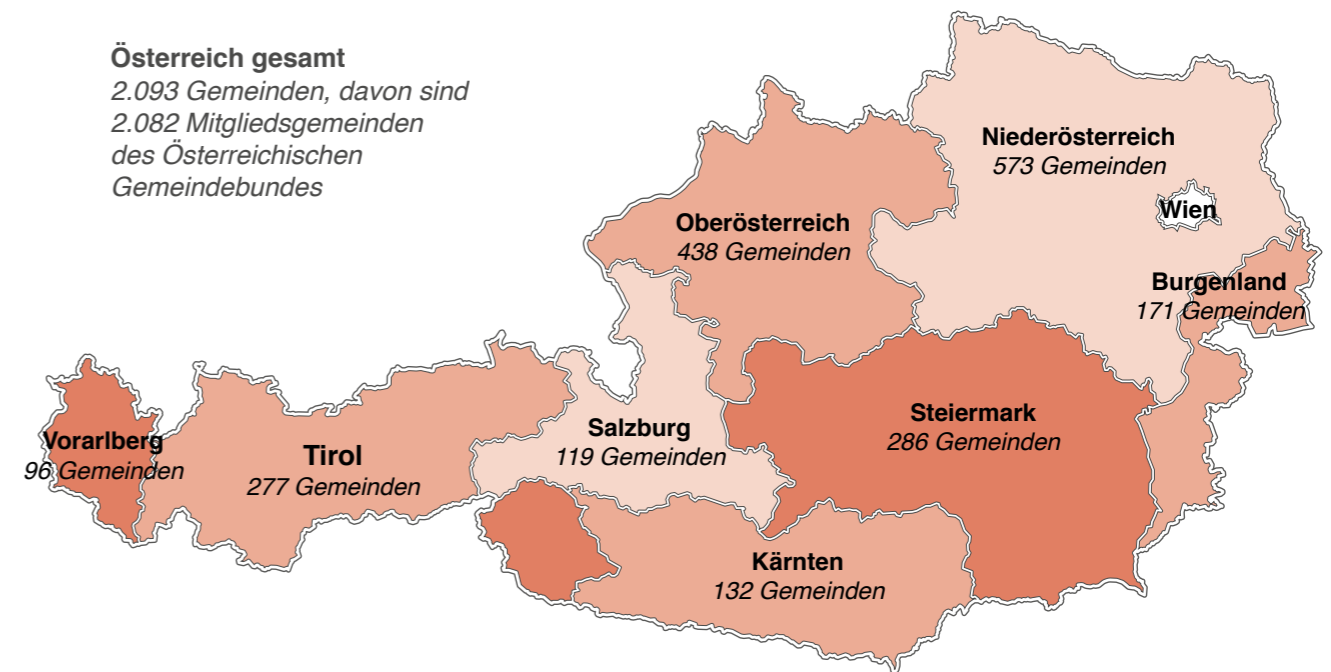
Generalsekretär a. D. vortr. HR i. R. Dr. Robert Hink  
Präs. a. D. Bgm. a. D. Prof. Helmut Mödlhammer  
Präs. a. D. LTPräs. a. D. Bgm. a. D. Mag. Franz Romeder

VPräs. a. D. Bgm. a. D. Erwin Mohr  
Univ.-Prof. HR i. R. Dr. Hans Neuhofer  
Bgm. a. D. Franz Ninaus  
Präs. a. D. Bgm. a. D. Günther Pumberger  
Bgm. a. D. Dir. a. D. Hans Rauscher  
Bgm. a. D. Vinzenz Rauscher  
Präs. a. D. LTPräs. a. D. Bgm. a. D. Mag. Franz Romeder  
Präs. a. D. LAbg. a. D. Bgm. a. D. Franz Rupp  
Präs. a. D. Bgm. a. D. Ernst Schmid  
Magistratsdirektor Mag. Christian Schneider  
Präs. a. D. Bgm. a. D. Peter Stauber  
VPräs. a. D. Bgm. a. D. Ökon.-Rat Johann Steiner  
Präs. a. D. Bgm. a. D. Bernd Vögerle  
Präs. a. D. Bgm. Ferdinand Vouk  
Bgm. Hanspeter Wagner  
LGF a. D. Dr. Klaus Wenger



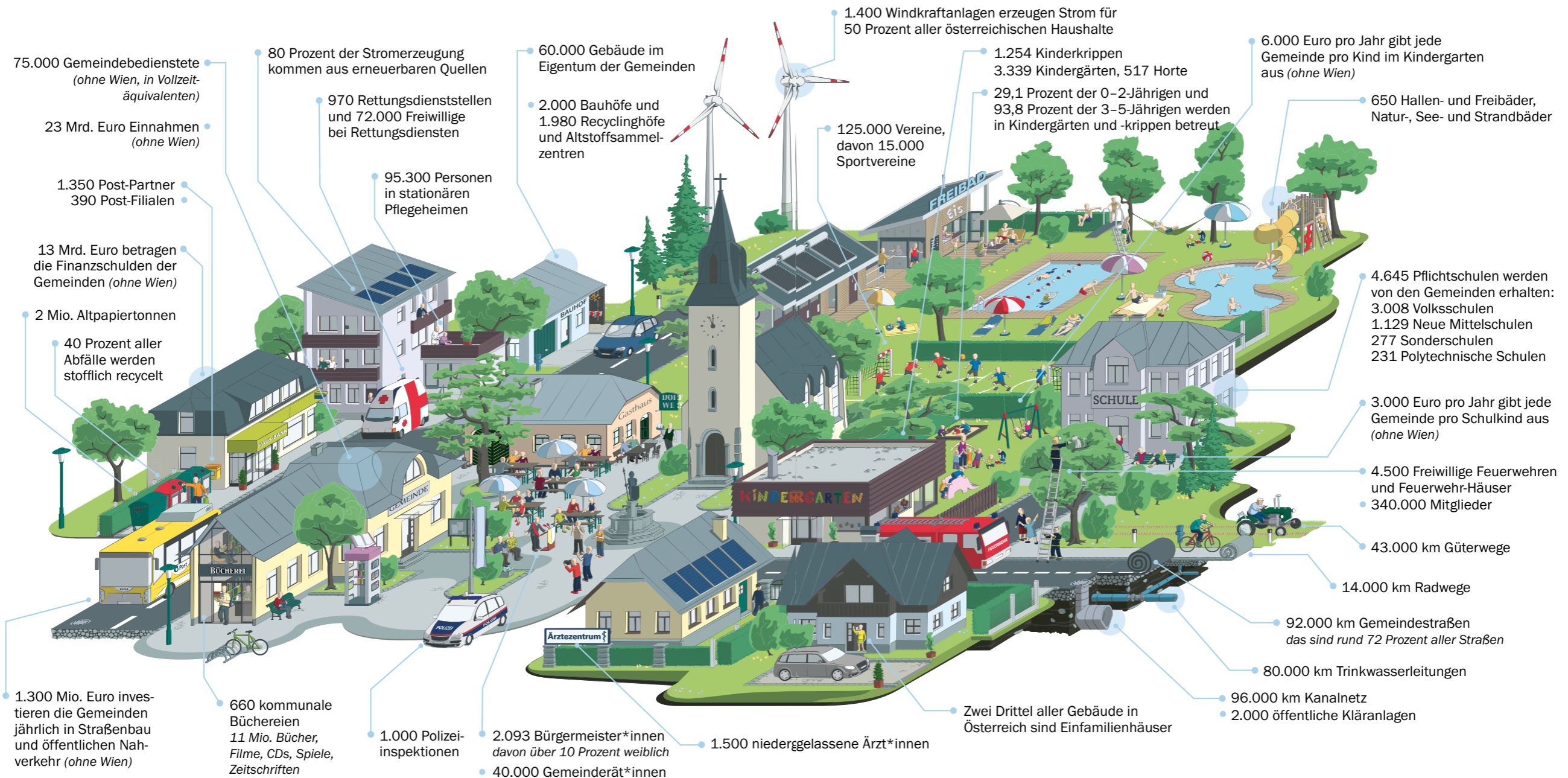
	<b>BURGENLÄNDISCHER GEMEINDEBUND (VP)</b> Bgm. Leo Radakovits (Präsident) Bgm. Stefan Bubich, BA (LGF) E-Mail: post@gemeindebund.bgld.gv.at; www.gemeindebund-burgenland.at
	<b>SOZIALDEMOKRAT. GEMEINDEVERTRETERVERBAND BURGENLAND (SP)</b> Bgm. Erich Trummer (Präsident) Mag. Herbert Marhold (LGF) E-Mail: office@gvvgld.at; www.gvvgld.at
	<b>KÄRNTNER GEMEINDEBUND</b> Bgm. Günther Vallant (1. Präs.), Bgm. Christian Poglitsch (2. Präs.), Bgm. Ing. Gerhard Altziebler (3. Präs.), Mag. (FH) Peter Heymich, MA (LGF) E-Mail: gemeindebund@ktn.gde.at; www.kaerntner-gemeindebund.at
	<b>NIEDERÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND (VP)</b> Bgm. Dipl.-Ing. Johannes Pressl (Präsident) Mag. Gerald Poyschl (LGF) E-Mail: post@noegemeindebund.at; www.noegemeindebund.at
	<b>VERBAND SOZIALDEM. GEMEINDEVERTRETER IN NIEDERÖSTERREICH (SP)</b> Bgm. Rupert Dworak (Präsident) Mag. Ewald Buschenreiter (LGF) E-Mail: office@gvvnoe.at; www.gvvnoe.at
	<b>OBERÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND</b> LAbg. Bgm. Christian Mader (Präsident) Mag. Franz Flotzinger (LGF) E-Mail: post@ooegemeindebund.at; www.ooegemeindebund.at
	<b>SALZBURGER GEMEINDEVERBAND</b> Bgm. Günther Mitterer (Präsident) Mag. Dr. Martin Huber (LGF) E-Mail: office@gemeindevverband.salzburg.at; www.gemeindevverband.salzburg.at
	<b>GEMEINDEBUND STEIERMARK</b> LAbg. Bgm. Erwin Dirnberger (Präsident) Mag. Dr. Martin Ozimic (LGF) E-Mail: post@gemeindebund.steiermark.at; www.gemeindebund.steiermark.at
	<b>TIROLER GEMEINDEVERBAND</b> Bgm. Mag. Ernst Schöpf (Präsident) Mag. Peter Stockhauser (LGF) E-Mail: tiroler@gemeindevverband-tirol.at; www.gemeindevverband-tirol.at
	<b>VORARLBERGER GEMEINDEVERBAND</b> Bgm. Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann (Präsidentin) Dr. Günter Meusburger und Mag. Daniel Peschl (LGF) E-Mail: vbg.gemeindevverband@gemeindehaus.at; www.gemeindevverband.at

# LANDESVERBÄNDE ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND



Quelle: Statistik Austria. Grafik: Putzkers Grafikteam/Max Fabigan – Stand Juli 2023

# WAS UNSERE GEMEINDEN LEISTEN ...



Wir legen großen Wert auf Gleichbehandlung. Mit dem Gendersternchen (\*) soll eine geschlechtergerechte Sprache erreicht werden, indem alle Geschlechter Sichtbarkeit erhalten. Ob und wie die Texte „gegendert“ wurden, blieb den Autor\*innen überlassen.

## Impressum

**Herausgeber:** Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien  
www.gemeinebund.at

**Koordination und Redaktion:** Presseabteilung Österreichischer Gemeindebund

**Gestaltung:** Putzkers Grafikteam / Ronald Putzker & Mag. Caroline Klima, 1220 Wien  
www.putzkersgrafikteam.com

**Illustrationen, Grafiken:** *Gemeindegrafik* (Seite 112–113): Illustration: Stefan Pommer; Beschriftung: Mag. Georg Ihm, IHM & IHM GmbH & Co KG  
*Alle sonstigen Grafiken:*  
Putzkers Grafikteam/Lukas Kaspar, Putzkers Grafikteam/Max Fabigan

**Lektorat:** Mag. Caroline Klima

**Bildnachweis:** Coverfoto: Miesenbach bei Birkfeld, Stmk. © Karl Maderbacher  
Gemeinde Lochau (Seite 6), BKA Andy Wenzel (Seite 13), Gemeinde Tieschen (Seite 14), BMK/Cajetan Perwein (Seite 19), Angelica Morales/ichmachefotos (Seite 20), Paul Gruber/BML (Seite 25), Gemeinde Gampern (Seite 26), Philipp Schuster Photography (Seite 31), Hauskirchen/Bildbearbeitung Ria Putzker (Seite 32), APG (Seite 37), Künstler (Seite 38), #Europa4me (Seite 43), witus eGen (Seite 46), Dominik Plüss (Seite 51), Stadtgemeinde Oberndorf/Rathaus (Seite 52), echtzeit-tv (Seite 60), Elodie Grethen (Seite 65), Michael Enzenhofer (Seite 66), Marktgemeinde Apetlon (Seite 74), Daniel Zangerl (Seite 76 [2]), Wohnwagen (Seite 76, 77, 78, 80, 81), Sebastian Wehrle (Seite 78), Manfred Rieder (Seite 82), Rudolf Schnabel/Ardagger (Seite 88), Louai Abdul Fattah (Seite 93), Alfred Schretter (Seite 94), Emanuel Sutterlüty (Seite 95), Chris Walch (Seite 102, 106), Hofkirchen (Seite 103), feelimage/Matern (Seite 107), Erich Marschik (Seite 107), Dornbirn (Seite 107); Philipp Monihart Charakterfotos (Seite 106 [2]), ZVG (Seite 106 [2]), Roland Schuller/Gemeinebund (Seite 106 [2], 107); Werner Jäger (Seite 107)  
Alle sonstigen: privat, zur Verfügung gestellt oder rechtfrei







Österreichischer Gemeindebund  
1010 Wien • Löwelstraße 6  
[www.gemeindebund.at](http://www.gemeindebund.at)